58 Pfr. Schlunk
1800 Dudenrode

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Prof. Dr. jur. Harold Rasch
Ludwig Erhards große Chance

Prof. Dr. jur. Eberhard Menzel
Selbstbestimmungsrecht und „Recht auf Heimat" in West und Ost (I)

Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
1949—1964: Demontage der Demokratie in Westdeutschland?

Claus Wolf
Springers „Welt der Literatur"

2,50 DM **IX. Jahrgang** **Oktober 10 1964**

Postverlagsort Köln G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats September 1964 S. 753

Berichte und Kommentare
Vor der Entscheidung (Zum Notstandsgesetz)
Zum Stand der Deutschlandfrage
Problematische Preisverleihung
Leo Weismantel † S. 756

Die Lage
Prof. Dr. jur. Harold Rasch
Ludwig Erhards große Chance S. 767

Paul B. Neuhöffer
MLF oder Entspannung S. 777

Prof. Dr. jur. Eberhard Menzel
Selbstbestimmungsrecht und „Recht auf Heimat"
in West und Ost (I) S. 782

Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
1949–1964: Demontage der Demokratie in Westdeutschland? S. 787

Joachim Gradewald
Soziale Gruppen und ihre politische Repräsentation
in Lateinamerika S. 794

Alfred Holm
Staatsfeindliches Zelluloid? (I) S. 803

Claus Wolf
Springers „Welt der Literatur" S. 806

Bücher
Krankes Amerika
Neuerscheinungen S. 815

Fernseh-Spalte
Kein Platz für kritische Vernunft S. 819

Rudolf Rolfs
Was ich noch sagen wollte ... S. 820

Dokumente zum Zeitgeschehen
Der Wortlaut des neuen Berliner Passierschein-Abkommens
Hermann Schwann, Die Deutschen und die Sowjetunion
13. Pugwash-Konferenz über Wissenschaft und
internationale Fragen
Bertrand Russell warnt vor Goldwater S. 821

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Viktor Renner
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

IX. Jahrgang | Oktober 1964 | Heft 10

Chronik des Monats September 1964

1. 9. — Kriegsverbrechen. Die Volkskammer der DDR verabschiedet ein Gesetz, das die Verjährungsfrist für Kriegsverbrechen über den 8. Mai 1965 hinaus verlängert. Den gleichen Beschluß faßt am 24. 9. die tschechoslowakische Nationalversammlung, nachdem der polnische Sejm eine ähnliche Verordnung schon früher erlassen hatte. — Am 25. 9. befürwortet Bundeskanzler Erhard auf einer Pressekonferenz eine Verlängerung der Verjährungsfristen „mindestens für bestimmte Kategorien von Mord".

2. 9. — Sowjetunion/Bundesrepublik. Das Bundespresseamt teilt mit, Ministerpräsident Chrustschow habe den Bundeskanzler wissen lassen, daß er zu politischen Gesprächen in Bonn bereit sei. In der Mitteilung heißt es: „Der Zeitpunkt des Besuches und das Programm sollen auf den üblichen diplomatischen Wegen vereinbart werden." — Am 9. 9. übt das Organ der CSU, der in München erscheinende „Bayern-Kurier", Kritik an der Einladung des sowjetischen Ministerpräsidenten durch den Bundeskanzler. — Am 13. 9. berichten westdeutsche Zeitungen unter Berufung auf das Auswärtige Amt über einen Anschlag auf den der Botschaft der Bundesrepublik in Moskau zugeteilten und mit nachrichtendienstlichen Aufgaben beschäftigten Techniker Horst Schwirkmann. Die sowjetische Regierung bestreitet jede Verantwortung für den Zwischenfall.

3 9. — USA. Justizminister Robert Kennedy tritt von seinem Amt zurück, um für einen Senatssitz in New York zu kandidieren.

4. 9. — Weltkommunismus. Die Kommunistische Partei Italiens publiziert eine Denkschrift ihres verstorbenen Generalsekretärs. Palmiro Togliatti äußert darin „Zweifel und Vorbehalte bezüglich der Zweckmäßigkeit" einer Konferenz der kommunistischen Weltbewegung zum jetzigen Zeitpunkt, „insbesondere weil es nunmehr klar ist, daß an dieser neben der chinesischen eine nicht unbeträchtliche Gruppe von Parteien nicht teilnehmen wird". Nützlich seien dagegen Beratungen auf regionaler Ebene, um die neuentstandenen Probleme des Kapitalismus und der jungen Nationalstaaten zu untersuchen. Togliatti fordert abschließend eine kritische Analyse auch der „Schwierigkeiten, Widersprüche und neuen Probleme" in den sozialistischen Ländern.

5.—10. 9. — Kongo. Auf einer außerordentlichen Konferenz des Rates der Organisation für die Afrikanische Einheit for-

dern die Außenminister der Mitgliedstaaten eine „afrikanische Lösung" der Krise im Kongo und betonen das Prinzip der Nichteinmischung durch außerkontinentale Staaten. Ministerpräsident Tschombe wird aufgefordert, die Anwerbung europäischer Söldner sofort einzustellen. — Am 7. 9. proklamieren Anhänger des früheren Ministerpräsidenten Lumumba in Stanleyville eine „Regierung der Volksrepublik Kongo".

8 9. — Kuba. Die Regierung von Uruguay folgt einem früheren Beschluß der Organisation Amerikanischer Staaten und bricht ihre diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab. Mexiko bleibt als einziger lateinamerikanischer Staat in Havanna vertreten. — Am 16. 9. wird der spanische Frachter „Sierra Aranzazu" beim Anlaufen der kubanischen Küste von „Schiffen ohne Hoheitszeichen" angegriffen. Spaniens Außenministerium protestiert in Washington und macht die amerikanische Regierung für den Zwischenfall verantwortlich.

9. 9. — DDR. Der Ministerrat ermächtigt die zuständigen Behörden, „den im Rentenalter stehenden Bürgern der DDR jährlich eine Besuchsreise zu Verwandten in der Bundesrepublik mit einer Aufenthaltsdauer bis zu vier Wochen" zu genehmigen.

12. 9. — FDP. Der stellvertretende Parteivorsitzende Weyer erklärt auf einem kommunalpolitischen Kongreß in Detmold, die FDP werde sich an einem Kabinett, dem Franz Josef Strauß als Minister angehöre, nicht beteiligen. Die CSU richtet daraufhin heftige Angriffe an die Adresse der Freien Demokraten.

13. 9. — Südvietnam. Ein neuer Versuch zum Sturz General Khanhs, des regierenden Militärdiktators, mißlingt schon nach 24 Stunden. Khanh kehrt nach Saigon in sein Amt zurück.

13.—17. 9. — Pugwash-Konferenz. Wissenschaftler aus 19 Ländern, darunter zahlreiche Nobelpreisträger und Beobachter der Vereinten Nationen, beraten auf der 13. Pugwash-Konferenz in Karlsbad Themen der internationalen Politik. (Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen.)

14. 9. — Vatikan. Papst Paul VI. eröffnet im Petersdom die dritte Sitzungsperiode des Zweiten Vatikanischen Konzils.

15. 9. — Ungarn. In Budapest unterzeichnen der Minister für kirchliche Angelegenheiten und ein Bevollmächtigter der Kurie eine Vereinbarung, die dem Vatikan die Wiederbesetzung der verwaisten Bischofsämter ermöglicht. Der Status des seit Herbst 1956 in der US-Botschaft lebenden Kardinals Mindszenty wird durch den Vertrag nicht berührt. — Am 18. 9. leisten die mit Zustimmung des Staatsrates neuernannten fünf Bischöfe ihren Amtseid auf die ungarische Verfassung.

— Sowjetunion/China. Im Verlauf eines Gespräches mit japanischen Parlamentariern äußert sich Ministerpräsident Chrustschow über die gegenwärtige chinesisch-sowjetische Grenze. Unter Bezug auf mögliche chinesische Grenzforderungen, die Parteichef Mao Tse-Tung in einem Interview am 10. Juli angedeutet hatte, erklärt Chrustschow, die sowjetischen Grenzen seien unantastbar. Grenzfragen zwischen zwei Staaten könnten „nur auf Grund einer beiderseitigen Vereinbarung zwischen diesen Staaten gelöst werden".

17. 9. — Abrüstung. Die Genfer 18-Mächte-Konferenz vertagt sich bis zum Frühjahr nächsten Jahres, um die Abrüstungsdiskussion auf der bevorstehenden UN-Vollversammlung abzuwarten. Die Konferenz unterbreitet Generalsekretär U Thant einen informatorischen Bericht über den Stand der bisherigen Verhandlungen. Die acht bündnisfreien Staaten appellieren an die Atommächte, das Verbot aller Versuche mit Kernwaffen vertraglich festzulegen.

19. 9. — Comecon. Ein Briefwechsel über die „Teilnahme Jugoslawiens an der Arbeit gewisser Organe des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe" wird in Moskau ausgetauscht. Jugoslawien gehört dem Comecon bisher nicht an.

20. 9. — Bolivien. Wenige Tage vor dem Eintreffen General de Gaulles verhängt die Regierung den Belagerungszustand und begründet ihren Schritt mit der Aufdeckung einer gegen den Präsidenten gerichteten Verschwörung. Abgeordnete der Oppositionsparteien bezeichnen die im Parlament über die „gescheiterte Verschwörung" vorgelegten Dokumente als gefälscht.

21. 9. — Malta. Als konstitutionelle Monarchie erhält die bisherige britische Kolo-

nie (316 qkm — 0,3 Mill. Einw.) die Unabhängigkeit und wird 19. Mitglied des Commonwealth. Ein gleichzeitig geschlossenes Verteidigungsabkommen sieht die weitere Stationierung britischer Truppen auf der Insel für zunächst 10 Jahre vor.

— Laos. Nach vierwöchigen „Vorgesprächen" in Paris einigen sich die Führer der drei politischen Gruppen des hinterindischen Königreiches auf eine Tagesordnung für weitere Verhandlungen. Zur Diskussion stehen der Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen den Pathet Lao Streitkräften und den Regierungstruppen sowie die Bedingungen für die Wiedereinberufung der 14-Staaten-Konferenz über Laos. Schon nach der ersten Vollsitzung wird die Konferenz „einstweilig unterbrochen".

— Lateinamerika. Staatspräsident de Gaulle tritt eine mehrwöchige Reise durch die Länder Lateinamerikas an.

22. 9. — UNO. Der sowjetische Außenminister Gromyko beantragt in einem Brief an Generalsekretär U Thant, eine Resolution „betreffend den Verzicht auf die gewaltsame Regelung territorialer Forderungen und Grenzkonflikte" auf die Togesordnung der bevorstehenden Vollversammlung zu setzen.

24. 9. — Passierschein-Abkommen. Die Verhandlungsführer des westberliner Senats und der DDR-Regierung, Korber und Wendt, unterzeichnen ein Protokoll über die „Weiterführung der Passierschein-Übereinkunft vom 17. Dezember 1963". Die neue Vereinbarung ist auf ein Jahr befristet, eine Verlängerung in gegenseitigem Einvernehmen ist möglich. In den 16 Passierscheinstellen auf westberliner Territorium werden — im Unterschied zu der früheren Vereinbarung — Postbeamte aus Ost und West paritätisch vertreten sein. (Vgl. auch „Dokumente . . .")

— DDR. Zum Nachfolger des am 21. 9. verstorbenen Ministerpräsidenten Otto Grotewohl wird dessen bisheriger Stellvertreter Willi Stoph bestimmt.

25. 9. — Großbritannien. Durch königliches Dekret erfolgt die Auflösung des Unterhauses und die Ausschreibung von Neuwahlen zum 15. Oktober. Um die 630 Parlamentssitze bewerben sich 1700 Kandidaten.

27. 9. — USA. Die von Präsident Johnson eingesetzte Kommission zur Untersuchung des Mordes an Präsident Kennedy veröffentlicht eine mehrere hundert Seiten umfassende Dokumentation. Der „Warren-Report" kommt zu dem Schluß, der Anschlag vom 22. November 1963 sei die Tat des Einzelgängers Lee Harvey Oswald gewesen.

— Kommunalwahlen. Stimmengewinne der Sozialdemokraten und Verluste der CDU und FDP sind das Ergebnis der Wahlen für die Kommunalparlamente in Nordrhein-Westfalen. — In Niedersachsen kann die CDU ihren Anteil auf Kosten der Deutschen Partei vergrößern. Die SPD verzeichnet einen Stimmenzuwachs, während die FDP fühlbare Einbußen hinnehmen muß.

30. 9. — Zypern. Zum Abschluß eines Besuches in Moskau erhält der zypriotische Außenminister Kyprianou die Zusage für sowjetische Waffenlieferungen. Der Minister erklärt auf einer Pressekonferenz, die Sowjetunion habe mit diesem Waffenhilfevertrag keine politischen Bedingungen verbunden.

Berichte und Kommentare

Vor der Entscheidung

Die Zeit der akademischen Diskussionen über eine Notstandsverfassung für die Bundesrepublik Deutschland ist vorüber. Jahrelang ist über sie debattiert und gestritten, sind Analysen publiziert und Gutachten herumgereicht worden. Für viele hat sich dabei die konkrete Gefahr des Notstands-Vorhabens zu einem abstrakten Problem verflüchtigt. Die Diskussionen über Für und Wider schienen eine aufschiebende Wirkung zu haben: so lange gesprochen werde, könne Bonn nicht handeln. Wohlmeinende glaubten, das Projekt der Bundesregierung scheitere schon darum, weil es seinen Befürwortern nicht gelungen ist, eine rechtsstaatlich einwandfreie Begründung für die erstrebten Notstandsvollmachten zu konstruieren; müsse scheitern, weil sich im Laufe der langen Auseinandersetzung doch zweifelsfrei gezeigt habe, daß Geist und Text des Grundgesetzes den Gesetzentwürfen der Bundesregierung klar entgegen stehen. Jedoch: wenn auch die Prämissen stimmen — die Schlußfolgerung ist weder der Zeit noch dem Ort der Handlung gemäß. Die Regierung in Bonn und die hinter ihr stehenden Kreise drängen auf eine parlamentarische Verabschiedung der Notstandsgesetze ohne weiteren Verzug. Obwohl die amtlichen Begründungen für die geforderten totalen Vollmachten weder rechtlich noch politisch auch nur um einen Deut überzeugender, akzeptabler erscheinen als früher, setzte die Regierung die Termine: Bis Weihnachten dieses Jahres soll der Rechtsausschuß des Bundestages über die Notstandsgesetze entscheiden, der Bundestag sie noch vor Ablauf dieser Legislaturperiode, also im ersten Halbjahr 1965, verabschieden.

In einer gesunden Demokratie ist das Parlament der unbestechliche Filter für alle Gesetze, eine unüberwindbare Hürde also für untaugliche, antidemokratische Regierungsvorlagen. Es muß ein beruhigendes Gefühl sein, in solch einem Staat zu leben. Wir genießen es hierzulande nicht. Gegenüber diesem Bundestag, dessen politische Leisetreterei der letzten Jahre logischerweise zu seiner eigenen Abwertung führte, hat sich in der Öffentlichkeit Mißtrauen breit gemacht. Die Frage wird gestellt, ob es im heutigen Bundestag neben der regierungskonformen Mehrheit der Abgeordneten aus CDU, CSU und FDP noch eine in allen Fraktionen angesiedelte, vor allem aber auf die SPD konzentrierte Gruppe gibt, die ihre Sperrminorität nutzen wird, um die verfassungsändernden Notstandsgesetze zu Fall zu bringen.

Diese Frage läßt sich heute mit Sicherheit nicht beantworten. Immerhin sollte es alarmierend wirken, daß maßgebliche Sprecher der Regierungsparteien nicht müde werden, sozialdemokratischen Politikern ihre Dankbarkeit und Anerkennung für die „sachliche und verständnisvolle Haltung" gegenüber den Notstandsgesetzentwürfen der Regierung auszudrücken. Fest steht zudem, daß die Notstandsberatungen im Rechtsausschuß des Bundestages Mitte Juni nicht etwa wegen unüberwindlicher sachlicher Differenzen abgebrochen wurden, sondern weil den Parlamentariern angeblich zu wenig Erfahrungswerte und Informationen darüber zur Verfügung standen, wie man sich den inneren und äußeren Notstand konkret vorzustellen habe und wie solchen Situationen am zweckmäßigsten zu begegnen sei. Inzwischen hat die Bundesregierung die vermißten Fakten geliefert: Zuerst war es ein im kleinen Rahmen veranstaltetes Planspiel in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese, dann schließlich die große NATO-Stabsübung „Fallex

64", die einigen ausgesuchten Mitgliedern des Rechts- und des Innenausschusses den Ernst der Lage verdeutlichen sollten. Diese aus allen Parlamentsparteien stammenden Augenzeugen der ansonsten streng geheim gehaltenen Stabsübungen sollen nun nach dem Wunsche Bonns als Katalysator der Ausschußarbeit über die Notstandsgesetze wirken, sollen dem Gesetzentwurf des Innenministers „unter dem Druck der neugewonnenen Erkenntnisse" in seinen von der Regierung als wesentlich erachteten Punkten zustimmen und seine Verabschiedung im Plenum des Bundestages beschleunigen.

Dabei steht es außer Frage, daß die Bundesregierung heute ernsthaft entschlossen ist, sich weder durch rechtspolitische Erörterungen des Themas, noch durch die vielen unbeantworteten Fragen und Widersprüche, die dem Gesamtkomplex des Notstandsrechts innewohnen, von ihrem enggesteckten Zeitplan abbringen zu lassen. Sie sieht sich vor allem durch zwei Umstände zur Eile getrieben. Zum einen ist es die im Herbst nächsten Jahres bevorstehende Bundestagswahl, deren Ausgang für sie höchst ungewiß ist. Sie will vollendete Tatsachen schaffen, solange sie noch über die Mehrheit im Parlament verfügt und die Ressorts mit Ministern ihrer Wahl besetzt hat. Zum anderen — und das ist sehr wahrscheinlich ein noch zwingenderer Grund — ist sie besorgt über die Entwicklungstendenzen der internationalen Beziehungen. Heute betrachtet sie den Umstand, daß sie laut Artikel 5 Absatz 2 des Deutschlandvertrages bei allen Notstandsmaßnahmen von der Zustimmung der drei westlichen Großmächte abhängig ist, nicht allein als Schönheitsfehler unserer staatlichen Souveränität, sondern als potentielles Hindernis für Ausnahmeregelungen, die sie unter bestimmten Bedingungen und nötigenfalls entgegen der Auffassung ihrer Alliierten für notwendig halten könnte. Die trotz durchsichtiger Störmanöver anhaltende Tendenz internationaler Entspannung und Verständigung gibt der Bundesregierung, die ihr außenpolitisches Konzept offenbar nicht von den im Kalten Krieg gewachsenen Fundamenten lösen will, Grund zu der Befürchtung, daß sich hierzulande Spannungszustände auch oder gerade dann ergeben könnten, wenn die internationale Lage von anderen Staaten als ruhig und gefestigt beurteilt wird. Der Regierungsentwurf für ein Notstandsgesetz bestätigt diese Annahme in ungewöhnlich drastischer Form. Hier heißt es, die Bedingungen für die Verkündung des Notstandes wären „aber auch dann als erfüllt anzusehen, wenn auf Grund nachrichtendienstlicher oder anderer geheimer Quellen, die den vorliegenden Erfahrungen nach als zuverlässig gelten können, ein bewaffneter Angriff eines fremden Staates oder einer fremden Regierung auf das Bundesgebiet als unmittelbar bevorstehend erscheint oder wenigstens ernstlich mit einem solchen Ereignis gerechnet werden muß, auch ohne daß eine für alle Welt offenkundige internationale Spannung zu bestehen braucht".

Das Frappierende an diesem Zitat aus dem Regierungsentwurf ist eben nicht allein die unerhört vage Formulierung der Notstandsvoraussetzungen — das taucht an anderer Stelle immer wieder auf —, sondern das Eingeständnis des politischen Sonderstatuts dieses deutschen Staates, der — genauer: dessen Regierung — in eine Notstandssituation geraten zu können glaubt, obwohl aller Welt ringsum die angebliche Gefahr nicht „offenkundig" ist.

Hier zeichnet sich ein Spezifikum der bundesdeutschen Notstandsgesetzgebung ab, das von der Öffentlichkeit in dieser letzten entscheidenden Phase der Auseinandersetzung stärker beachtet werden sollte: die innerpolitische Zielrichtung des Vorhabens. Die Bundesregierung rechnet mit dem inneren Notstand, bereitet sich auf ihn vor. Man erinnere sich, welch dominierende Rolle diese innenpolitische Komponente in den Gesetzent-

würfen des früheren Bundesinnenministers Schröder hatte, der darin bis zum Verbot der Gewerkschaften in Zeiten innerer Spannung ging. Diese Forderung ist vom flexibleren Schröder-Nachfolger Hermann Höcherl zwar gestrichen worden; niemand hat aber bisher glaubhaft machen können, daß das aus prinzipieller Einsicht, nicht nur aus taktischen Überlegungen erfolgte. Die Meinung der Notstandsexperten der Bundesregierung über die Erfordernisse angesichts der „Bedrohung staatlicher Ordnung von innen her" hat sich gewiß nicht geändert, was schon daran zu erkennen ist, daß sie beispielsweise den politischen Streik noch immer als Sondervollmachten der Regierung auslösenden Zustand betrachtet wissen möchten, einschließlich des Rechts, bewaffnete Truppen einzusetzen.

Man hat allerdings eingesehen, daß es bei der gegenwärtigen Stimmenverteilung im Bundestag keinen Weg zur Zweidrittelmehrheit gibt, wenn die Gewerkschaften vom Regierungsentwurf mit Verbot bedroht werden. Darum fiel dieser Punkt. Aber es kann doch gerade auch von den SPD-Abgeordneten im Bundestag nicht bestritten werden, daß die gleiche Wirkung — nämlich die Ausschaltung der Arbeiterorganisationen — auf Umwegen erreicht werden soll. Der von Hermann Höcherl mit verdächtigem Eifer verfochtene Entwurf für ein Zivildienstgesetz läuft in wesentlichen Aspekten auf eben dieses Ziel hinaus. Die von diesem (nach Meinung der Bundesregierung nur eine einfache Mehrheit benötigenden) Gesetz geregelte zwangsweise Erfassung von Arbeitskräften aller Art für die Rüstungsindustrie oder andere kriegswichtige Zweige der Wirtschaft hebt nicht nur die verfassungsrechtlich verbriefte freie Wahl des Arbeitsplatzes auf, sie führt letztlich dazu, jede Art von Streik, einschließlich des Lohnstreiks auf unterster Ebene, unmöglich zu machen. Die Umwandlung des Arbeitsverhältnisses in eine Zivildienstpflicht bietet die gesetzliche Handhabe dazu. Der Arbeiter hat dann nicht mehr das Recht — weder einzeln noch im Kollektiv — sich gegen diesen Status zu wehren, der ihn wesentlicher Bürgerrechte beraubt. Damit wäre eines der wichtigsten Machtmittel der Gewerkschaften außer Kraft gesetzt, ein gerade in Ausnahmesituationen außerordentlich wichtiges demokratisches Korrektiv beseitigt. Und das nicht etwa nur in Kriegszeiten, wie es der Titel des Entwurfs „Gesetz über den Zivildienst im Verteidigungsfall" vermuten lassen könnte, die Bestimmungen treten vielmehr in Kraft, sobald es die Bundesregierung für „den Umständen nach dringlich erforderlich" hält. Zahlreiche Normen des Zivildienstgesetzes und der anderen „einfachen" Notstandsgesetze sollen erklärtermaßen zum Bestandteil des allgemeinen Friedensrechts werden und jederzeit, unabhängig von einem Beschluß der Bundesregierung, verbindlich sein. Es leuchtet ein, daß das Zivildienstgesetz von einem hervorragenden Kenner der Materie als das „Herzstück der sozialen Diktatur" bezeichnet wurde.

Da hier die Lebensinteressen der Gewerkschaften am stärksten tangiert werden, darf man hoffen, daß es eine zweckoptimistische Propagandalüge des Herrn Höcherl war, als dieser kürzlich erklärte, mit den Gewerkschaften in grundsätzlichen Fragen einer Meinung über die Notstandsgesetze zu sein. Das Organ der IG Metall erinnerte daran, daß einer solchen Übereinstimmung der Grundsatzbeschluß des DGB-Bundeskongresses vom Herbst 1962 entgegenstehe, in dem es heißt: „Jede zusätzliche Regelung des Notstandes und des Notdienstes wird abgelehnt, weil beide Vorhaben geeignet sind, elementare Grundrechte, besonders das Koalitions- und Streikrecht sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung einzuschränken." Dieser Beschluß ist ohne Zweifel für alle Gremien der Gewerkschaften bindend, dennoch ist es kein Geheimnis, daß, analog der Lage in der Führungsspitze der SPD, einflußreiche Leute im DGB am Werke sind, unter Umge-

hung dieses Beschlusses mit der Regierung auch in Sachen Notstand ins Geschäft zu kommen. Hier ist eine Entwicklung im Gange, die, sollte sie in der jetzt begonnenen entscheidenden Phase der Auseinandersetzung über die Notstandsgesetze zum Tragen kommen, das noch verbliebene demokratische Fundament dieses Staates mit einem Schlage wegspülen kann.

Die Kraft, die stark genug ist, diese Gefahr zu dämmen, kann sich nach Lage der Dinge nicht allein im Parlament bilden. Hier bedarf es außerparlamentarischer Aktivitäten. Das Ausmaß der Bedrohung, der sich die rechtsstaatliche Ordnung der Bundesrepublik ausgesetzt sieht, ist Legitimation genug für eine wirksame Einflußnahme auf die Abgeordneten des Bundestages mit dem Ziel, der nun auf die Tagesordnung gesetzten Notstandsvollmachten für die Regierung ihre Zustimmung zu verweigern. Die Öffentlichkeit darf es einfach nicht länger zulassen, daß politische Fragen von zentraler Bedeutung in der Klausur der Ausschüsse von den Experten entschieden werden. Es ist nicht die vom Grundgesetz gewollte Funktion des Bundestages, im Plenum vorfabrizierte Beschlüsse entgegenzunehmen und ohne gründliche politische Aussprache mechanisch zu akzeptieren. In der Frage der Notstandsgesetze würde sich die Beibehaltung dieses Verfahrens überaus verhängnisvoll auswirken. Wir können heute noch darauf rechnen, daß in jeder Fraktion Demokraten sitzen, die sich der ursprünglichen Aufgaben des Parlaments nicht entziehen werden, wenn sie der Unterstützung durch breite Kreise der Öffentlichkeit sicher sein dürfen. Die Presse und die Gewerkschaften haben hierbei eine besonders verantwortungsvolle Rolle zu spielen. Ihr unmittelbarer Einfluß auf die Beschlüsse der Regierung und auf die Tätigkeit des Bundestages hat sich in jüngster Vergangenheit mehrfach eindrucksvoll erwiesen. Die „Spiegel"-Affäre und der Abhör-Skandal — um nur zwei Beispiele zu nennen — haben nicht nur gezeigt, wozu jene politischen Kreise, die heute auf Ermächtigungsgesetze drängen, auch ohne gesetzliche Handhabe fähig sind, sie demonstrierten nicht minder eindrucksvoll, wie diesen Anschlägen auf die demokratischen Rechte mit Erfolg begegnet werden kann. Ging es damals um die Bekämpfung einzelner Symptome einer eigenmächtig vorweggenommenen Notstandsdiktatur, so geht es heute um die Abwendung des ganzen Gefahrenkomplexes. Noch nie zuvor war die demokratische Wachsamkeit der Bürger dieses Staates so dringend notwendig wie heute.

H. H.

Zum Stand der Deutschlandfrage

Vom 31. August bis zum 14. September weilte eine Gruppe von etwa vierzig westdeutschen Politikern, Publizisten und Wissenschaftlern in der Sowjetunion, um dort Fragen des politischen und kulturellen Lebens zu studieren und zu diskutieren. An einer der wichtigsten Aussprachen, die in diesem Rahmen stattfanden, nahmen der Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR, Spiridonow, und fünfzehn Mitglieder der deutschen Gruppe teil.

Es war unsere Absicht, die seit Jahren festgefahrene Diskussion über die deutsche Frage nach Ansätzen abzutasten, die in der gegenwärtigen Situation bestehen und die zu neuen Initiativen führen könnten. Das Gespräch begann sofort mit erstaunlicher Offenheit. Herr Spiridonow, ein kultivierter Leningrader von gepflegtem Äußeren, mit grauem Haar über einer breiten Stirn, ein wenig müden Augenliedern und weichen Gesichtszügen, über die gelegentlich ein freundlich-verschmitztes Lächeln gleitet, ging sofort auf den Kernpunkt los: indem er ungeniert das Stichwort „Berliner Mauer" nannte, stellte er das „punctum saliens" der Wiedervereinigungspolitik zur Debatte, das Verhältnis zur DDR. Spra-

chen Prof. Ossip K. Flechtheim (Freie Universität Berlin) von den psychologischen Wirkungen der Mauer und Horst Krüger (Südwestfunk) von der fehlenden Verankerung der DDR-Regierung im politischen Willen und Bewußtsein der dortigen Bevölkerung, so konnte Spiridonow demgegenüber das Recht der Faktizität geltend machen, gegen das schwerlich ein logischer oder völkerrechtlicher Einwand zu erheben ist. Seit fünfzehn Jahren entwickeln sich auf dem Territorium des früheren Deutschen Reichs zwei Staaten, und je länger diese Entwicklung dauert, desto weiter entfernen sie sich voneinander. Die Bundesregierung habe eine Binde vor den Augen, wenn sie diese Tatsache nicht sehen wolle. In der Sowjetunion verstehe man das Vorurteil nicht, das in der Bundesrepublik gegen die DDR herrsche. Die Regierung der DDR habe mehr als einmal Vorschläge unterbreitet, um dem Auseinanderwachsen der beiden deutschen Staaten entgegenzuwirken. Die Bundesregierung habe stets solche Vorschläge abgelehnt oder unbeantwortet gelassen. Diesem Vorwurf kann man nicht widersprechen.

Der Eindruck ist unerschütterlich: ohne ein Gespräch mit der DDR auf Regierungsebene wird die deutsche Wiedervereinigung nicht vorangetrieben werden können. Die Sowjetunion ist nicht bereit, über den Kopf eines von ihr anerkannten und mit ihr verbündeten Staates hinweg politische Verhandlungen zu führen, die die Struktur und Existenz dieses Staates entscheidend betreffen. Dieser Standpunkt ist korrekt und kann durch keine westdeutschen Vorbehalte eingeschränkt werden. Prof. Eugen Kogon (Technische Hochschule Darmstadt) wies richtig darauf hin, daß nur auf der Basis internationaler Entspannung und Abrüstung eine Lösung des deutschen Problems möglich sei, weil gerade an der Nahtstelle Deutschland die Gegensätze des westlichen und des sowjetischen Systems am härtesten aufeinanderprallen. Wenn in diesem Hinweis der Gedanke versteckt gewesen sein sollte, man könnte durch eine Einigung auf internationaler Ebene zwischen den Großmächten die deutsche Frage lösen, ohne daß zuvor die heikle Anerkennung der DDR ausgesprochen werden müßte, so gab Spiridonow solchen diplomatischen Spekulationen keine Chancen. Natürlich bestehe ein Junktim zwischen internationaler Entspannung und deutscher Wiedervereinigung; aber die ersten Schritte einer west-ostdeutschen Annäherung müßten von den beiden deutschen Regierungen bereits unternommen sein, auf daß über einen Friedensvertrag mit Deutschland und damit zusammenhängend über ein weltpolitisches Entspannungssystem in Mitteleuropa überhaupt verhandelt werden könne.

Adolf Frisé (Hessischer Rundfunk) stellte fest, daß die Sowjetunion also eine Anerkennung der DDR fordere. Wie sei es, dies vorausgesetzt, dann möglich, die Realität der beiden deutschen Staaten in einem neuen Zustand aufzuheben, in dem beide ihre Unabhängigkeit wenigstens relativ wieder verlieren müßten. Spiridonows Antwort war geradeheraus und bietet, wie mir scheint, den größtmöglichen Spielraum für eine eigene innerdeutsche Konzeption; er sagte nämlich: „Wir haben kein Rezept. Die Antwort kann nur in Verhandlungen gefunden werden". Es müßten konkrete Einzelheiten des staatlichen Lebens besprochen und die Punkte gefunden werden, die man aufeinander abstimmen und von denen aus man allmählich weitere Schritte tun könne. Nach immerhin fünfzehn Jahren verschiedener Entwicklung verstehe es sich, daß man eine lange Periode — vielleicht auch fünfzehn Jahre — brauche, um wieder zusammenzukommen. Man könne zum Beispiel mit kulturellem, wissenschaftlichem, technischem Austausch beginnen, dann zu ökonomischer Zusammenarbeit fortschreiten und schließlich gemeinsame politische Institutionen finden. Das seien Denkmöglichkeiten, ihre konkre-

ten Formen müßten die Deutschen selbst finden. Eines stehte nur fest, es sei unmöglich, die DDR zu verschlingen. Darum bleibe nichts anderes übrig, als zum Zwecke langsamer Annäherung miteinander zu reden. Die DDR-Regierung habe schließlich einen Konföderationsplan vorgelegt, den man nicht annehmen müsse, der aber doch den Ausgangspunkt zu konkreten Gesprächen bilden könne. Kogon nannte einige Aporien, die einer Konföderation im Wege stehen: die verschiedenen Funktions- und Organisationsgesetze einer kapitalistischen und einer sozialistischen Wirtschaft, die unterschiedliche philosophische Basis der gesamten Geisteswissenschaften; die verschiedenen Schulsysteme; die nicht mehr übereinstimmenden Rechtssysteme. Aus beiderseitigen Kompromissen würde ein gesellschaftliches Mischsystem entstehen, von dem niemand wisse, ob es überhaupt funktionsfähig sei. Solange zwischen den Weltmächten keine dauerhafte Entspannung eingetreten sei, könnten beide Seiten einem solchen Mischsystem in Mitteleuropa keine Zustimmung geben. Darum sei es falsch, wenn die Sowjetunion das Problem auf die Deutschen selbst verlagere, es bleibe stets zuerst ein internationales Problem. Spiridonow lächelte: natürlich ließen sich beide Aspekte nicht trennen; aber es gehe auch nicht so, wie eine russische Redensart sage: „Man sitzt am Meer und wartet auf das Wetter." Wie es nur eine Lösung der deutschen Frage zugleich mit Entspannung und Abrüstung gebe, so umgekehrt auch nur Entspannung und Abrüstung zugleich mit der Lösung der deutschen Frage. Das deutsche Volk und niemand sonst sei der Weise, der Rat finden müsse. Er könne sich, so meinte Spiridonow, zum Beispiel sehr gut vorstellen, daß man zunächst ein gemeinsames Ministerium für das Bildungswesen schaffe und ein gemeinsames Schulsystem im Geiste der Freundschaft, des Friedens und der Humanität entwickle. Und sicher sei es gut und richtig, wenn man ganz am Anfang mit zweitrangigen Fragen beginne, um so den Boden vorzubereiten, auf dem größere, weitreichende Maßnahmen möglich würden.

Während sonst bei unserem zweiwöchigen Aufenthalt in der Sowjetunion fast nie das Wort vom westdeutschen Revanchismus fiel, sprach Spiridonow es deutlich aus: „In der Sowjetunion gibt es kein Haßgefühl gegen die Deutschen. Aber wir beobachten mit großem Mißtrauen alle Schritte der Bundesregierung, die auf eine Stärkung der Militärmacht abzielen". Heute schon habe die Bundesrepublik die stärkste Armee auf dem europäischen Kontinent, zusätzlich strebe sie nach Atomwaffen, sei es in Form von Beteiligungen an multilateralen Kernwaffenpools, sei es durch ein Bündnis mit dem atomar aufrüstenden Frankreich. Die deutschen Stimmen, die eine Veränderung des Status quo in Europa fordern, seien zu vernehmlich und kämen aus zu einflußreichen Kreisen, als daß die Sowjetunion sie unbesorgt überhören dürfe. Um so mehr sei jeder individuelle Einsatz für eine friedliche Koexistenz zu begrüßen. Deutsch-sowjetische Begegnungen seien bisher nur Episoden gewesen, sie sollten verstärkt werden. Noch immer gelte eine Einladung des Obersten Sowjet an den Bundestag. Der Besuch Ministerpräsident Chrustschows bei Bundeskanzler Erhard werde von großem Nutzen sein, auch wenn er nicht unmittelbar konkrete Ergebnisse zutage fördere. Es komme auf die Herstellung gegenseitigen Vertrauens an. Mehrmals fiel in diesem Zusammenhang der Name von Bundestagsvizepräsident Dehler, der in der Sowjetunion größte Hochachtung genießt. Bundestagsabgeordneter Dr. Heinemann schloß nach fast zwei Stunden das Gespräch, wie er es eröffnet hatte, mit dem Ausblick auf die Bemühung um intensivere persönliche Kontakte.

Was ist und kann nun das Ergebnis einer solchen Aussprache sein? Es ging darum, die Einschätzung der deutschen Frage zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab-

zuklären. Die Stellungnahme eines der höchstgestellten Politiker der Sowjetunion ist dafür von erheblichem Belang. Spiridonow ließ keinen Zweifel, daß die Sowjetunion durchaus bereit ist, undoktrinär an die Lösung der deutschen Frage heranzugehen und für alle Möglichkeiten offen zu bleiben, die vorgeschlagen werden könnten. Es gibt nur zwei unabdingbare Voraussetzungen: Die Anerkennung der DDR als Basis für ein innerdeutsches Gespräch; und eine deutsche Politik, die auf Atomwaffen verzichtet und sich den allgemeinen Abrüstungstendenzen nicht verschließt. Die Sowjetunion erkennt offensichtlich in einer langfristig disponierenden Wiedervereinigungspolitik der allmählichen Annäherung die besten Aussichten; sie rechnet mit wesentlichen Zugeständnissen von beiden Seiten. Sie sieht darum in dem Konföderationsplan eine realistische Gesprächsbasis, ohne überhaupt auf irgendeinem der bisherigen Vorschläge zu insistieren; hier läge die Chance der Bundesrepublik, mit eigenen Initiativideen ins Gespräch zu kommen, sobald sie das Tabu gegen die DDR aufhebt. Nur eines darf nicht geschehen: die Fortsetzung der Militärpolitik einer Beteiligung an nuklearen Waffen und vermehrter Rüstungsanstrengungen. Wir haben einzig die Möglichkeit, eine politische, nicht die, eine militärische Rolle in der Welt zu spielen.

Hans Heinz Holz

Problematische Preisverleihung

Der diesjährige „Friedenspreis des deutschen Buchhandels" wurde an den französischen Philosophen und Dramatiker Gabriel Honoré Marcel vergeben. Der Friedenspreis ist ein renommierter Preis. Ohne langes Nachdenken findet man eine ganze Reihe von Persönlichkeiten, die seiner würdig wären: Bertrand Russell, Friedrich Wilhelm Foerster, Helmut Gollwitzer, Kurt R. Grossmann, Propst Heinrich Grüber, Günther Anders und viele andere. Die Preisverteilung an Gabriel Marcel gibt Anlaß zu Mutmaßungen über gewisse Zusammenhänge.

„Worauf wollen wir hinaus? Wir bemühen uns, zu zeigen, daß sich der einzelne Mensch mit Hilfe geistiger Anstrengungen ein intensives Gefühl für den Sinn des Lebens schaffen kann, daß jedoch die jeweilige soziale Situation bestimmt, in welchem Maß ihm solches in der Gesellschaft gelingt" (Leszek Kolakowski, polnischer Philosoph).

Seit Descartes ist in der abendländischen Philosophie viel geschehen. Ihrem rebellischen Flügel ist es zu verdanken, daß Denkmethoden ersonnen wurden, die die Überwindung der spirituellen (theologischen) Bindungen des Geistes ermöglichten. Parallel mit der Emanzipation der kritischen Vernunft vollzog sich die Befreiung der Naturwissenschaften aus den Fesseln ihres theologischen Erbes. Die heutige Philosophie kann auf eine bedeutende rationalistische und materialistische Tradition zurückblicken. Die Versuche, diese Tradition zu isolieren, haben nie aufgehört. Damit verbunden ist die Absicht, das System des Irrationalismus zu restaurieren. Das System hat zahlreiche Varianten. Der langweilige Neo-Thomismus eines Maritain gehört ebenso dazu wie die offene Ontologie eines Gabriel Marcel. Der Irrationalismus, überhaupt das metaphysische Prinzip, seit Jahrtausenden bewährt im Kampf um die Vormachtstellung demagogischer Interessengruppen, werden seit Ende des letzten Krieges wieder unentwegt als positive Leitwerte einer „tiefer empfundenen Existenz" der politisch indolenten Konsumgesellschaft suggeriert. Richard F. Behrendt (Universität Bern), einer der hervorragendsten Soziologen unserer Zeit, zählt zu den Symptomen gesellschaftlicher Unreife den Glauben, „allmächtigen Kräften anheimgegeben zu sein und deshalb gar nichts wesentlich Neues, Eigenes tun zu

können. Damit verurteilt man sich selbst zum Determinismus". Wo die Leidenschaft zum „Tiefsinn" als Tugend deklariert wird, findet der Determinismus eine fette Weide. Die auf den Irrationalismus gerichtete Kontemplation versperrt die Aussicht auf die realen Gegebenheiten. Deshalb ist sie in einer Gesellschaftsordnung beliebt, deren Erhaltung nur durch die Verschleierung ihrer tatsächlichen (beängstigenden) Machtverhältnisse garantiert wird. Unter solchen Aspekten könnte die Verleihung des Friedenspreises an einen ontisch denkenden Philosophen einen programmatischen Akt bedeuten.

Eine offizielle Verlautbarung (dpa) besagt: „Das Lebenswerk Gabriel Marcels wie auch sein Lebensweg kennzeichnen ihn als eine Persönlichkeit, die am besten geeignet schien, die deutschen und die französischen Anschauungen der Gegenwart zu repräsentieren."

Hier wird ein Repräsentativ-Anspruch erhoben, der die tatsächlichen Verhältnisse völlig ignoriert. Es ist kaum anzunehmen, daß der Philosoph des christlichen Existentialismus diesen Anspruch für sich reklamieren möchte. Abgesehen davon, daß der „Friedenspreis des deutschen Buchhandels" seinen Zweck nicht mit der Aufwertung einer Philosophie erfüllen dürfte, die nicht die Zukunft der Vernunft verheißt, sondern vom „Perlmutterdunst" (Brecht) der Mystik überzogen ist, — abgesehen davon ist das französische und deutsche philosophische Denken unserer Zeit derart vielschichtig, daß ein einzelner Name es überhaupt nicht repräsentieren kann. Alain, Brunschvicg, Merleau-Ponty, Camus, Sartre, Aron, Adorno, Horkheimer, Bloch, Bense: jede dieser Persönlichkeiten repräsentiert eine eigenständige Richtung. Mit solchen Betrachtungen soll nun keineswegs die Geistesleistung Gabriel Marcels geschmälert werden. Der Mangel an Achtung vor dem Denken, Fühlen und Handeln des Anderen (auch ganz allgemein betrachtet) ist eine zu gefährliche Untugend, als daß man ihr unkontrolliert frönen dürfte. Achtung aber schließt Kritik nicht aus. Gerade in dieser Hinsicht können wir von den Franzosen lernen. Nicht Mangel an Respekt gegenüber Marcel hat diese Reflexionen inspiriert, sondern sie wurden herausgefordert durch die Entscheidung einer deutschen Institution, die ihren Preis nicht grundlos an den Philosophen Marcel vergeben hat. So stellt sich die Frage nach dem heutigen Auftrag der Philosophie. Ich sehe ihre primäre Aufgabe in der Rechtfertigung des wissenschaftlichen Fortschritts. Das heißt, sie muß Denkmodelle hervorbringen, die uns moralisch in die Lage versetzen, das praktische Leben im Einklang mit den triumphalen Ergebnissen der Wissenschaft und Technik zu bewältigen. Die Philosophie der Hoffnung, die man Marcel zuschreibt, weicht von diesem Auftrag in wesentlichen Komponenten ab. Sie suggeriert dem Menschen die Unerfüllbarkeit seiner irdischen Existenz und beschränkt sich auf die Alternative: gläubige Hingabe an das „Du" Gottes oder Verweigerung dieser Hingabe.

Gabriel Marcel ist Konvertit. Der Weg zum Katholizismus führte durch eine Art religiöses Niemandsland. 1919 wurde er protestantisch getraut. Seine Biographin Marie-Madelaine Davy* weist schlüssig nach, daß Marcel in seinem Denken und Verhalten auch protestantische Elemente bewahrt hat. Das Prädikat des unbequemen Christen, das man ihm zuerkennt, bestätigt es. Unmittelbarer Anlaß zur Konversion (1929) war ein Brief Francois Mauriacs. Der Außenstehende wird sich der ausgeklügelten spirituellen Deutung dieses Ereignisses, die der Biographin Davy so vollendet glückte, allerdings kaum anschließen können. Wenn man dem Vorgang seine kritische Aufmerksamkeit zuwendet, wird man eher eines psychologischen Problems gewahr. Durch die Konversion Marcels, so berichtet die Biographin Davy, „erfüllte sich seine

* Marie-Madelaine Davy: Gabriel Marcel. Ein wandernder Philosoph. 336 S., Leinen, DM 17,80. Verlag Josef Knecht, Frankfurt/M.

Existenz, so sagt er selbst, in einer tiefen Euphorie." Wenn Marcel die „schwindelerregende Nähe Gottes" verspürt und sich einem „Gefühl des Friedens, der Ausgeglichenheit, der Hoffnung und des Glaubens" hingibt, so bekennt er damit doch recht eigentlich das Erreichen seines Fluchtzieles. Indessen stand ihm dort sein Intellekt im Wege, wo die metaphysische Autorität Gottes in der institutionalisierten Form der Kirche aufzutreten beliebt. „Es gibt hier einen schwerfälligen Teil, eine Art von administrativer Maschinerie, vor der ich einen Horror habe." — „Ich bin mir der Dunkelheit, die vom Glauben nicht zu trennen ist, zutiefst bewußt . . ." — „Ich bin gegenüber den Mängeln der sichtbaren Kirche entsetzlich empfindlich, und jeder Fanatismus ist mir unerträglich." Solche Indizien gegen die angebliche Freiheit im Glauben finden sich bei Marcel immer wieder. Hier begegnet man jener Widersprüchlichkeit des Geistes, die sowohl zum Menschen Marcel als auch — zwangsläufig — zu einem Denksystem gehört, das rein spekulativen Charakter hat.

Marcel sympathisiert mit der kryptofaschistischen „Moralischen Aufrüstung" und ist der Meinung, daß sich dank ihres Wirkens „ein neues Weltbewußtsein ausbreitet". Das läßt uns an der Redlichkeit der Behauptung zweifeln, er sei ein Gegner jeder sektiererischen Haltung. Die Tatsache, daß „Marcel in Zeitungen der äußersten Rechten schreibt", erschwert es uns, an seine angeblich gegnerische oder zumindest distanzierte Haltung gegenüber dem Faschismus zu glauben. Die Biographin Davy sagt: „Wer ihn im Bereich des Politischen für naiv hält, täuscht sich gründlich." Was Davy positiv meint, steigert unser Unbehagen. Hierzu ein konkretes Beispiel:

Im November 1948 schrieb Marcel in NOUVELLES LITTERAIRES über den „Belagerungszustand" von Camus, es sei nicht „redlich, die Handlung in Spanien . . . anzusiedeln, anstatt zum Beispiel in irgendeinem dalmatinischen oder albanischen Hafen . . . Jeder Unparteiische und gut Informierte wird zugeben müssen: bei allen — wahrlich schwerwiegenden Vorbehalten gegen das Franco-Regime kommen doch in jüngster Zeit die für alle, denen es noch um menschliche Würde und Freiheit zu tun ist, so verzweiflungsvollen Nachrichten keineswegs von der iberischen Halbinsel. Anscheinend handelt es sich um ein Ablenkungsmanöver . . ."

Camus antwortet im COMBAT: „Sie sind schlecht unterrichtet, Gabriel Marcel. Erst gestern sind in Spanien wieder fünf politische Gegner zum Tode verurteilt worden. (Inzwischen hat Franco noch zahlreiche Gegner des Regimes foltern und ermorden lassen. Selbst das mittelalterliche Würgeeisen kam als Hinrichtungsinstrument wieder zu Ehren. D. Verf.). Aber Sie wollten schlecht unterrichtet sein und züchteten darum das Vergessen. Sie haben vergessen, daß die ersten Waffen des totalitären Krieges in spanischem Blut gehärtet wurden. Sie haben vergessen, daß im Jahre 1936 ein aufständischer General im Namen Christi eine Armee von Mauren aushob, um sie gegen die rechtmäßige Regierung der spanischen Republik einzusetzen, daß er nach unsühnbaren Metzeleien einer ungerechten Sache zum Siege verhalf und dann eine unerbittliche Unterdrückung begann, die zehn Jahre dauerte und heute noch fortdauert . . ."

Ferner warf Camus Marcel vor, daß er nicht protestiert habe, „als der französische Staat sich zum Zutreiber der totalitären Henker machte . . ."

Am 15. Juni 1955 nannte Marcel Sartres „Nekrassow", diese Persiflage auf die antikommunistische Hysterie, „vergiftend". 1960 finden wir ihn bei den Unterzeichnern einer reaktionären Gegenerklärung wider jenes berühmte „Manifest der 121", in dem die humanistischen Intellektuellen Frankreichs zur „Weigerung, gegen das algerische Volk die Waffen zu ergreifen", aufgerufen hatten. In der Gegenerklärung,

die Marcel mitunterzeichnete, heißt es: „Es ist Verrat, wenn man die Armee, die sich in Algerien für Frankreich schlägt, systematisch verleumdet und mit Schmutz bewirft. Jeder weiß überdies, daß diese Armee neben ihren ureigenen Obliegenheiten seit Jahren eine zivilisatorische, soziale und menschliche Aufgabe erfüllt . . ."

Schon damals waren die Greuel der Paras (Fallschirmjäger) und der Terror der französischen Armee in der ganzen Welt bekannt. Gabriel Marcel aber gehörte zu jenen, die diese Tatsachen als „Verleumdung" abtaten. Hat man das bei der Nominierung Marcels für den Friedenspreis bedacht? Und nun, da man es weiß, wie will man den Friedenspreis rechtfertigen?

Immer wieder stützt sich Marcel auf eine gewollte Unwissenheit, um den notwendigen Aufstand des Gewissens gegen die etablierten Mächte in eine „metaphysische Unruhe" umzuleiten. In seinem Buch „Gegenwart und Unsterblichkeit" umreißt er diesen Begriff als die Suche nach dem Mittelpunkt, nach dem Gleichgewicht, natürlich auf die religiöse Form der Existenz bezogen. Die philosophische Formulierung ist undurchdringlich: Sprachnebel, in dem logischer Wille nichts auszurichten vermag.

Stanley Godman schrieb in einem apologetischen Essay über Marcel, Picard und Thibon („Die neue Rundschau", Heft 1/1960): „Es ließe sich fragen, ob es sich hier nicht vielmehr im Grunde um die Rückkehr zu einer in christlich-mittelalterlichem Boden wurzelnden Mystik handle . . . Für . . . Marcel gilt, was Wust als ‚höchste Aufgabe des Philosophen' bezeichnet hat: sie bestehe darin, ‚das Erkenntnisobjekt bis in seine Wesensgründe hinab zu durchleuchten und es gerade in seinem unaufhebbaren Geheimnischarakter immer klarer hervortreten zu lassen — die Erkenntnis in der Philosophie beginnt mit schweigendem Staunen und endet mit einem noch tieferen Erstaunen, die die Sprache versagt'. Marcel selbst sieht im Schweigen eine Grundbedingung philosophischen Erwachens." Stanley Godman verweist anschließend Marcel nochmals in die geistige Verwandtschaft eines Peter Wust (katholischer Philosoph, 1884—1940, d. Verf.), der sagte: „Um für die philosophische Sicht fähig zu sein, muß das noch unvollkommene Ich aus seiner unwesentlichen Seinshaltung übergehen in die wesentliche Seinshaltung . . . in dieser neuen Sicht wird der Geist wieder ein Kind."

Ob diese Festlegung Marcels auf einen spirituellen Infantilismus berechtigt ist, möchte ich nun doch bezweifeln. Andererseits enthält das philosophische Werk Marcels zahlreiche Indizien, die Wusts Gleichung belegen, wonach der geistig erwachte Philosoph zum „unegoistischen, kindlich unbefangenen Ewigkeitsaspekt aller Dinge" zurückfindet. Fest steht, daß Marcel zu den entschiedensten Förderern der katholizistischen Kontemplations-Idee gehört. Das bedeutet: Absage an den Geist des Fortschritts (in den Natur- und Geisteswissenschaften und im Bereich der Technik). Marcel schreibt: „Die Religion ist, insofern sie sich von der Magie unterscheidet und sich ihr entgegensetzt, das genaue Gegenteil von einer Technik. Es gibt nichts Bezeichnenderes für die religiöse Haltung als die Gebärde des Gläubigen, wie er im Beten die Hände zusammenlegt und damit Zeugnis davon ablegt, daß nichts mehr zu tun ist, nichts zu ändern, und daß er kommt, um sich einfach aufzugeben . . ." Das ist pure Reaktion, die Kompromittierung des evolutionären wie revolutionären Intellekts. Und so sind Marcels übernationale Gesinnung und humanitäres Gedankengut von dem ihm oft nachgesagten Engagement doch erheblich distanziert. Marcels Humanismus verströmt in einen katholizistischen Universalismus, der den Menschen in ein dogmatisches Glaubenssystem verstrickt und ihn damit der Autorität eines religiösen Phantoms ausliefert. Es ist jener Universalismus, den Richard F.

Behrendt „eine theologische und juristische Legitimierungsideologie einer statischen, geschlossenen, hierarchischen, transzendental gerechtfertigten Herrschaftsordnung" nennt. Wenn man den Nutzen der Philosophie nach den von ihr fixierten Methoden zur Emanzipation des kritischen Geistes bewertet, müßte Marcel eigentlich in die Zeit vor Descartes eingeordnet werden. Die Aspekte des christlichen Existentialismus bei Marcel sind nur modernistische Ornamente am restaurierten Ideengebäude der abendländischen Mystik. Es wird oft behauptet, die Entfaltung der christlichen Existenzphilosophie seit Kierkegaard entspreche einem „tiefen Bedürfnis" unserer Zeit nach spiritueller Kommunikation. Dahinter aber verbirgt sich die Propagierung eines transzendentalen Autoritätsmythos, mit dessen Hilfe sich kirchliche Institutionen ihren Herrschaftsanspruch sichern zu können glauben. Egbert Hoehl

Leo Weismantel†

Ein edler Streiter für den Frieden der Menschen und Völker ist von uns gegangen. Bis in die letzten Tage seines Lebens hat Professor Dr. Dr. h. c. Leo Weismantel für die große Sache gewirkt, die er sich als Lebensaufgabe gesetzt hatte: im Geist der Vernunft und eines höheren Rechts mit einer tief empfundenen Verantwortung aus unverfälscht christlicher Gesinnung zu arbeiten für ein sinnvoll gestaltetes, kulturgerechtes Dasein von Menschen und Völkern. Ganz im Sinne der christlichen Soziallehre, wie sie in den Enzykliken des Papstes Johannes XXIII. mit weltweitem Verstehen zum Ausdruck kommt. Der Gedanke, daß man im Geist der Gewalt keine wahrhafte Kultur begründen kann, war ihm grundlegendes Bekenntnis. So faßte er sein Wirken als Auftrag auf, der ihm als Mensch und Christ in der hohen Friedensverheißung vor 2000 Jahren gegeben war. Das Herren-Wort „Wer das Schwert nimmt, wird durch das Schwert umkommen" und „Selig, die den Frieden machen" war die tragende Grundlage seines reichen Schaffens; war Grundzug seiner Lebens- und Wesensart.

Für diese Einstellung mußte Leo Weismantel im Dritten Reich schwere Opfer und Gefahren auf sich nehmen. Zweimal wurde er als Geisel ins Gefängnis gebracht und schlimmster Behandlung ausgesetzt. Wie durch ein Wunder entging er dem Tode.

Nach dem Krieg setzte er sein Lebenswerk, das er zum großen Teil nach Vernichtung des Geschaffenen neu aufzubauen hatte, fort. Die von ihm erarbeiteten wesentlichen Erziehungselemente, die er in seiner „Schule der Volkschaft" zur Verwirklichung bringen wollte, erfüllten ihn bis in die letzten Tage. Eine groß angelegte Sammlung und ein eigens dazu erbautes Haus als Lehrinstitut und Archiv sollte die Krönung seines Werkes und Abschluß seiner Lebensarbeit werden. Da überraschte ihn der Tod.

Besonders bedrückt war Leo Weismantel darüber, daß er in seinem menschheitsverbundenen Streben von den berufenen Stellen in Staat und Kirche, die sein Werk und Wirken hätten unterstützen und fördern müssen, so sehr verkannt wurde; daß man in führenden Kreisen für den Geist wirklichen Christentums und sinnvoll aufbauender Kulturarbeit mit weitblickender Völkerverbindung kein Verständnis zeigte. Genau so wie es im Leben des geistvollen, hochgesinnten Reinhold Schneider war, dem Weismantel persönlich nahestand.

Auch die „Blätter für deutsche und internationale Politik", die L. Weismantel mit begründen half, haben ihm in der Zeit ihrer Entstehung sehr viel zu danken — vor allem für seine anregenden Beiträge. Allen, die ihn kannten und sein Streben begriffen haben, wird Leo Weismantel unvergessen bleiben.

Dr. Gr.

Behrendt „eine theologische und juristische Legitimierungsideologie einer statischen, geschlossenen, hierarchischen, transzendental gerechtfertigten Herrschaftsordnung" nennt. Wenn man den Nutzen der Philosophie nach den von ihr fixierten Methoden zur Emanzipation des kritischen Geistes bewertet, müßte Marcel eigentlich in die Zeit vor Descartes eingeordnet werden. Die Aspekte des christlichen Existentialismus bei Marcel sind nur modernistische Ornamente am restaurierten Ideengebäude der abendländischen Mystik. Es wird oft behauptet, die Entfaltung der christlichen Existenzphilosophie seit Kierkegaard entspreche einem „tiefen Bedürfnis" unserer Zeit nach spiritueller Kommunikation. Dahinter aber verbirgt sich die Propagierung eines transzendentalen Autoritätsmythos, mit dessen Hilfe sich kirchliche Institutionen ihren Herrschaftsanspruch sichern zu können glauben. Egbert Hoehl

Leo Weismantel†

Ein edler Streiter für den Frieden der Menschen und Völker ist von uns gegangen. Bis in die letzten Tage seines Lebens hat Professor Dr. Dr. h. c. Leo Weismantel für die große Sache gewirkt, die er sich als Lebensaufgabe gesetzt hatte: im Geist der Vernunft und eines höheren Rechts mit einer tief empfundenen Verantwortung aus unverfälscht christlicher Gesinnung zu arbeiten für ein sinnvoll gestaltetes, kulturgerechtes Dasein von Menschen und Völkern. Ganz im Sinne der christlichen Soziallehre, wie sie in den Enzykliken des Papstes Johannes XXIII. mit weltweitem Verstehen zum Ausdruck kommt. Der Gedanke, daß man im Geist der Gewalt keine wahrhafte Kultur begründen kann, war ihm grundlegendes Bekenntnis. So faßte er sein Wirken als Auftrag auf, der ihm als Mensch und Christ in der hohen Friedensverheißung vor 2000 Jahren gegeben war. Das Herren-Wort „Wer das Schwert nimmt, wird durch das Schwert umkommen" und „Selig, die den Frieden machen" war die tragende Grundlage seines reichen Schaffens; war Grundzug seiner Lebens- und Wesensart.

Für diese Einstellung mußte Leo Weismantel im Dritten Reich schwere Opfer und Gefahren auf sich nehmen. Zweimal wurde er als Geisel ins Gefängnis gebracht und schlimmster Behandlung ausgesetzt. Wie durch ein Wunder entging er dem Tode.

Nach dem Krieg setzte er sein Lebenswerk, das er zum großen Teil nach Vernichtung des Geschaffenen neu aufzubauen hatte, fort. Die von ihm erarbeiteten wesentlichen Erziehungselemente, die er in seiner „Schule der Volkschaft" zur Verwirklichung bringen wollte, erfüllten ihn bis in die letzten Tage. Eine groß angelegte Sammlung und ein eigens dazu erbautes Haus als Lehrinstitut und Archiv sollte die Krönung seines Werkes und Abschluß seiner Lebensarbeit werden. Da überraschte ihn der Tod.

Besonders bedrückt war Leo Weismantel darüber, daß er in seinem menschheitsverbundenen Streben von den berufenen Stellen in Staat und Kirche, die sein Werk und Wirken hätten unterstützen und fördern müssen, so sehr verkannt wurde; daß man in führenden Kreisen für den Geist wirklichen Christentums und sinnvoll aufbauender Kulturarbeit mit weitblickender Völkerverbindung kein Verständnis zeigte. Genau so wie es im Leben des geistvollen, hochgesinnten Reinhold Schneider war, dem Weismantel persönlich nahestand.

Auch die „Blätter für deutsche und internationale Politik", die L. Weismantel mit begründen half, haben ihm in der Zeit ihrer Entstehung sehr viel zu danken — vor allem für seine anregenden Beiträge. Allen, die ihn kannten und sein Streben begriffen haben, wird Leo Weismantel unvergessen bleiben.

Dr. Gr.

Die Lage

Prof. Dr. jur. Harold Rasch

Ludwig Erhards große Chance

Zugleich eine Replik auf das Plädoyer des Freiherrn zu Guttenberg

I

Seit dem Besuch, den Alexej Adschubej, der Schwiegersohn Chrustschows und Chefredakteur der „Iswestija", im Juli d. J. in der Bundesrepublik gemacht hat, werden Aussichten und Risiken einer Zusammenkunft zwischen Bundeskanzler Erhard und dem Ministerpräsidenten der Sowjetunion lebhaft erörtert. Jetzt ist ein solches Treffen tatsächlich vereinbart worden. Welche Ziele Chrustschow im einzelnen dabei verfolgt, wissen wir nicht, im ganzen sicher vor allem eine rechtliche Konsolidierung der tatsächlich bestehenden Verhältnisse in Mitteleuropa. Was wir erstreben sollten — und was wir keinesfalls erreichen können —, darüber müssen wir uns klar zu werden versuchen.

Vor kurzem ist nun unter dem Titel „Wenn der Westen will. Plädoyer für eine mutige Politik" eine Schrift des Bundestagsabgeordneten der CSU Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg erschienen[1]). Ihre Besprechung dürfte vorzüglich geeignet sein, die außenpolitische Lage der Bundesrepublik zu überprüfen. Freiherr zu Guttenberg hat in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Aktivität entfaltet und sich über seine Partei hinaus Beachtung verschafft. Er verdient um so ernster genommen zu werden, als seine Vorstellungen innerhalb und außerhalb der CSU manchen Anklang gefunden haben.

II

Die Grundgedanken Guttenbergs lassen sich am besten mit seinen eigenen Worten zusammenfassen:

Quelle des „Kalten Krieges", der die Welt nicht zur Ruhe kommen läßt, ist „der Versuch kommunistischer Mächte, die Weltrevolution weiterzutreiben[2]"). Dabei ist „die militärische Macht der Kommunisten ein geradezu selbstverständliches und tägliches Instrument der Führung des Kalten Krieges. Sie ist der eigentliche Hebel für Drohung und Erpressung[3])." Es gibt „bis heute kein einziges Zeichen für das Ablassen der Kommunisten von ihren Zielen. Was es gab und gibt, sind veränderte Methoden[4])." Unter diesen Umständen scheint dem Verfasser „das Schicksal der freien Welt weitgehend davon abzuhängen, daß sie sich nicht verführen läßt, Entspannung anders zu erwarten als durch die — wenn auch wahrscheinlich schrittweise — Wiederherstellung des durch die Kommunisten gebrochenen Rechts[5])."

Freiherr zu Guttenberg hält vorerst wenig — um nicht zu sagen: gar nichts — von Verhandlungen mit der Sowjetunion. „Es ist kein Zeichen eigener Stärke, Verhandlungen zuzustimmen, die ohne gegnerischen Druck nicht zustande kämen. Verhandlungen, die nur deshalb stattfinden, weil eine Seite Furcht vor dem Kriege hat, können die Katastrophe fördern." „Daher heißt der Preis für den Frieden Festigkeit — nicht Nachgiebigkeit"[6]).

„Wenn das Konzept der Atlantischen Partnerschaft mehr als nur leere Worte bedeuten soll, muß es vorrangig aus dem Willen bestehen, ein Machtzentrum

Europa als Partner Amerikas zu schaffen. Das gilt auch und gerade für den militärischen Aspekt." „Ich plädiere daher für eine Politik, die das Entstehen eines dritten Machtzentrums Westeuropa entschlossen fördern will"[7]).

Die führende Rolle kommt dabei nach Guttenbergs Ansicht Frankreich zu, dessen Politik sich selbst nicht von ungefähr als „Sachwalterin Europas ohne Auftrag"[8]) begreift. „Gegen die sowjetische Überlegenheit an konventionellen Streitkräften gibt es nur die Androhung des Einsatzes nuklearer Waffen"[9]). „Die französische Atomentwicklung ist der notwendige Anstoß und der mögliche Keim für eine spätere europäische Atommacht. Allein aus diesen Gründen verdient sie unsere Sympathie"[10]). „Frankreich ist dabei, eine Bresche in das Atommonopol Amerikas zu schlagen. Wenn es dies in ‚Stellvertretung Europas' tut, muß es sich eines Tages bereit finden, seine Force de frappe zu einer europäischen Streitmacht zu entwickeln; das aber bedeutet, das Tor zur Supranationalität zu durchschreiten"[11]). Die Überlegungen des Freiherrn zu Guttenberg berühren sich hier mit denen des französischen Generalstabschefs, General Ailleret[12]). Nur auf diesem Wege, meint Guttenberg, kann auch das „Deutsche Problem" eines Tages gelöst werden[13]). „Die deutsch-polnische Grenze kann erst endgültig gezogen werden, wenn ein freies Deutschland und ein in dieser Sache handlungsfähiges Polen wieder aneinandergrenzen. In der Zwischenzeit gilt es, die Einigung Westeuropas voranzutreiben; an ihr wird sich die relative Bedeutungslosigkeit nationaler Grenzen in einem freien und versöhnten Europa erweisen"[14]). Im übrigen: „Zuerst freie Wahlen, dann gesamtdeutsche Regierung, dann Friedensvertrag"[15]).

„Alles steht zur Verfügung, um den Sieg der Freiheit sicherzustellen: Ideen, Menschen, Kenntnisse, Güter und Waffen. Es kommt darauf an, all dies zur rechten Zeit, auf dem rechten Weg und zum rechten Ziel anzuwenden. Die Waage wird sich zugunsten der Freiheit neigen — wenn der Westen will"[16]).

III

Die dankenswerte Offenheit des oberfränkischen Landedelmanns, eine gewandte Darstellungsweise, einzelne sachliche Feststellungen und Schlußfolgerungen auch, denen wir durchaus zustimmen können, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier eine außenpolitische Konzeption vorgetragen wird, die entschiedenen Widerspruch verdient. Was Freiherr zu Guttenberg will, läuft im Kern darauf hinaus, die Sowjetunion durch Drohung mit einem Atomkrieg nicht nur von einem — angeblich zu befürchtenden — militärischen Angriff auf die Bundesrepublik abzuschrecken, sondern auch, sie zu zwingen, nachträglich vor dem Besiegten von 1945 zu kapitulieren; es bedeutet nichts anderes als den Versuch, die Folgen des Zweiten Weltkriegs durch Spiel mit dem Feuer rückgängig zu machen. Ein solcher Versuch darf nicht unternommen werden. Ein Trost dabei ist, daß „der Westen" glücklicherweise gar nicht daran denken wird, dem Plädoyer des Freiherrn zu Guttenberg für seine „mutige Politik" zu folgen, auch wenn er hierzulande, insbesondere südlich des Mains, wo uns vor vierzig Jahren schon einmal das „Heil" erschienen ist, weitere Anhänger gewinnen sollte.

Baron Guttenberg würde sich wahrscheinlich gegen den Vorwurf einer militanten Aggressions- und Revanchepolitik verwahren. „Es ist nämlich schon sozusagen ex definitione ausgeschlossen, daß ein demokratischer Staat — und schon gar eine Allianz demokratischer Staaten — militärische Mittel einsetzt, um offensive politische Ziele zu erlangen", schreibt er[17]). So weit, so gut. Aber ist ein Staat, in dem Höcherls Notstandsgesetzentwürfe innenpolitisch Wirklichkeit geworden sind und Guttenbergs Thesen das außenpoliti-

sche Programm der Bundesregierung darstellen, noch ein demokratischer Staat? Das ist doch wohl zum mindesten zweifelhaft. Die deutsche Demokratie steht — sofern man nicht nur an die formale Handhabung demokratischer Verfassungsregeln denkt — schon heute auf noch recht schwachen Füßen, ihre freiheitlich-demokratische Substanz, in den Herzen der Bevölkerung noch wenig verwurzelt, würde weiter schrumpfen, wenn die Bundesregierung einerseits nach den Vorstellungen Guttenbergs — sei es auch nur auf „supranationaler" Grundlage — über Atomwaffen, andererseits über das Instrument der Erklärung eines „permanenten Notstands" verfügte. Wir kennen unser Volk und seine Geschichte, wissen nur zu gut, wie leicht es geneigt ist, einem neuen „Führer", der ihm die Erreichung nationaler Träume vorgaukelt, nachzulaufen. Und Guttenbergs großes Vorbild, der französische Staatschef, dem wir folgen, dessen Politik wir nacheifern sollen, — ein Hüter der Demokratie ist er, bei aller Anerkennung seiner überragenden Persönlichkeit, doch nun wirklich nicht. Insofern kann das Argument aus Oberfranken schwerlich überzeugen.

Was heißt denn — in der Vorstellung Guttenbergs — das Verlangen nach „Wiederherstellung des durch die Kommunisten gebrochenen Rechts", was heißt das Verlangen, die Bereinigung des deutsch-polnischen Grenzproblems auf einen Zeitpunkt zu vertagen, da „ein freies Deutschland und ein in dieser Sache handlungsfähiges Polen wieder aneinander grenzen"? Guttenberg warnt — und insoweit können wir ihm nur zustimmen — vor der Absicht, „Kontakte mit den Satellitenregierungen dazu zu nützen, das Ulbricht-Regime isolieren und unter Druck setzen zu wollen", da „jeder derartige Versuch der deutschen Politik geradezu automatisch die eigentliche Machthaberin in Osteuropa auf den Plan rufen muß — die Sowjetunion[18])". Aber andererseits lesen wir: „Die Bundesgenossen der freien Welt in Osteuropa sind die Unterdrückten, nicht die Unterdrücker", und „nie darf es zu einer generellen westlichen Politik kommen, die den osteuropäischen V ö l k e r n den Eindruck vermittelt, vergessen und abgeschrieben zu sein[19]). Zwar wird kein verantwortlicher Politiker aus dem Festhalten am „Selbstbestimmungsrecht eine Politik ableiten, die auf Provozierung revolutionärer Umwälzungen im Satellitenreich abzielt[20])". Aber das ungenügende militärische Gleichgewicht der Kräfte „muß ergänzt werden durch das Gleichgewicht politischen Drucks"[21]) „Der weitere Ausbau der eigenen Stärke muß mit einer offensiven Politik verbunden werden, die jede Chance zu nützen versteht, die ihr der Gegner und die Lage bieten"[22]). Und nicht nur das — wogegen an sich nichts einzuwenden ist —: „Es wäre vernünftig, plausible und dennoch offensive Politik, nächste Abkommen der ‚Non-Proliferation' (von Atomwaffen) durch konkrete Projekte wirklicher ‚Proliferation' vorzubereiten und in einem Handel mit der Sowjetunion deren Bereitschaft zu politischen Konzessionen zu prüfen"[23]).

Alles in allem — darüber kann kein Zweifel bestehen — mißt Freiherr zu Guttenberg einer v e r s t ä r k t e n E i n f l u ß n a h m e d e r B u n d e s r e p u b l i k a u f d e n E i n s a t z v o n A t o m w a f f e n eine entscheidende Bedeutung zu. Dabei wird im Prinzip noch zwischen Verteidigungsaufgaben und restaurativ-aggressiven Zielen unterschieden. Wieweit diese Unterscheidung beibehalten werden würde, wenn einmal ein anderer als der jetzt schreibende Politiker dessen Programm durchführen sollte, diese Frage mag jeder Leser selbst beantworten.

IV

Jahrelang haben die Regierungen Adenauer uns eine „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" in Aussicht gestellt, die durch eine „P o l i t i k d e r S t ä r k e", d. h. praktisch durch Aufrüstung der Bundesrepublik im Rahmen der

NATO erreicht werden sollte. Heute spricht kaum jemand mehr davon. Heute klammert sich die amtliche Politik der Bundesregierung — soweit man von einer solchen überhaupt sprechen kann — an abstrakte Rechtsgrundsätze wie das „Selbstbestimmungsrecht" der Völker, pocht auf einen „Gesamtvertretungsanspruch" der Bundesregierung für ganz Deutschland und verlangt „freie Wahlen" in der DDR. Auch Guttenberg hält an dieser Forderung fest, stützt sie freilich nur am Rande auf scheinjuristische Begründungen[24]). Dafür propagiert er erneut eine Politik der „Stärke", und zwar einer Stärke, die auf der Verfügungsgewalt über Atomwaffen beruht[24a]).

Aber auch diese Politik ist zum Scheitern verurteilt.

Sehen wir von der staatsrechtlichen Seite der Sache hier ab. Unser Autor ist sich darüber im klaren: „Eine europäische Atommacht schaffen zu wollen, heißt ein unter zentraler politischer Autorität geeintes Europa anzustreben." „Hier ist die Übertragung nationaler Souveränität auf eine übernationale Autorität nötig." Insoweit besteht zwar „kein Anlaß zu übertriebenem Optimismus". „Aber neben den . . . objektiven Erfordernissen der europäischen Sicherheit werden vor allem die unzureichenden finanziellen und wirtschaftlichen Mittel der europäischen Einzelstaaten derartige revolutionäre Lösungen notwendig und möglich machen"[25]).

Lassen wir dieses Problem, wie gesagt, dahingestellt, dahingestellt auch die Frage, ob Guttenberg nicht — wie die Neue Zürcher Zeitung[26]) meint — „die desintegrierende Wirkung einer französisch-deutschen Blockbildung" unterschätzt. Was man nur mit Verzweifung zur Kenntnis nehmen kann, das ist die intellektuelle und moralische Unbekümmertheit, mit der heute, noch nicht zwanzig Jahre seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und seiner Schrecken, ein prominenter Politiker erneut nach der Möglichkeit der Verfügung über Massenvernichtungsmittel für die Bundesrepublik ruft, anstatt alle Intelligenz und alle moralische Kraft auf die Arbeit für einen Frieden zu konzentrieren, der nicht nur auf dem „Gleichgewicht des Schreckens" beruht. Es gibt nicht den geringsten konkreten Anhaltspunkt dafür — und auch Guttenberg weiß nichts dafür beizubringen —, daß die Sowjetunion jetzt oder in absehbarer Zukunft die Absicht haben könnte, die Bundesrepublik militärisch anzugreifen. Im Gegenteil: der Bruch zwischen den beiden großen kommunistischen Mächten, der Sowjetunion und China, und die bald hier, bald dort immer stärker werdenden Selbständigkeitsbestrebungen der kleineren osteuropäischen Staaten müssen es ihrer Führung bei vernünftiger Überlegung dringend erwünscht erscheinen lassen, sich nicht selbst in kriegerische Unternehmen zu stürzen. Ein Ruf aus der Bundesrepublik nach Atomwaffen zu „Verteidigungszwecken" muß unter diesen Umständen östlich der Elbe äußerstes Mißtrauen hervorrufen; er kann nur als der Versuch gewertet werden, zu gegebener Zeit die offizielle Politik des Revisionismus, der Rückgängigmachung der Folgen des Zweiten Weltkriegs durch militärischen Druck zu unterstützen. Aber nicht einmal zu Abschreckungs- und Verteidigungszwecken haben Atomwaffen Wert für uns, da sie im „Ernstfall" gar nicht eingesetzt werden dürften: eine atomare Auseinandersetzung nämlich könnte die Sowjetunion, wie nicht oft genug wiederholt werden kann, vielleicht überleben, die Bundesrepublik keinesfalls, und Waffen, die militärisch sinnlos sind, haben auch politisch keinen Wert.

Guttenbergs Schrift nimmt, das sei gern anerkannt, durch die subjektive Aufrichtigkeit, mit der der Verfasser seine Gedanken entwickelt, für sich ein. Kein Wort insbesondere nach Art der verlogenen Phrase von den „Brüdern und Schwestern in der Zone", denen die Bundesrepublik helfen wolle, — Heuchelei geht Guttenberg nicht in die Feder. In der Sache freilich scheiden sich die Geister.

In der Sache bleibt richtig, was führende deutsche Atomwissenschaftler vor sieben Jahren zum Ausdruck gebracht haben:

> „Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet" [27]).

Mit dem Notstandsparagraphen könne jeder Esel regieren, soll Bismarck gesagt haben (ohne freilich immer nach dieser Erkenntnis zu handeln). Um nach Atom- und Wasserstoffbomben zu rufen, fügen wir hinzu, genügt der Verstand eines Gefreiten, — dafür ist ein Guttenberg einfach zu schade.

Nicht in der Möglichkeit der Verfügung über Massenvernichtungsmittel, die das Leben aller Völker der Erde bedrohen, auch wenn sie — vorerst — nur einer „supranationalen" Autorität in die Hand gegeben sein sollten, liegt die Sicherheit der Bundesrepublik. Sie liegt in erster Linie in einer Politik, die friedliche Absichten nicht nur bekundet, sondern auch glaubhaft macht, in einer Politik der moralischen Aufrüstung und Stärke. Hier liegt Ludwig Erhards große Chance, hier könnte er beginnen, wenn er demnächst mit Ministerpräsident Chrustschow zusammentrifft.

V

Die Sorge Guttenbergs und seiner Freunde ist „eine mögliche bilaterale Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über Europa [28])." „Europa sieht sich auf seinem eigenen Territorium vor einem Gegner, dessen herkömmliche Bewaffnung einer vielfachen Übermacht gleichkommt und dessen atomare Kapazität nur im Verhältnis zu den USA neutralisiert ist" [29]). Die Europäer, meint Guttenberg, haben „zunehmenden Anlaß, sich mit einer amerikanischen Strategie zu befassen, die sich offenkundig die Verringerung ihres atomaren Engagements in Europa zum Ziel gesetzt hat . . . Es sollte denn auch niemand wundernehmen, daß Washington in die westliche Strategie Sicherungen einzubauen sucht, um die Wahrscheinlichkeit zu verringern, daß sich ein konventioneller Krieg in Europa zu einem atomaren Konflikt ‚hinaufschrauben' könnte, in den Amerika selbst verwickelt werden müßte [30])." „Die ‚Escalation' eines konventionellen Konflikts in Europa zu einer atomaren Auseinandersetzung bedeutet unter den heutigen Bedingungen für die Vereinigten Staaten primär das Risiko, selbst in einen nuklearen Krieg hineingezogen zu werden; für das freie Europa ist die gleiche ‚Escalation' das wichtigste Element der Abschreckung und damit die Chance der Verhütung des Krieges überhaupt" [31]). Daher eben der Schrei nach einer Verstärkung der eigenen atomaren Rüstung Kontinental-Europas unter französischer Führung, ein Verlangen, das sich auch durch Schaffung einer multilateralen Atommacht der NATO nicht befriedigt fühlt [32]).

Indessen sollte jeder Versuch der beiden großen Atommächte, die Gefahr eines nuklearen Zusammenstoßes zu bannen, den übrigen Ländern Europas und insbesondere der Bundesrepublik nicht so sehr Angst um ihre eigene, auf der Grundlage atomaren Schreckens überaus fragwürdige Sicherheit einflößen, als vielmehr Anlaß geben, auch ihrerseits zu einer Verständigung mit der Sowjetunion zu gelangen. Kein Land ist stärker hieran interessiert als das unsere. Gerade wir haben allen Anlaß, die Bemühungen der Weltmächte um Entspannung zu unterstützen, anstatt sie herabzusetzen und zu vereiteln, wir, deren Land geteilt ist und in dem sich die Herrschaftsbereiche der Großen treffen. Daß Guttenbergs Schrift keinen ernsthaften Beitrag zur Bewältigung dieser Aufgabe leistet, ist der Hauptvorwurf, den wir seiner „mutigen Politik" zu machen haben.

Es ist Schwarz-Weiß-Malerei, beruhend auf landläufigen Klischeevorstellungen, wenn Guttenberg immer wieder die „Unüberbrückbarkeit zwischen Freiheit und Sklaverei" betont.[33]) Ganz abgesehen davon, daß eine derartige „Philosophie" praktisch darauf hinausläuft, daß der „Sklave" vor dem „Freien" kapitulieren müßte (oder umgekehrt), haben solche Schlagworte mit der sozialen Wirklichkeit nichts zu tun. Die Gesellschafts- und Rechtsordnungen des „freien Westens" haben seit hundert, seit fünfzig, seit zwanzig Jahren Wandlungen durchgemacht, die ihr Bild gegenüber der jeweils vorhergehenden Epoche laufend und tiefgreifend geändert haben; der heutige „Kapitalismus" hat mit den Zuständen im England der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, wie sie Karl Marx seinen Analysen zugrunde legte, nur noch herzlich wenig gemein, stellt sich im übrigen in jedem Staat recht verschieden dar, wobei nur auf die Bundesrepublik einerseits, die gewiß freiheitlich, aber sozialdemokratisch regierten skandinavischen Länder andererseits hingewiesen sei. Das wird auch Guttenberg nicht bestreiten. Aber auch „der Kommunismus", selbst der der Sowjetunion allein, hat sich nicht nur taktisch, sondern gerade strukturell weitgehend gewandelt, ist längst nicht mehr der von 1918, 1935 oder 1953, und das sieht Guttenberg nicht. Natürlich werden die alten marxistisch-leninistischen Ideologien im Grundsatz aufrechterhalten und nur einzelne Thesen je nach Bedarf als Ketzereien Stalins, als historisch bedingt oder als Resultate irrtümlicher Auslegung der „wahren Lehre" preisgeben (wie ja auch vom Papst niemand erwartet, daß er dem Gedanken der Una Sancta abschwört), natürlich wird weiterhin für den „Endsieg des Kommunismus" in der Welt gekämpft, kann von bewußter „Liberalisierung" des Lebens, von einer „Verbürgerlichung" der Gesellschaft im westlichen Sinn keine Rede sein, natürlich werden laufend neue gewaltige „Pläne" verkündet. Aber alles das ist nicht von entscheidender Bedeutung. Entscheidend ist vielmehr, daß West und Ost heute auf Basis der Entwicklung der modernen Technik gemeinsam einer mehr und mehr „wissenschaftsorientierten Zivilisation" entgegengehen und sich grundlegende Entwicklungen hüben und drüben unabhängig von populären Ideologien und Regierungssystemen vollziehen. „Je näher sich . . . der technische Entwicklungsstand der USA, der Sowjetunion und Europas kommen, um so ähnlicher wird die Gesellschaftsordnung. Es findet zwangsläufig eine Angleichung der politischen Systeme statt"[34]). Darüber erfährt man von Baron Guttenberg nichts. Daß insbesondere die Wissenschaft der Kybernetik, die Theorie der Kommunikation und der Steuerungs- und Regelungsvorgänge bei Maschinen und lebenden Organismen, eine weitgehende Normalisierung und Entpolitisierung des Geschehens in der Sowjetunion herbeigeführt hat, ist ihm offenbar unbekannt, das Wort „Kybernetik" oder auch nur ein verwandter Begriff kommt bei ihm an keiner einzigen Stelle vor, obwohl die Kybernetik, die von dem amerikanischen Professor Norbert Wiener begründet wurde, heute die Wissenschaft der Sowjetunion beherrscht. Sehr viel richtiger hat die Enzyklika des unvergessenen Johannes XXIII. „Pacem in Terris" die Entwicklung erkannt, wenn sie sagt: „Selbst wenn die Doktrinen unverändert bleiben, sind doch die Bewegungen, die sie fördern, dem Wandel unterworfen." Davon sollten auch unsere Politiker Kenntnis nehmen.

Hier ist nicht der Ort, auf Einzelheiten dieser Entwicklung einzugehen, es gibt vorzügliche Möglichkeiten auch für den Laien, sich darüber näher zu unterrichten[35]). Wir brauchen es um so weniger zu tun, als wir ja in keiner Weise die bestehenden Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze leugnen, die Schwierigkeiten ihrer Überwindung bagatellisieren. Wogegen wir uns mit aller Entschiedenheit wehren, das ist die Tendenz Guttenbergs, die Neigung gerade

deutscher Politiker, in Extremen zu denken, unüberschreitbare Abgründe zu konstruieren und ihre Beseitigung nur in einer Katastrophenpolitik zu sehen. „Freiheit" des Westens als „unüberbrückbarer" Gegensatz zur „Sklaverei" des Ostens, — derartige Phrasen machen ein nüchternes Urteil unmöglich. Eine Überwindung der bestehenden Gegensätze mit Hilfe der Atombombe zu suchen, ist ein politisches Verbrechen am deutschen Volk und an der Welt.

Keine soziale Ordnung ist in ihrer Wirklichkeit durch ein Schlagwort zu erfassen. „Der Westen", die Bundesrepublik insbesondere, bekennt sich zu dem System „freier Wahlen" zur Volksvertretung, aber es ist doch wohl richtig, daß „Parlamentsmitglieder . . . vom Volk erst gewählt (werden), nachdem sie von einem Parteiklüngel bereits gewählt worden sind[36])." Wir haben ein durch das Grundgesetz gewährleistetes, höchst schätzenswertes Recht auf „freie Meinungsäußerung", aber wer ist wirklich frei genug, um von diesem Recht Gebrauch zu machen, ohne mehr oder minder fühlbare wirtschaftliche und gesellschaftliche Nachteile zu erleiden, wenn er die amtlich herrschende Meinung nicht teilt? Was ist „freier Wettbewerb" in der Rechtswirklichkeit der Großbetriebe, Konzerne und marktbeherrschenden Unternehmen?

Andererseits: „Es gibt keine Freiheit der Presse in Rußland, aber wer kann behaupten, daß es keine Freiheit des Denkens gibt?"[37]) Aber nicht nur das: „Die Politik hat nicht länger die totale Befehlsgewalt, was Wissenschaft, Planung, Wirtschaft und Industrie betrifft. Hier ist, dank der überaus passenden Lenin-Worte, nicht länger Platz für revolutionäre Agitation und für Parteieifer, der sich der objektiven Wirklichkeit widersetzt. In diesen Sphären wurde der marxistisch-leninistischen Ideologie ihre Führungsrolle versagt"[38]). Erst in letzter Zeit ist auch die langjährige Debatte um eine grundlegende Änderung des sowjetischen Wirtschaftssystems durch eine Veröffentlichung von Professor Trapesnikow über die Notwendigkeit der Verrechnung eines Zinses für das vom Staat zur Verfügung gestellte Kapital (Prawda vom 17. 8. 1964) wieder in ein neues Stadium getreten[39]).

Verlassen wir damit Baron Guttenberg und seine „mutige Politik". Sie wird noch manchen Mitläufer finden, dessen muß man in diesem Lande gewiß sein. „Lieber tot als rot" — ein solcher Slogan, den unser Autor zwar nicht ausspricht, auf dessen Weisheit seine Thesen aber hinauslaufen, eignet sich gut für Parteireden und Wahlaufrufe, vorzüglich auch für die Wiederholung durch Sprechchöre. Dem „physischen Tod durch atomare Vernichtung" läßt sich höchst eindrucksvoll der „geistige Tod durch den Kommunismus" gegenüberstellen[40]). Aber im Ernstfall würde die überwältigende Mehrheit unseres Volkes diese oberflächliche Gleichsetzung verwerfen und, wenn sie sich entscheiden müßte, sogar eine kommunistische Rechts- und Gesellschaftsordnung einer Welt vorziehen, in der nur noch die Chance gegeben ist, als letzter Krüppel eines Atomkrieges zu überleben.

VI

Glücklicherweise besteht indessen keinerlei Notwendigkeit, zwischen „rot oder tot" wählen zu müssen. Wir haben nur zu wählen, ob wir weiterhin die Wirklichkeit negieren, unsere Niederlage im Zweiten Weltkrieg nicht wahrhaben und in einer Haltung unfruchtbaren Trotzes und nebelhafter Zukunftshoffnungen verharren, oder ob wir auf der Grundlage der gegebenen Verhältnisse an der Sicherung eines dauerhaften Friedens mitwirken wollen. Die Wahl ist im Grunde eine Frage des Charakters unserer Politiker. Zu gewinnen ist durch Trotz und Rechthaberei nichts, durch Einsicht in die Unvermeidlichkeit eines Verzichts auf Unerreichbares zum mindesten eine große Chance.

Die Sowjetunion ist an einer Verbesserung ihres Verhältnisses zur Bundes-

republik interessiert. Nicht daß etwa wirtschaftliche Schwierigkeiten, insbesondere die nach wie vor höchst unbefriedigende Entwicklung ihrer landwirtschaftlichen Produktion, der offenbar unheilbare Konflikt mit China oder sonstige Zentrifugaltendenzen im kommunistischen Lager sie zur Räumung wesentlicher Positionen nötigen, — alle Sachverständigen und mit ihnen auch Guttenberg[41]) nehmen an, daß die Sowjetunion das kommunistische China militärisch noch auf lange Zeit hinaus überhaupt nicht zu fürchten habe. Ihr Interesse ist das durchaus natürliche Interesse an einer rechtlichen Konsolidierung ihres tatsächlichen Machtbereichs, darüber hinaus sicher auch die Erlangung langfristiger Investitionskredite. Deutsche Aufgabe und deutsche Chance ist es, das konkrete Interesse der Sowjetunion im Rahmen unserer Interessen in einer Weise zu befriedigen, die ihr nützlicher erscheint als die Verfolgung allgemeiner weltrevolutionärer Fernziele. Hier erst fängt ernsthafte deutsche Politik überhaupt an.

Daß die heutige deutsche Grenze im Osten, die Oder-Neiße-Grenze, jenseits derer nur noch eine verschwindend kleine deutsche Minderheit lebt, unabänderlich ist, darüber sind sich die Mitglieder der Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzler, sicher völlig im klaren. Wahrscheinlich wäre die Bundesregierung auch bereit, dies in völkerrechtlich bindender Weise zu erklären, wenn damit nicht fast zwangsläufig das Problem unserer Beziehungen zur DDR aufgeworfen würde. Die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu Polen und die Entsendung eines Botschafters nach Warschau, wo die DDR längst durch einen solchen vertreten ist, würde mit Sicherheit und mit Recht als ein wesentlicher Schritt in Richtung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR ausgelegt werden[42]). Damit käme auch die „Hallstein-Doktrin", deren Zweck es ist, neutrale Länder von einer „Anerkennung der Zone" fernzuhalten, ins Wanken. Das ganze Gebiet bundesrepublikanischer Ostpolitik — oder besser dessen, was sich als solche bezeichnet — wäre erschüttert. Wir hätten uns in den von uns selbst ausgelegten Schlingen gefangen.

Es gibt keine andere Möglichkeit, uns aus diesen Schlingen zu befreien, als die, sie zu zerschneiden und wegzuwerfen. Dazu sollten wir uns, wenn wir nüchternen Überlegungen folgen wollen, endlich bereit finden.

Wir können die Existenz der DDR und ihrer Regierung so wenig leugnen wie die der Oder-Neiße-Grenze. Wir haben keine Bundesgenossen, um sie zu beseitigen. Im Gegenteil: auch im Ausland mehren sich die Stimmen, die nicht nur die neue Grenze als endgültig bezeichnen, sondern sich auch für die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik einsetzen. Im Innern zwingen die Notwendigkeit, Verhandlungen über den „Interzonenhandel", die Ausstellung von Passierscheinen, den Austausch von Zeitungen, die gemeinsame Durchführung von technischen Projekten (Verkehrswesen, Brückenbau, Energiewirtschaft) zu führen, immer mehr zur Koordinierung aller Kontakte. Wenn die FDP auf die Errichtung einer zentralen Bundesstelle für diese Koordinierung drängt, so hat das gewiß vorwiegend taktische Gründe, — wofür haben wir eigentlich bereits seit Jahren ein — zur Zeit von Erich Mende geleitetes — Ministerium für gesamtdeutsche Fragen? Aber die Notwendigkeit der Koordinierung selbst ist in der Sache begründet, und weiter zunehmende Kontakte würden im Ergebnis natürlich früher oder später auf eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR hinauslaufen: man kann einen Vertragspartner, mit dem man in vielfältigen geschäftlichen Verhandlungen steht, auf die Dauer nicht als juristisch nicht vorhanden betrachten, ohne sich unglaubwürdig und lächerlich zu machen.

Noch heute besteht die Politik der Bundesregierung dem Osten gegenüber im wesentlichen darin, rein taktisch zu lavieren, Scheinkonflikte hochzuspielen

und einer sachlichen Erörterung der wirklichen Probleme auf alle nur denkbare Weise auszuweichen. Anstatt über einen allgemeinen Friedensvertrag zu verhandeln, machen wir unsere Bereitschaft zu solchen Verhandlungen davon abhängig, daß der Verhandlungsgegner im voraus einen Teil seiner Positionen auf dem Wege über die Zulassung „freier Walen" in der DDR räumt. Anstatt gemeinsam mit den Vertretern der Sowjetunion und der DDR nach praktischen Lösungen für eine Verbesserung des gegenwärtigen Zustands zu suchen, ergehen wir uns in juristischen Spitzfindigkeiten, um solche Lösungen zu verhindern. Anstatt alles zur Sicherung des Friedens zu tun, zimmern wir Notstandsgesetze zusammen und bauen Bunker, die das Volk im Hinblick auf den nächsten Krieg in Sicherheit wiegen sollen. „Verwaltungskontakte" mit Dienststellen der Zone — ja; „Regierungskontakte" — nein, das ist nur eine unter zahllosen Haarspaltereien, die wir erfinden, ebenso unsinnig wie das monatelange Feilschen um Nichtigkeiten bei den Verhandlungen über ein neues Passierscheinabkommen für Berlin.

Diesen ganzen Ballast von Täuschungen und Selbsttäuschungen über Bord zu werfen und endlich an die Erörterung der Sachprobleme heranzugehen, das wäre, scheint mir, eine wirklich mutige Politik. Wenn wir uns und unsere Gesellschaftsordnung der DDR und ihrem System des sozialen Zusammenlebens überlegen fühlen — und ich meine, wir haben, alles in allem, guten Grund dazu —, dann sollten wir uns einer sachlichen Auseinandersetzung mit ihr auch stellen und nicht an ihr vorbeireden. Von einer unerwünschten „Aufwertung der Zone" hierdurch kann gar keine Rede sein. Im Gegenteil: nur durch ihre Anerkennung und damit die Befriedung unseres Verhältnisses zu ihr ermöglichen wir es der Sowjetunion, ihren Druck dort zu mildern. Vor allem aber: „Die Welt der Brüder und Schwestern, um sie auf eine Kurzformel zu bringen, und die Welt der Funktionäre sind nicht so säuberlich voneinander zu trennen, daß man die eine bekämpfen könnte, ohne die andere in Mitleidenschaft zu ziehen[43])." Wenn die praktische Politik der Regierung der Sowjetunion, wenn das Leben ihrer Bürger unter dem Einfluß der modernen Technik unzweifelhaft einen erheblichen Wandel durchgemacht hat und sich ständig weiter wandelt, spricht nicht alles dafür, daß dieser Wandel immer stärker auch die DDR ergreifen muß, sobald er durch zunehmende Kontakte mit dem Westen gefördert wird?

Die Bundesregierung wird sich „darüber klar sein müssen, daß die Zeit der antikommunistisch bestimmten Diskriminierung des Ostgeschäfts mit Riesenschritten zu Ende geht und daß auch die Bundesrepublik früher oder später gezwungen sein wird, sich den Folgen weltpolitischer Veränderungen für den internationalen Handel anzupassen[44])". Diese Äußerung gibt die herrschende Ansicht der nüchtern rechnenden Geschäftswelt wieder. Aber sie gilt nicht nur für das big business. Wir werden auch sonst lernen müssen, umzudenken.

Das nunmehr abgeschlossene zweite Passierscheinabkommen für Berlin ist wenigstens wieder einmal ein kleiner Fortschritt. Ob sich die endlose Verzögerung beim Abschluß dieses Abkommens „gelohnt" hat, diese Frage ist heute ohne Interesse. Wesentlich bleibt, daß der abgerissene Faden menschlicher Kontakte zwischen West und Ost erneut geknüpft ist. Er muß auch politisch weiter gesponnen werden.

Das bedeutet keine Entscheidung gegen unsere westlichen Verbündeten. Auch hier denkt Guttenberg in Extremen, indem er die Parole „Der Westen hat uns getäuscht, der Osten will uns die Einheit geben"[45]) als zukünftiges Schreckgespenst an die Wand malt. Wenn unser stärkster Verbündeter, die Vereinigten Staaten, eine Verständigung mit der Sowjetunion sucht, so gibt es uns nicht preis, sondern legt uns nahe, das gleiche zu tun. Wenn die USA aus veränderten Ver-

hältnissen die Folgerung gezogen haben, daß es keine andere Lösung gibt als „friedliche Koexistenz", dann sollten auch wir dazu in der Lage sein. Lassen wir die Dinge weiter treiben, begnügen wir uns auch weiterhin mit einer Politik der Kniffe und Tricks gegenüber der Sowjetunion und der DDR, dann werden wir eine diplomatische Niederlage nach der anderen erleiden müssen.

Bis zu dem Besuch von Ministerpräsident Chrustschow Anfang kommenden Jahres bleibt noch genügend Zeit zu Überlegungen und zur Abstimmung mit der neuen Regierung in Großbritannien und dem neugewählten Präsidenten der USA. Die Welt wartet auf einen Beitrag zur Befriedung Mitteleuropas auch, ja vor allem von unserer Seite. An kritischem Verstand und moralischem Mut, auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen, hat es Bundeskanzler Ludwig Erhard bei manchen Gelegenheiten nicht gefehlt. Heute müßte er freilich vollends gegen den Strom schwimmen, gegen das Beharrungsvermögen der Alten, gegen die Macht der parlamentarischen Routiniers, gegen den Einfluß ehrgeiziger junger Männer, die wissen, wie man diesen Deutschen imponiert. Wird er den Mut zu neuem Denken und die Kraft des Willens haben, seine g r o ß e C h a n c e zu ergreifen? Die Aussichten hierfür sind, seien wir aufrichtig, nicht eben groß.

Anmerkungen

1) Seewald Verlag, Stuttgart, 1964; 2) S. 9; 3) S. 12; 4) S. 28; 5) S. 30; 6) S. 87; 7) S. 106; 8) S. 104; 9) S. 122; 10) S. 137; 11) S. 170; 12) S. Weinstein, Die Bombe mit Zeitzündung, FAZ v. 5. 8. 1964 Nr. 179; 13) S. 172 ff.; 14) S. 181; 15) S. 200 ff.; 16) S. 234; 17) S. 18; 18) S. 208/9; 19) S. 65; 20) S. 66; 21) S. 215; 22) S. 222; 23) S. 213; 24) So z. B. S. 183; 24a) Interessanterweise ist Freiherr zu Guttenberg in einem Vortrag über „Möglichkeiten und Grenzen einer deutschen Ostpolitik", den er am 23. 9. 1964 vor der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft gehalten hat, auf das Stichwort „Atomwaffen" mit keinem Wort eingegangen. 25) S. 138, 139; 26) 8.9.1964 Fernausgabe Nr. 248 Bl. 3; 27) Göttinger Manifest deutscher Naturwissenschaftler v. 12. April 1957; 28) S. 79; 29) S. 121; 30) S. 124; 31) S. 125; 32) S. 129 ff.; 33) S. 37, 172, 202; 34) Martel Gerteis, Automation, Stuttgart-Zürich 1964 S. 124.

35) Georg Paloczi-Horvath, Rebellion der Tatsachen. Die Zukunft Rußlands und des Westens. Frankfurt 1963 S. 7 ff. Eine ausgezeichnete Einführung für Laien bietet Gerteis in seiner in Anm. 34 zitierten Arbeit. Das grundlegende Werk von Norbert Wiener, Kybernetik. Regelung und Nachrichtenübertragung im Lebewesen und in der Maschine, 2. Aufl. Düsseldorf-Wien 1963, ist dem Nicht-Mathematiker nur zum Teil zugänglich.

36) Paloczi-Horvath S. 221.

37) A. S. Jessenin-Wolpin, zit. bei Paloczi-Horvath S. 168.

38) Paloczi-Horvath S. 124.

39) S. FAZ v. 24. 8. 1964 und W. Leonhard, Die Zeit v. 4. 9. 1964 Nr. 36 S. 30.

40) So Weinstein, Illusion und Wirklichkeit, FAZ v. 8. 9. 1964 Nr. 208, der im übrigen den ganzen Unsinn des „Schutzes" der Zivilbevölkerung in einem zukünftigen Krieg überzeugend darstellt, ohne daß Bundesinnenminister Höcherl (FAZ v. 12. 9. 1964 Nr. 212) ihn widerlegen kann.

41) S. 66 ff., 80. Mit vollem Recht warnt Guttenberg S. 78 insbesondere vor dem Gedanken, „Moskau und Peking durch eine ‚clevere' westliche Politik noch weiter auseinander zu manövrieren".

42) Das nimmt auch Guttenberg S. 184 an. Sein Argument gegen einen solchen Austausch, der „Alleinvertretungsanspruch" der Bundesregierung „würde über Nacht unglaubwürdig", ist freilich nicht überzeugend: er ist es längst.

43) R. W. Leonhardt in „Reise in ein fernes Land. Bericht über Kultur, Wirtschaft und Politik in der DDR" von Marion Gräfin Dönhoff, R. W. Leonhardt, Theo Sommer, Hamburg 1964 S. 138.

44) W. Trautmann, Ist der Osten kreditwürdig? Der Volkswirt Nr. 35 v. 28. 8. 1964 S. 1958.

45) S. 193.

Paul B. Neuhöffer

MLF oder Entspannung

Die im stillen in Washington geführten Verhandlungen über das Projekt einer „multilateralen Atomstreitmacht der NATO" (Multilateral Force) sind inzwischen soweit fortgeschritten, daß den Mitgliedstaaten der NATO Anfang Dezember ein Vertragstext zur Unterzeichnung vorgelegt werden kann. Nach den bekanntgewordenen Plänen soll die MLF zunächst aus 25 mit je 8 Polaris-Raketen vom Typ „A 3" (Reichweite 4700 km) ausgerüsteten Überwasser-Schiffen bestehen, die mit einer aus allen NATO-Staaten gemischten Besatzung bemannt werden sollen. Die „Atomflotte" soll binnen 10 Jahren aufgebaut werden, die jährlichen Kosten für das neue nukleare Unternehmen betragen rund 600 Millionen Dollar, von denen die Bundesrepublik etwa 30—35% (ca. 800 Millionen DM jährlich) tragen soll.

Uneingeschränkte Unterstützung findet das vielumstrittene Projekt allein durch die Bundesregierung. Griechenland und die Türkei befürworten das Unternehmen zwar, lehnen jedoch einen finanziellen Beitrag ab. Italien, Holland und Belgien sind noch nicht festgelegt. Frankreich lehnt die MLF aus politischen und militärischen Erwägungen ab. Die britische Regierung macht ihre Zustimmung von der Annahme einer Art Gegenplan abhängig, nach dem das bisher ausschließlich seegebundene multilaterale Atomprojekt auch auf andere Waffensysteme ausgedehnt werden soll. Vor allem fürchtet England ein amerikanisch-westdeutsches Übergewicht, weshalb es die Einbeziehung britischer Flugzeug- und Raketen-Typen in ein erweitertes MLF-Projekt fordert. Trotz all dieser teils offenen, teils verdeckten großen Meinungsverschiedenheiten im Lager der NATO sind die USA und besonders die Bundesrepublik zur Verwirklichung des Vorhabens entschlossen, notfalls ohne die Mitwirkung Englands und Frankreichs, ja notfalls ohne die Mitwirkung selbst kleinerer NATO-Staaten.

Alle ernstzunehmenden Militärexperten in West und Ost stimmen weitgehend darin überein, daß dem an sich militärischen Projekt ein militärischer Wert (und damit erhöhter Sicherheitswert für den Westen) nicht beigemessen werden kann. Denn die modernen Ortungsmittel ermöglichen es der Sowjetunion jederzeit, den Standort der Atomflotte zu erkunden und ihre stationären und schwimmenden ballistischen Streitkräfte auf die MLF-Flotte zu orientieren, gleichgültig ob sie im Verband oder dezentralisiert operiert. Vom Standpunkt der modernen Militärwissenschaft haben militärische Allianzen und militärische Stützpunkte auf fremden Gebieten ohnehin ihren Sinn verloren, weil weder militärische Bündnisse, noch auf fremden Territorien stationierte militärische Einrichtungen einen vernichtenden Gegenschlag verhindern können.

Welches nun sind die Gründe für das militärisch überflüssige und finanziell kostspielige Unternehmen? Die Geschichte der MLF reicht bis in die Jahre 1959/60 zurück. Zunächst war es die bei jeder Gelegenheit und Ungelegenheit sich wiederholende Forderung der Bundesregierung nach „gleichberechtigter Mitverfügung" über und nach „Mitbesitz" an Atomwaffen, die schon den damaligen Oberbefehlshaber der NATO, General Norstad, zu Erörterungen über eine gemeinschaftliche NATO-Kernwaffenmacht veranlaßte. Für die USA spielten aber schon damals eine Reihe anderer Überlegungen eine Rolle, die schließlich zur Überprüfung der amerikanischen Europa-Politik führten. Mit der fortschreitenden Entwicklung nuklearer und ballistischer Waffen ging die Erkenntnis einher, daß die

nach 1945 entstandenen antagonistischen konventionellen Militärblöcke ihren Sinn verlieren. Die zweite Einsicht war, daß unter den neuen nuklear-ballistischen Verhältnissen der Krieg als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele selbstmörderischen Charakter hat und politische Streitfragen nur noch auf friedlichem Wege gelöst oder einer Lösung nähergebracht werden können.

Im Zuge dieser Erkenntnisse und gleichermaßen im Windschatten des amerikanischen Interesses, den westeuropäischen Staaten ohnehin amerikanischen atomaren Schutz geben zu müssen, fühlten sich die indessen auch wirtschaftlich wieder gefestigten alten Mächte Europas erneut stark genug, eigene Machtpolitik zu betreiben. Frankreich, die Bundesrepublik und England strebten immer nachdrücklicher ein „einiges Europa" an, wobei sich die Regierungen dieser Staaten „Europa" jeweils unter ihrer Führung und Kontrolle vorstellten. Naturgemäß hatten die eigenen Ambitionen der europäischen Mächte eine Minderung des amerikanischen Einflusses in Europa zur Folge. Zwar unterstützen die USA die europäischen Bemühungen zur „Einigung", aber immer nur im Sinne der Aufrechterhaltung und Behauptung ihres eigenen dominierenden Einflusses. Mit dem neuen Selbständigkeits- und Machtstreben der führenden westeuropäischen Staaten ging der Desintegrations-Prozeß der NATO einher, deren Auflösungserscheinungen noch durch den Aufbau nationaler französischer und englischer atomarer Streitkräfte forciert wurde, und zwar unabhängig davon, ob dieses „vereinte Europa" als eine den USA entgegengesetzte „dritte Kraft" oder als „Vorstufe" zu einem Bündnis mit Amerika im Rahmen der „Atlantischen Gemeinschaft" gedacht wurde. Diese von Jahr zu Jahr sich mehr und mehr abzeichnende Tendenz veranlaßte die USA schließlich, nach Lösungen Ausschau zu halten, die dem Prozeß der fortschreitenden Minderung des politischen und wirtschaftlichen Einflusses der Vereinigten Staaten in Europa entgegenwirken sollten. Eines der Projekte, mit dem die USA ihre Position in Europa zu festigen und zu behaupten versuchen, ist der Plan der „multilateralen Atomstreitmacht der NATO". Mit Hilfe materieller und finanzieller Verflechtungen eines Teils des amerikanischen nuklearen Potentials glaubte Washington, den Prozeß der Auflösung der NATO sowie den nationalen atomaren Wünschen ihrer Partner wirksam begegnen und so den amerikanischen Einfluß in Europa für die absehbare Zukunft sichern und behaupten zu können.

Das Projekt der MLF hat also für die Vereinigten Staaten einen überwiegend, wenn nicht ausschließlich politischen Charakter. Aber andererseits macht das Mittel MLF, das es zur Behauptung seiner imperialistischen Ansprüche wählt, deutlich, wie weit die US-Politik von einer Politik der Abrüstung und f r i e d l i c h e n Koexistenz noch entfernt ist. Selbst dem nur oberflächlichen Betrachter dürfte klar sein, daß dieses Projekt, würde es Wirklichkeit werden, große Risiken für die Entspannung und den Weltfrieden heraufbeschwören muß. Mit einer verwirklichten MLF würde nicht nur das eingefahrene atomare Spiel der Großmächte, das sogenannte atomare Patt, erheblich kompliziert, die Sowjetunion würde auch der durch die MLF-Flotte entstandenen Lage begegnen müssen, möglicherweise durch die Schaffung einer weniger militärisch als mehr politisch oder nur psychologisch bedingten östlichen MLF, deren Schiffe dann vor den Küsten Europas und Amerikas kreuzten. Mit der Realisierung der MLF würde das Prinzip der Nichtweitergabe von Atomwaffen an Dritte auf indirektem Wege weitgehend durchbrochen, ein Prinzip, auf das sich die beiden Großmächte vor den Augen der Weltöffentlichkeit insgeheim bereits geeinigt hatten. Aus dem Mitbesitz und der Mitverfügung über Atomwaffen dritter Mächte würde sich schließlich das entwickeln können, was alle Verantwortlichen bisher zu verhindern trachteten: das atomare Chaos.

Unabhängig davon, welche Ziele Washington mit der MLF sonst noch verfolgen mag, und unabhängig davon, ob es die ausschließlich negativen Konsequenzen des riskanten Unternehmens auf die weltpolitische Lage in vollem Umfange überschaut, dürften die vordergründigen Erwartungen, die es an die MLF knüpft, sich sehr bald als leere Spekulationen erweisen. Denn der Prozeß der Desintegration der NATO, der Herauslösung aus amerikanischer Bevormundung, scheint nicht mehr aufhaltbar. Mit großer Sicherheit dürfte eine gegen die Interessen der USA und der ganzen Welt sich richtende Wiederbelebung des Kalten Krieges die Folge sein. Gedient ist mit diesem Projekt jedenfalls niemandem auf der Welt, letztlich nicht einmal den Goldwaters. Der Widerstand gegen das Vorhaben sollte um so größer sein, als die Bundesrepublik an der MLF beteiligt werden soll. Was für kein Land des Westens militärisch sinnvoll und weltpolitisch schädlich ist, kann für die Bundesrepublik erst recht nicht nützlich sein. Das deutsche nationale Interesse der Wiedervereinigung und friedlichen Entwicklung kann, wenn überhaupt, nur über eine langfristige Ausgleichs- und Entspannungspolitik erreicht werden. Aus dem Kalten Krieg der 50iger Jahre sollten wir gelernt haben, daß mit politisch-militärischen Erpressungsversuchen nichts zu erreichen ist und sie uns schließlich nur schaden — politisch und wirtschaftlich. Eine deutsche Beteiligung an der MLF ließe sich nicht einmal mit der merkwürdigen „Abschreckungs-Theorie" rechtfertigen, weil durch die MLF militärisch niemand „abgeschreckt" werden kann. „Abschrecken" dagegen werden wir allein die Weltöffentlichkeit, wenn wir uns wieder einmal eilfertig und ganz offensichtlich im Gegensatz zu unseren Interessen zu militärischen, diesmal atomaren, Abenteuern drängen.

Wir sollten uns noch einmal erinnern: Zuerst wollte die Bundesrepublik „unbewaffnet" bleiben. Dann bot Adenauer den Amerikanern deutsche Divisionen an. Inzwischen hat sich die Bundesrepublik zur stärksten konventionellen Militärmacht Westeuropas entwickelt. Zuerst waren nur wenige deutsche Offiziere in den Stäben der NATO vertreten. Heute verlangt die Bundesregierung kategorisch eine Besetzung der Kommandostellen in der NATO-Führung entsprechend der Zahl der Divisionen und der Höhe des Rüstungsbudgets der einzelnen Länder. Formal gesehen würde die Bundesrepublik mit einer Beteiligung an der MLF zwar keinen Bruch ihrer Verpflichtung begehen, keine eigenen Atomwaffen zu produzieren, faktisch jedoch würde sie durch ihre Mitwirkung an der MLF ihre Enthaltungsverpflichtung umgehen und Atomwaffen produzieren, indem sie die Produktion und Entwicklung von Atomwaffen im Rahmen der MLF mit finanziert. In der Tat wäre auch die Mitwirkung der Bundesrepublik an der MLF der für sie rascheste, billigste und politisch unverfänglichste Weg, über „Mitbesitz" einen Schritt näher an den Besitz von Atomwaffen zu kommen. Überdies würde sie sich durch Beteiligung am MLF-Projekt die Möglichkeit der Kontrolle, Planung und direkten Einflußnahme auf das gesamte Kernwaffenpotential der USA verschaffen. Und das ist auch ihr Ziel.

Im August dieses Jahres fanden britische Zeitungen heraus, gewiß nicht ohne Zutun des Foreign Office, daß der Einsatz der MLF nicht mehr vom bisher immer von den USA hartnäckig beanspruchten Veto-Recht abhängig gemacht werden sollte, sondern dieses Veto-Recht der USA durch ein in internationalen Gremien bisher unbekanntes Prinzip einer Zweidrittel-Mehrheit abgelöst werden sollte, nach dem nicht die Anzahl der Staaten maßgeblich ist, sondern die finanzielle Beteiligung der einzelnen Staaten. Da nach den britischen Zeitungsmeldungen die Bundesrepublik die MLF zu 32% finanzieren soll, die USA 35% der Kosten übernehmen sollen, tauchte für die übrigen Mitgliedstaaten der NATO das Gespenst eines amerikanisch-westdeutschen Diktats über den Einsatz der MLF auf.

Wie berechtigt Sorgen dieser Art sind, kommt in einem Artikel der „Frankfurter Rundschau" vom 25. September zum Ausdruck: „Auf die Frage, wie die Bonner Vorstellungen über den Einsatzbefehl für die Polarisraketen aussehen, erklärte v. Hassel: ‚Wir streben an, daß eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten und nicht die einfache Mehrheit hierüber entscheidet.' Außerdem sollte bei der Abstimmung die Höhe der finanziellen Beteiligung an diesem NATO-Projekt berücksichtigt werden. Das Ziel der Bundesregierung sei es, daß der Einsatzbefehl nicht durch das Veto eines einzelnen auch finanziell schwachen Staates wie etwa Italien aufgehalten werden könnte."

Deutlicher als Minister v. Hassel sagt uns der eifrige Fritz Erler (und diese polemische Bemerkung sei hier gestattet), der eigentlich wissen sollte, daß es gar nicht zum Stil der deutschen Politik der Nachkriegszeit paßt, ihre Ziele offenzulegen, worum es der Bundesregierung bei ihrer Mitwirkung an der MLF im Grunde geht. In einem Artikel „Vertretbar, aber nicht ideal" („Die Welt" vom 26. September) sagt Erler: „Die MLF bietet den Europäern ein wesentlich größeres Maß an Mitwirkung als die rein national konzipierte französische Atomstreitmacht. Dort gibt es gar keine ... Die beste Lösung der Partnerschaft in der Verteidigung wäre die gemeinsame Planung und Vorbereitung sowie die gemeinsame Entscheidung über Waffenentwicklung, Verteilung der Streitkräfte nach Ort und Art sowie ihre Einsatzplanung ... Deshalb bedeutet die MLF mit der begrenzten Einbringung amerikanischen Potentials in ein dauerhaft integriertes Verteidigungssystem mit ihren europäischen Partner das heute auf diesem Gebiet Erreichbare ... In dem Maße, in dem hoffentlich nach Überwindung der derzeitigen Widerstände Europa zusammenwächst, kann eine Art Zweischlüsselsystem entstehen, in dem Europa und Amerika wirklich gleichberechtigt in vollem Umfange entscheiden ... Außerdem ist bei Bewährung ein allmählich wachsender Teil des amerikanischen Potentials in der MLF denkbar ... Da die MLF in der Gesamtplanung der Allianz mit dem übrigen nuklearen Potential der Vereinigten Staaten verzahnt ist, gewinnen die Europäer über ihre Teilnahme an der MLF wichtigen Einfluß auf die Planung des gesamten amerikanischen Potentials ..."

Damit sind im Grunde alle Befürchtungen angesprochen, die dem MLF-Projekt vom Standpunkt des deutschen Interesses nur entgegengebracht werden können. Zuerst Mitbesitz und Mitspracherecht, Kontrolle über Planung und Einsatz von Atomwaffen, dann Einflußnahme auf weitere Teile des amerikanischen atomaren Potentials. In der Tat ist das das Programm, mit dem die Bundesregierung an das Projekt der MLF herangeht. Gleichzeitig betonen Generale der Bundeswehr (die bereits über Raketen mittlerer Reichweite verfügen), daß die Bundesrepublik ihre Rolle im Rahmen der NATO nicht erfüllen könne, wenn nicht bald strategische Raketen mit einer Reichweite von 3000 km für alle Divisionen der Bundeswehr bereitgestellt würden. In den Raketenstellungen der Bundeswehr liegen die atomaren Sprengköpfe gegenwärtig zwar noch im Safe eines amerikanischen Offiziers, aber die Generale werden doch wohl nicht mehr lange mit der Forderung zögern, an der Schlüsselgewalt (zunächst für Raketen mittlerer Reichweite(„beteiligt" zu werden?!

Wie alles synchron läuft: Anfang Dezember will die Bunderegierung den MLF-Vertrag unterzeichnen — die Generale fordern Raketen größerer Reichweite — in Sagorsk gibt es einen Fall Schwirkmann mit vielen merkwürdigen Umständen und Aussagen (Schwirkmann und seiner Familie wurde Schweigen auferlegt) — zugleich wird der Besuch Chrustschows in Frage gestellt — der „Rheinische Merkur" fordert die Ausladung Chrustschows — in Bonn spricht Erhard mit dem noch zögernden, für die MLF-Partnerschaft vorgesehenen Holland — gleichzeitig wird

mit großem Aufwand ein neuer „Erhard-Plan" zur „Einigung Europas" forciert ... Zufall oder Absicht? „Politik der Mitte und Verständigung", wie es im Regierungsprogramm vor einem Jahr hieß, oder Einigkeit von Erhard bis Strauß? Uns scheint, Einigkeit in der Zielsetzung, Differenzen lediglich in der Taktik und Methode.

Nach all dem braucht wohl kaum weiter erörtert zu werden, daß das bundesdeutsche Verlangen nach Beteiligung an und Mitbesitz über Atomwaffen, in welcher Form auch immer, faktisch einer Wiederaufnahme deutscher Weltmachtpolitik gleichkommt. Naturgemäß wird diese Ambition das Unbehagen über die Bundesrepublik in der Welt, in Westeuropa und erst recht bei unseren Nachbarn im Osten verstärken müssen. Denn mit dem Streben der Bundesregierung, die hier in geschickter Weise eine amerikanisch-imperialistische Not- und Zwangslage ausnutzt und mit Hilfe einer amerikanisch-westdeutschen MLF Westeuropa unter deutscher Vorherrschaft „einigen" möchte, um in den Kreis der Weltmächte zurückzukehren, kommt auch immer mehr die dieser Politik offenbar zu Grunde liegende Konzeption zum Vorschein: „Rückgängigmachung" des „kommunistischen Gebildes" in Deutschland, dann „mit Polen über Grenzfragen sprechen" und drittens schließlich, dem von Goldwater geförderten Wunschdenken nach „Beglückung Osteuropas" Nachdruck zu verleihen. Für die Verfechter eines solchen Konzepts erweist sich hierbei die MLF als nächstes, allerdings unentbehrliches Etappenziel.

Käme das Projekt zum Zuge, braucht man über „allgemeine, weltweite Abrüstung" wohl kaum noch zu sprechen. Denn was man hierzulande an militärischem Instrumentarium einmal in Händen hat, wird man so schnell nicht wieder preisgeben wollen. Im Rahmen dieser kaum von der Hand zu weisenden Konzeption bekommt auch die von der gesamten Regierung gewollte verfassungsändernde Notstandsgesetzgebung, die man noch vor Weihnachten verabschieden möchte, erst einen klaren Sinn.

Auf die Divergenz zwischen der wirklichen Weltlage und der von einigen NATO-Staaten betriebenen Politik ist in dieser Zeitschrift oft genug hingewiesen worden. Sie ist offensichtlich. Mit der MLF wird die Quadratur des Zirkels erneut versucht. Im Grunde entspricht dieses Aufbäumen gegen jede Vernunft und gegen jedes internationale Erfordernis einer verzweifelten Lage und einer defensiven Position gewisser NATO-Staaten. Aber gerade das macht die Lage umso gefährlicher.

Für die Befürworter einer Politik der Entspannung und der atomaren Neutralität, für alle, gleich welcher politischen Richtung, die mit der Tradition außenpolitischer Unvernunft Schluß machen wollen, kann in bezug auf die MLF nur gelten, was die 13. Pugwash-Konferenz*) auf ihrer Tagung im September dieses Jahres in Karlsbad in Anwesenheit von 90 Wissenschaftlern aus Ost und West beschlossen hat: „Die an der Schaffung der multilateralen Atomstreitmacht der NATO arbeitenden Regierungen sollten diese Pläne aufgeben. Dieses Projekt trägt in keiner Weise zur militärischen Sicherheit bei. Es verstärkt die politischen Spannungen und die Gefahr der Ausbreitung der Kernwaffen."

Die Vernünftigen im Lande sollten sich der Hartnäckigkeit der Bundesregierung (von Erhard bis Strauß) in Sachen „multilaterale Atomstreitmacht der NATO" und Notstandsgesetze bewußt sein. Die Bundesregierung möchte nicht nur im Dezember den MLF-Vertrag unterzeichnen, sie möchte den Vertrag auch noch in dieser Legislaturperiode verabschieden.

*) Siehe auch „Dokumente zum Zeitgeschehen".

Prof. Dr. jur. Eberhard Menzel

Selbstbestimmungsrecht und „Recht auf Heimat" in West und Ost (I)

In den Erörterungen über die Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik spielen die Formeln vom Selbstbestimmungsrecht und vom „Recht auf Heimat" neuerdings wieder eine große Rolle.

So haben Bundestag und Bundesregierung in den letzten Jahren wiederholt die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für die Deutschen jenseits der Zonengrenze gefordert. Man sieht in der Gewährung dieses Rechts den ersten Schritt zur Lösung dessen, was innerhalb Deutschlands die Wiedervereinigung, im internationalen Sprachgebrauch — der sich distanzierender verhält und auch andere Regelungen offen läßt — die „deutsche Frage" genannt wird.

Ferner haben einzelne Minister, die Vertriebenenverbände und die Landsmannschaften die Anerkennung des „Rechts auf Heimat" verlangt und die Bundesregierung aufgefordert, dieses Recht auch im internationalen Bereich geltend zu machen. Manche Gruppen erblicken hierin das entscheidende Kriterium für die territoriale Zugehörigkeit der Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie: Man frage die bei Kriegsanfang (Kriegsende genügt nicht!) dort ansässig gewesene deutsche Bevölkerung und man hält die Lösung in der Hand.

Dies alles klingt recht einfach und erweckt den Anschein, als lasse das Bekenntnis zur Demokratie keine andere Lösung zu. Selbstbestimmungsrecht und „Recht auf Heimat" werden als die Anwendungsformen des demokratischen Prinzips im zwischenstaatlichen Bereich betrachtet und gelten deshalb als bindende Rechtsgrundsätze des Völkerrechts. Nach der Auffassung mancher Kreise schuldet uns die Welt die Verwirklichung dieser Normen. Weder in der Wiedervereinigungsfrage noch in der Frage der Oder-Neiße-Linie brauchte — so meinen viele — etwas getan zu werden, es reiche völlig aus, diese Rechtspositionen so oft und so lautstark zu wiederholen, bis die Umwelt den deutschen Interessen Rechnung trägt.

In der Tat: Das politische Verhalten hinsichtlich dieser beiden Fragen hängt entscheidend von der Vorfrage ab, ob die geltende Völkerrechtsordnung Deutschland derartige Rechtsansprüche an die Hand gibt. Trifft dies zu, dann bedarf es nur noch der taktisch richtigen Geltendmachung. Anderenfalls kann die Lösung nur durch eigene Initiativen im politischen Bereich herbeigeführt werden. Die deutsche Politik muß also unterschiedliche Züge tragen, je nachdem die eine oder die andere Auffassung richtig ist.

Die Alternativen der deutschen Politik

Wenn nämlich diese doppelte Identifizierung (Demokratie—Selbstbestimmungsrecht sowie „Recht auf Heimat"—Selbstbestimmungsrecht) zutreffend ist und wenn das Völkerrecht die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts zwingend vorschreibt, dann würde das Versagen der entsprechenden Rechte ein völkerrechtliches Delikt darstellen. Dann müßte gegen die Eingliederung der deutschen Ostgebiete (polnischen Westgebiete) in den polnischen Staat nach 1945 und womöglich auch des Sudetenlands in die Tschechoslowakei etwa der Internationale Gerichtshof in Den Haag angerufen werden können. Dieser Gerichtshof hätte eine solche Klage der Bundesrepublik gegen Polen — also unzweifelhaft eine Staatsstreitigkeit — als Organ der Vereinten Nationen (Art. 92 der Satzung) auf Grund des in Art. 1 Ziffer 2 der Satzung aufgeführten Grundsatzes des Selbstbestim-

mungsrechts der Völker zu entscheiden und könnte — wenn dies alles richtig wäre — nur zu einer Feststellung kommen, die den deutschen Interessen entspricht. Ferner könnte wegen eines solchen Streitfalles auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angegangen werden, weil seine Zuständigkeit gemäß Art. 34 der Satzung bei „jedem Streitfall oder jeder Situation" gegeben ist, „die zu internationalen Reibungen führen oder Anlaß zu einem Streitfall geben könnte". Antragsberechtigt wäre auch die Bundesrepublik, da Art. 35 Ziffer 2 auch Nichtmitgliedstaaten ein solches Recht einräumt. Die Entscheidung müßte also in beiden Fällen zugunsten Deutschlands ausfallen. Es könnte allenfalls das Problem entstehen, wie einem solchen Urteil praktische Wirksamkeit verliehen werden kann, wenn die Gegenseite seine Erfüllung verweigert.

Andererseits: Wenn sich weder die Frage der deutschen Wiedervereinigung noch die Gebietsprobleme mit der Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und das „Recht auf Heimat" als zwingende Rechtsnormen unserer zwischenstaatlichen Ordnung lösen lassen, muß jeder Anschein vermieden werden, als komme es nur auf eine ausreichend tatkräftige Vertretung der deutschen Interessen durch die Bundesregierung an. Nichts ist gefährlicher als das Vortäuschen eines rechtlichen Anspruchs, der nicht gegeben ist. Nichts wäre aber auch der eigenen Regierung gegenüber nachteiliger, als sie der Säumnis in der Erfüllung ihrer Pflichten zu zeihen, wenn gar keine Säumnis vorliegt.

Stellen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und das „Recht auf Heimat" nicht zwingende Rechtsnormen, sondern politische Prinzipien dar, deren Anwendung im konkreten Fall als zweckmäßig und sinnvoll erachtet wird, so ergibt sich eine ganz andere Grundsituation im politischen Bereich: Dann ist man gezwungen, um die Anerkennung dieser Grundsätze zu ringen und alle Beteiligten davon zu überzeugen, daß ihre Anwendung die beste Lösung darstellt. Dann wird Argument gegen Argument gesetzt werden müssen, und man wird nach Formen zu suchen haben, die dem Partner das Eingehen auf die eigenen Vorschläge erleichtert. Man wird schließlich auch darauf bedacht sein müssen, die Weltöffentlichkeit zu der Einsicht zu bringen, daß die gewünschte Regelung der Gerechtigkeit im weitesten Sinn entspricht und deshalb auch in der Zukunft Bestand haben wird. Das sind die Formen des „peaceful change", also der Möglichkeiten, die nach der gegenwärtigen Staatenordnung zur Durchsetzung politischer Zielsetzungen gegeben sind, soweit es sich nicht um die Durchsetzung von Rechtsansprüchen handelt oder man sich nicht auf den verbotenen Pfad der Anwendung oder Drohung mit Gewalt begibt.

Um alle Mißverständnisse auszuschließen, sei betont: Selbst wenn die geltende Rechtsordnung keinen Rechtsanspruch auf die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts oder des „Rechts auf Heimat" gewährt, besagt dies nichts dagegen, daß die Anwendung dieser Grundsätze im konkreten Fall sehr wohl der Gerechtigkeit entspricht. Daß das Selbstbestimmungsrecht schon wegen seiner Nähe zum demokratischen Grundgedanken stets zur Anwendung kommen kann, ist unstreitig. Es gibt keine allgemeine Norm des Völkerrechts, die seiner Anwendung entgegensteht. Strittig kann also nur sein, ob es in jedem Fall angewendet werden muß oder nicht, d. h. ob es eine zwingende Rechtsnorm darstellt.

Nun ist diese Prüfung, ob das Selbstbestimmungsrecht eine bindende Rechtsnorm oder nur einen politischen Grundsatz darstellt, gar nicht so einfach. Das Völkerrecht kennt nur in wenigen Bereichen umfassende Kodifikationen. Es besteht kein völkerrechtliches Gesetzbuch wie es etwa ein Bürgerliches Gesetzbuch oder ein Strafgesetzbuch für den innerstaatlichen Gebrauch gibt. Die Feststellung des etwaigen Normcharakters eines Grundsatzes ist daher viel schwieriger. Sie verlangt insbesondere eine sorgfältige Berücksichtigung der Staatenpraxis, und

zwar nicht nur des eigenen, sondern auch der fremden Staaten, insbesondere der Weltmächte.

Da es in diesem Rahmen weder möglich noch erforderlich ist, die Haltung jedes einzelnen Staates zur Frage des Selbstbestimmungsrechts zu prüfen, beschränkt sich die folgende Untersuchung auf die kontinental-europäische, die anglo-amerikanische und die sowjetische Auffassung. Dieser Übersicht folgt dann die Deutung des Selbstbestimmungsrechts nach der Satzung der Vereinten Nationen und die Stellungnahme der deutschen Völkerrechtswissenschaft zu dieser Frage.

Die kontinental-europäische Auffassung vom Selbstbestimmungsrecht

Die Formel vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ist auf dem europäischen Kontinent entstanden.

In ihrer anfänglichen Erscheinungsform hat sie eine gegen den absolutistischen Staat gewendete Tendenz. Insofern steht sie in engem Zusammenhang mit dem Humanismus, der Naturrechtslehre und der Staatsauffassung der Französischen Revolution. Ihren ersten Höhepunkt findet sie in dem Vorschlag des Abbé Grégoire über die „Erklärung der Rechte der Völker" (Déclaration du droit de gens, 1795). Sie war als Gegenstück zur Erklärung der Menschenrechte gedacht und enthielt die Forderung, jede Nation sei berechtigt, ihre Regierungsform selbst zu wählen, ein im Zeitalter der Legitimität durchaus kühnes Verlangen.

Hier wird bereits ein tiefer Wandel in der Auffassung vom Wesen des Staates offenbar. Die damals weithin geltende und in ihrer Wirksamkeit noch im 19. Jahrhundert spürbare Patrimonialstaatstheorie ging davon aus, den Menschen als eine „Frucht des Bodens" zu betrachten und den Boden selbst nach privatsachenrechtlichen Grundsätzen zu behandeln. Das Staatsgebiet konnte verkauft und durch Erbteilung zerstückelt werden oder sogar als Morgengabe bei Fürstenhochzeiten den Herrn wechseln. Dieser Auffassung machte der sich allmählich entwickelnde Nationalstaatsgedanke ein Ende. Damit tritt der Mensch in den Vordergrund. Im Prinzip sollte der Mensch über das Schicksal des Bodens verfügen und nicht wie bisher der Boden — d. h. dessen rechtliches Schicksal — über den Menschen. Natürlich kam dieses neue Prinzip nicht rein zur Anwendung. In der Zeit eines freien Kriegführungs- und Annektionsrechtes der Nationen entschied der militärische Sieger über Gebietsveränderungen, und zwar ohne Befragung der betroffenen Bevölkerung.

Doch noch während der Französischen Revolution ereignete sich ein bemerkenswerter Präzedenzfall: Als die Stadt Avignon sich durch eine Revolution von der päpstlichen Herrschaft befreit hatte, erbat sie die Aufnahme in den französischen Staat. Der Konvent machte dies aber von einer plebiszitären Entscheidung der Bevölkerung abhängig (1791). Als diese zugunsten Frankreichs ausfiel, wurde die Angliederung vollzogen. Dieser Vorgang gilt allgemein als der erste bedeutsame Modellfall der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts bei Gebietsveränderungen.

Im 19. Jahrhundert gewann das Selbstbestimmungsrecht in dieser plebiszitären Anwendungsform erheblich an Gewicht, vor allem im französisch-italienischen Raum: Volksabstimmungen über die territoriale Zugehörigkeit wurden 1860 in der Romagna, Neapel, Toskana, Savoyen und Nizza vollzogen, 1870 in Rom. Auf den Ionischen Inseln gab es 1867 eine solche Volksabstimmung, in gleicher Weise wurde über St. Barthélemy (schwedisch-französischer Vertrag von 1877) entschieden. In der dänischen Frage vereinbarte man im Prager Frieden ein

Ein Buch für Christen der Verantwortung, Kriegsdienstgegner, Mennoniten, Methodisten, Quäker, Bruderhöfe

Pfarrer Walter Dignath, Frankfurt/Main

Kirche, Krieg, Kriegsdienst

engl. broschiert DM 8,–, Ganzleinen DM 10,–

Prof. D. Georg Wünsch, Kassel

Zwischen allen Fronten

Der Marxismus in soziologischer und christlicher Kritik

280 Seiten, engl. Broschur DM 20,–, Leinen DM 24,–

Prof. D. Emil Fuchs

CHRISTLICHE UND MARXISTISCHE ETHIK

Lebenshaltung und Lebensverantwortung des Christen im Zeitalter des werdenden Sozialismus

Die zweibändige Arbeit des weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannten und geschätzten Leipziger Theologen und Religionssoziologen ist kein systematisches Lehrbuch der christlichen und marxistischen Ethik. Sie ist wie das stark beachtete Werk „Marxismus und Christentum" - nur umfassender und tiefer gehend - ein Versuch, zur Klärung eines der brennendsten Probleme der Gegenwart, des Verhältnisses jener beiden großen Geistesmächte, beizutragen. In unserer Zeit, in der unter dem Zeichen einer materialistischen Weltanschauung neue Formen des menschlichen Zusammenlebens geschaffen werden, ist jeder Christ vor die Frage gestellt, wie er sich der neuen Wirklichkeit gegenüber verhalten soll

Band I, 183 Seiten, DM 8,– Band II, 251 Seiten, DM 10,–

HERBERT REICH · EVANGELISCHER VERLAG · HAMBURG
2000 HAMBURG-BERGSTEDT MARKT 12

Evangelische Zeitstimmen

eine aktuelle Heftreihe zum christlichen Zeitgeschehen.

1. Hans Werner Bartsch:
   Die Evangelische Predigt vom Frieden
2. Heinrich Treblin:
   Agape, Der Dienst der Kirche an der Welt
3. Albrecht Bausch:
   Politische Predigt und atomare Aufrüstung
4. Gollwitzer - Hertzsch - Stöhr u. a.:
   Dimensionen des Friedens
5. Emil Fuchs:
   Der Ruf Jesu Christi
6. Gerold Jaspers und John Yoder:
   Christenheit im Ost-West-Konflikt
- *7. Josef L. Hromádka:
   Kirche und Theologie im Umbruch der Gegenwart
8. Hildburg Betke:
   Was gilt der Mensch im Atomzeitalter?
9. Heinrich Treblin:
   Zwischen Schwarz und Rot

10.-11. Rücker-Heipp:
   Obrigkeit im geteilten Deutschland.

12. Johannes Harder
   Die Macht der Ohnmächtigen
13. Heinrich Döll:
   Deutsche Politik im Zeitalter der Technik
14. Jan M. Lochmann:
   Die Not der Versöhnung

15./16. Heinrich Treblin und Heiner Weitbrecht:
   Christusbekenntnis — Friedenszeugnis

- *17. Hans Werner Bartsch:
   Ehrlich gegenüber Gott / Honest to God
- *18. Mitsuo Miyata:
   Der politische Auftrag des Protestantismus in Japan
19. Richard K. Ullmann
   Friede, Freiheit, Gerechtigkeit
20. Werner Schmauch
   Koexistenz? — Proexistenz!
21. Horst Symanowski
   Selbstrechtfertigung oder Busse der Kirche?

Preis je Heft DM 2,80 / Doppelheft DM 5,—
* Heft DM 3,80

Weitere aktuelle Themen in Vorbereitung

HERBERT REICH · EVANGELISCHER VERLAG · HAMBURG
2000 HAMBURG-BERGSTEDT MARKT 12

Plebiszit (1866, Art. V), das allerdings im Vertrag von Wien 1878 dann wieder preisgegeben wurde.

Bemerkenswert ist auch, daß sowohl Napoleon I. wie Napoleon III. das Plebiszit zu ihrer innerstaatlichen Legitimierung verwendeten, eine Tradition, die das Frankreich de Gaulles wieder aufgenommen zu haben scheint (im Gegensatz etwa zu den anti-plebiszitären Tendenzen des Bonner Grundgesetzes).

Im 20. Jahrhundert gaben vor allem die Vorschläge des amerikanischen Präsidenten Wilson (Botschaft an den Kongreß vom 22. 1. 1917, Erklärung der 14 Punkte, Lansing-Note vom 5. 11. 1918) zur Regelung der territorialen Fragen in Europa zu Ende des I. Weltkrieges dem Selbstbestimmungsrecht neuen Auftrieb. Allerdings kam dieser Grundsatz keineswegs immer folgerichtig zur Anwendung. Es war nicht klar, in welchen Fällen und bis zu welchem Grad dieses Prinzip Anwendung finden sollte. Galt er nur für die Zergliederung der großen Nationalitätenstaaten, für die Entstehung neuer Nationalstaaten, für Gebietsabtretungen? Oder bedeutete er auch die Forderung nach Minderheitenschutz, nach Gewährung kultureller und politischer Autonomie, nach föderativer Staatsgestaltung? Und sollten alle diese Maßnahmen von der plebiszitären Billigung der betroffenen Bevölkerung abhängig gemacht werden? Genügte die Zustimmung der Regierungen oder konnten Lösungen auch einseitig von den Siegermächten auferlegt werden? Darf es auch materielle Selbstbestimmungslösungen unter Nichtanwendung des Selbstbestimmungsverfahrensrechtes geben?

Die Staatenpraxis kam zu völlig unterschiedlichen Lösungen. Selbst im engen Bereich der Gebietsabretungen ordnete man teilweise Volksabstimmungen an, teilweise nicht. So wurden Plebiszite in Oberschlesien, Südostpreußen und Nordschleswig durchgeführt, dagegen nicht in Elsaß-Lothringen und Südtirol. Eine völlige Neuerung stellte das Mandatssystem dar. Türkische Gebiete und deutsche Kolonien wurden zu A-, B- bzw. C-Mandaten erklärt, wobei für die A-Mandate die baldige Überführung in den Stand unabhängiger Staaten zugesichert und auch durchgeführt wurde. Im übrigen gab es, wo es politisch zweckmäßig erschien, auch Verbote von Volksabstimmungen: So durfte in Österreich zwar eine Volksabstimmung über den Verbleib des Klagenfurter Beckens bei Österreich abgehalten werden, nicht dagegen eine Volksbefragung über den Anschluß an das Deutsche Reich.

In der Zwischenzeit entstand in Mittel- und Osteuropa ein lebhafter Kampf um die Rechte der Minderheiten. Der Völkerbundsrat und der Ständige Internationale Gerichtshof fällten Dutzende von Entscheidungen. Schiedskommissionen (z. B. in Oberschlesien) taten das Ihrige. Die unter internationaler Kontrolle durchgeführte Saarabstimmung 1935 wurde zum gelungenen Modellfall moderner plebiszitärer Gebietsentscheidungen. Doch die nationalstaatliche Assimilierungspolitik einerseits, die Ausnutzung der eigenvolklichen Minderheiten als Bollwerk gegen den „Wirts"-Staat andererseits ließen ständig neue Unruheherde entstehen. Die erhoffte Befriedung trat nicht ein.

Die Politik Hitlers wurde anfangs im Zeichen des Selbstbestimmungsrechts geführt, ging dann in reine Annexionspolitik über und endete in einer Politik der „Liquidation" ganzer Völker. Im Zuge eines solchen Gesamtvorhabens gewinnen auch plebiszitäre Maßnahmen (Volksabstimmung in Österreich, allerdings erst nach vollzogenem Anschluß; Inaussichtstellen, aber Nichtdurchführung einer Volksabstimmung in den Sudetenlanden) nur den Charakter von Finten. Die von deutscher Seite betriebene Umsiedlung der Südtiroler, der Baltendeutschen und sonstiger Angehöriger deutscher Minderheiten in Europa lassen mit den dahinter stehenden Sanktionen von deutscher Seite — Entziehung jeglichen Schutzes durch das Deutsche Reich — deutlich erkennen, daß im Verhältnis zwischen dem deut-

schen Staat und den deutschen Volksangehörigen keineswegs von einem „Recht auf Heimat" ausgegangen wurde. Diese Hypothek lastet schwer auch auf der gegenwärtigen Problematik. Wenn man auch in Deutschland die nationalsozialistische Zeit aus dem Bewußtsein verdrängt, so wirkt sie im Ausland stärker nach und läßt es ratsam erscheinen, sich auf das Selbstbestimmungsrecht und das „Recht auf Heimat" jedenfalls nicht in einem Ton zu berufen, der bei anderen Völkern nach dem Geschehenen aufreizend wirken muß.

In der Zeit nach dem II. Weltkrieg hat es zwar eine Art punktueller Anwendung des plebiszitären Prinzips zur Regelung von Gebietsfragen gegeben. So wurde im Tenda-Briga-Bezirk ein strittiges Gebiet Frankreich zugeschlagen; die Volksabstimmung erfolgte aber auf Grund der französischen Verfassung, nicht auf Grund des Friedensvertrages von 1947. Außerdem gab es die Volksabstimmung im Saarland 1955. Im übrigen aber wurde bei keiner der zahlreichen Gebietsabtretungen z. B. auf Grund der Friedensverträge von 1947 mit Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Finnland oder auf Grund der friedensvertraglichen Regelungen mit Japan das Selbstbestimmungsrecht in der plebiszitären Form angewendet. Man weiß sogar, daß die amerikanische Friedensdelegation in Paris die Anweisung hatte, alle plebiszitären Entscheidungen und die Bildung von Minderheitensituationen zu vermeiden, weil man der Auffassung war, daß dies nur zu national-emotionalen Gegensätzlichkeiten führen würde. Aber auch die Bundesrepublik hat keine Anstrengungen gemacht, etwa in den Verträgen über die territorialen Regelungen mit Belgien und den Niederlanden die plebiszitäre Entscheidung der betroffenen Bevölkerung maßgeblich sein zu lassen.

Überblickt man daher die ganze Entwicklung des Selbstbestimmungsgedankens und seiner plebiszitären Anwendungsfälle, so läßt sich für den europäischen Bereich zwar eine stattliche Anzahl von Anwendungsfällen registrieren. Doch dürfte die Zahl der Gebietsregelungen ohne plebiszitäre Entscheidungen wesentlich größer sein. Weder die Staatenpraxis, noch die Entscheidungen internationaler Gerichte oder die Lehren der Völkerrechtswissenschaft vertreten die Auffassung, daß die Zustimmung der betroffenen Bevölkerung für eine Änderung der staatlichen Zuordnung rechtlich erforderlich sei. Niemand bestreitet, daß das Selbstbestimmungsrecht ein schon wegen der Nähe zum demokratischen Gedanken anerkennenswertes Kriterium sei, aber eine ernsthafte Prüfung kann nur zu dem Schluß kommen, daß eine allgemeine Völkerrechtsregelung über eine ausschließliche Anwendbarkeit dieses Grundsatzes nicht besteht.

Die rein rechtliche Wertung hat daher von der Richtigkeit der Feststellung auszugehen, die ein so anerkannter Völkerrechtsgelehrter wie Josef L. Kunz im Wörterbuch des Völkerrechts, Bd. 2, 1961, S. 772, in die Worte gekleidet hat:

> „Wo ein Plebiszit gewährt wurde, handelte es sich um rein vertragliche Normen des partikulären Völkerrechts, nicht aber um die zwingend gebotene Anwendung einer Norm des allgemeinen Völkerrechts",

sowie Seite 774:

> „Das Plebiszit als rechtliche Voraussetzung des Erwerbs der Gebietshoheit war und ist keine Norm des allgemeinen Völkerrechts."

Warum dem so ist, ergibt sich im übrigen nicht nur aus der bisherigen Erfahrung mit dem Selbstbestimmungsrecht auf dem europäischen Boden, sondern auch aus der Auslegung und der Praxis im anglo-amerikanischen und im sowjetischen Bereich. (Schluß folgt)

Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim

1949—1964: Demontage der Demokratie in Westdeutschland?

„Die Verfassung eines Staates sollte so sein, daß sie die Verfassung des Bürgers nicht ruiniere." Stanislaw Jerzy Lec

I

Deutschland hat mit seinen demokratischen Verfassungen wenig Glück gehabt. Die erste von 1849 trat überhaupt nicht in Kraft, die zweite von 1919 wurde schon nach nicht einmal dreizehnjähriger Lebensdauer von Hitler endgültig 1933 vernichtet, die dritte von 1949 mag zwar nicht an galoppierender Schwindsucht sterben — dafür scheint sie um so mehr einer langsamen Auszehrung zu erliegen. Was von ihrem demokratischen Gehalt heute, 15 Jahre nach ihrem Inkrafttreten, noch existiert, wird die „Ergänzung" durch die verschiedenen Notstandsgesetze kaum überleben. (Die Verfassung der DDR braucht hier nicht erwähnt zu werden, da sie von vornherein ein totgeborenes Kind war.)

Nach dem Grundgesetz von 1949 ist die Bundesrepublik ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Pointiert hat einmal Hans Reif erklärt, die Geschichte der Demokratie zeichne sich in der Geschichte der Parlamente. Den Bundestag hat aber mit Recht Dolf Sternberger kürzlich als „ein allzu stilles Parlament" apostrophiert: „Die Autoritätsvorstellung des Bundeskanzlers und die sozialdemokratische Strategie der Bündnisfähigkeit" trügen dazu bei, „das Parlament zu lähmen oder doch zu drosseln". Während aber der Machtverlust des Parlaments für die meisten Staaten typisch ist, ist der Bundestag im Gegensatz zum Unterhaus nicht einmal mehr ein Gremium, an dem sich die Öffentlichkeit wegen der Bedeutsamkeit der Debatten orientiert. Nicht zu Unrecht hat man sich schon längst bei uns daran gewöhnt, von einer „Kanzlerdemokratie" zu sprechen.

Die Hegemonie der Exekutive ist aber nicht einfach identisch mit einer Stärkung des Kabinetts. Oft verlagert sich die Macht noch weiter „nach unten" — zu der von den Ministern abgeschirmten Ministerialbürokratie und zu den mit dieser zusammenwirkenden großen Interessengruppen. Eine solche Gewichtsverschiebung ist sicherlich angesichts des ständigen Anwachsens der Verwaltungsaufgaben des Staates kaum ganz zu vermeiden. Verstärkt wird sie aber für die Bundesrepublik noch durch die Übertragung wichtiger politischer und wirtschaftlicher Aufgaben auf die sogenannten übernationalen Institutionen und deren bürokratische Organe einerseits, durch das Zusammenspiel der Manager in den Rüstungsindustrien mit den dauernd expandierenden Streitkräften andererseits. Die aus dem „kalten Krieg" resultierende und diesen wieder verschärfende Militarisierung macht wohl für die Bundesrepublik die größte Gefährdung der Demokratie aus, steht diese ja, wie die USA, besonders unter dem Druck des Ost-West-Gegensatzes — diese als die Hegemonialmacht im westlichen Block, jene — die Bundesrepublik — als der vorgeschobenste Brückenkopf im europäischen Kampffeld.

Im Gegensatz zur USA hat aber die Bürokratie in Deutschland — wie ja die Nation überhaupt! — nur äußerst schwache demokratische Traditionen aufzuweisen. 1945 begann der Wiederaufbau „unter einer noch halbtotalitären Verwaltungsmaschinerie" (W. Görlitz). Inzwischen haben Restauration und Renazi-

fizierung insbesondere in der Ministerialbürokratie, in der Polizei einschließlich des „Verfassungsschutzes" und in der Justiz wahre Triumphe gefeiert. Hierfür nur einige wenige Beispiele, die nicht einmal die extremsten sein dürften: Von den 48 Richtern des Bundesverwaltungsgerichts sind 40 Mitglieder der NSDAP gewesen. Die Personalreferate (ebenso wie die mit Beamtenrechten befaßte Abteilung des Bundesinnenministeriums) sind fast ausschließlich mit ehemaligen PGs besetzt. Eifrigste Diener des Dritten Reiches wie die Staatssekretäre Globke, Hopf, Vialon u. a. verfügten über Schlüsselpositionen. Minister mit „brauner Vergangenheit" (Oberländer, Seebohm, Krüger, Maunz usw.) sind keine Einzelerscheinungen. Der wegen Kriegsverbrechen zu 25 Jahren verurteilte großdeutsche General Förtsch („Kampf in aussichtsloser Lage bis zum Letzten — eine Forderung an den Soldaten, die zu allen Zeiten und auch in Zukunft gilt") konnte zum Generalinspekteur der Bundeswehr avancieren. In Aachen, Bonn, Mönchen-Gladbach, Köln, Krefeld, Düsseldorf, Essen, Dortmund und Gelsenkirchen sind die Leiter der Kripo durchweg ehemalige SS-Sturmbannführer. Der Kriminaldirektor im Innenministerium von Nordrhein-Westfalen ist ebenfalls früherer SS-Sturmbannführer.

Richter und Staatsanwälte, hohe und niedere Polizeibeamte werden immer wieder als nationalsozialistische Massenmörder entlarvt, um dann doch pensioniert zu werden oder gar im Amt zu verbleiben. Von den 18 Beamten und öffentlichen Bediensteten in Schleswig-Holstein, die nach Feststellung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gewußt haben, daß sich der Euthanasieprofessor Heyde unter dem Namen Dr. Sawade verborgen hielt, ist in der Zwischenzeit einer befördert, ein anderer vom Angestellten- in das Beamtenverhältnis übernommen worden. Und wo es zu Verfahren kommt, ist die politische Justiz wieder — ähnlich wie zur Zeit von Weimar — auf dem rechten Auge recht blind: Wenn etwa zwei Frauen, die Kindertransporte nach der DDR organisiert haben, als „Kommunisten" zu einem Jahr Gefängnis verurteilt werden, so erhält ein SS-Führer, der 19 polnische Häftlinge ermordet hat, 15 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 11 Monaten Untersuchungshaft! Und selbst wo einmal ein Nazi wegen der Tötung von 15 000 Menschen immerhin für zehn Jahre ins Zuchthaus muß — im Hinblick auf das besorgte Ausland? —, denkt man nicht daran, ihm die bürgerlichen Ehrenrechte abzuerkennen. Gegen Dr. Herterich ergeht prompt ein Haftbefehl, wenn er sich im Kampf gegen die Würzburger Blutrichter Hitlers eine formale Blöße gibt; nationalsozialistische Massenmörder werden großzügig von der Haft verschont — und reisen ab und zu ins Ausland!

II

Zahllose Meinungsbefragungen lassen darauf schließen, daß sich die Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik heute zwar keineswegs nach dem Dritten Reich zurücksehnt, ebensowenig aber von einem starken Verlangen nach dem Ausbau der formalen Demokratie zu einer Realdemokratie erfüllt ist — hier wirken sich, wie Wolfgang Abendroth mit Recht betont hat, die fatalen Niederlagen der Arbeiterbewegung in dem halben Jahrhundert seit 1914 katastrophal aus. So erklärten zwar 1962 nur 3 %, daß sie heute für Hitler stimmen würden (1957 waren es noch 15 % gewesen), 16 % zeigten keine klare Stellungnahme. 1955 waren unter Reserveoffizieren und Lehrern jedoch 48 % der Auffassung gewesen, Hitler wäre ohne Krieg einer der größten deutschen Staatsmänner gewesen — und dieser Meinung waren 1964 noch 30 %. 1961 hatten starke Bedenken nicht nur gegen die Beschäftigung von früheren führenden Nationalsozialisten, sondern auch von Juden in hohen Ämtern 40 % bzw. 18 %, keine Bedenken 15 % bzw. 33 %. Entsprechend erklärten sich 32 % gegen diejenigen Deut-

schen, die während des Krieges in einer geheimen Widerstandsbewegung gearbeitet hätten, 29 % waren dafür und 39 % unentschieden. 1964 war die wichtigste Frage für 41 % die Wiedervereinigung, und für 11 % die Bewahrung des Friedens durch Ausgleich zwischen Ost und West. 1958 waren nur 2 % bereit, als Opfer für die Wiedervereinigung auf die „Freiheit, mit seinem Eigentum zu machen, was man will", zu verzichten, 8 % dagegen auf das Postgeheimnis.

Dabei sind die „Eliten" — insbesondere die in der Wirtschaft, Verwaltung und im Recht — womöglich noch restaurativer orientiert. Als Beweis hierfür nur eine einzige symptomatische Meinungsbefragung: Von 20 Bundes- und Länderministern haben sich nur drei für die Todesstrafe ausgesprochen, von 243 Bundes- und Landtagsabgeordneten 78. Von 1750 Richtern, Staatsanwälten und Rechtsanwälten sind dagegen 1025 für die Todesstrafe, von 378 Oberbürgermeistern, Polizeipräsidenten und anderen hohen Beamten 218, von 523 Hochschulprofessoren 266, von 350 Generaldirektoren und Industriellen gar 262. Hiermit kontrastiert die Einstellung der Intendanten, Künstler, Verleger, Schriftsteller und Chefredakteure: Hier treten 159 für und 223 gegen die Todesstrafe ein. *) Lediglich diese Gruppe der Intelligenz scheint sich weitgehend von autoritären und reaktionären Tabus freigemacht zu haben, wie ja überhaupt neben den Künstlern und Publizisten heute im wesentlichen nur noch die Physiker, Soziologen, Psychologen und evangelischen Theologen wirklich etwas aus der Vergangenheit gelernt haben dürften.

III

Wie der ganze Lebenszuschnitt, wie die Technik und Kultur, die Wirtschaft und der Verkehr, steht seit 1945 die Parteienentwicklung in Westdeutschland im Zeichen einer weitreichenden „Amerikanisierung". Das Parteiensystem wandelt sich dabei vor allem in dreifacher Hinsicht:

1. Die Zahl der Parteien geht zurück — einige wenige typische Monopolparteien beherrschen das politische Leben.
2. Diese Großparteien „institutionalisieren" sich — sie werden immer mehr zu Quasi-Staatsparteien.
3. Die progressiven und dynamischen Kräfte und Elemente im Parteisystem werden schwächer und sind in Gefahr, ganz zu verschwinden.

Seit 1945 ist zunächst der Abstand zwischen den beiden großen Parteien stets größer geworden. Noch 1949 erzielte bei den Wahlen zum ersten Bundestag die CDU/CSU nur 31 % der Stimmen (139 Mandate) verglichen mit 24 % (131 Mandate) für die SPD. Bereits 1953 gewann jene die absolute Mehrheit der Mandate und 1957 sogar auch die der Stimmen. Erst 1961 erlitt die CDU/CSU einen Rückschlag — sie verlor die absolute Mehrheit. Doch blieb der Zuwachs der SPD in all diesen Jahren recht bescheiden — von 29 % auf 36 % Statt dessen hat sich 1961 die Position der FDP konsolidiert — sie brachte es auf fast 13 % der Stimmen. Nach wie vor ist aber die CDU/CSU die weitaus mächtigste Partei. Ihre Hegemonie ergibt sich nicht nur aus ihren Wahlerfolgen; sie ist zum großen Teil auch Ausdruck einer dieser erst wieder begründeten Machtkonstellation im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich. Ihre christliche Orientierung ist so weiträumig, daß sie als Integration für alle die bestehende Ordnung grund-

*) Vgl. zu diesen Umfrage-Ergebnissen die „Frankfurter Rundschau" vom 19. 7. 63, 4. 7. 64 und 22. 7. 64, ferner den Aufsatz von Hans Lamm „Antisemitismus in Westdeutschland 1945—1963" (Internationaler Arbeitskreis Sonnenberg: Politik und Bildung, Braunschweig 1963, S. 147 ff.), sowie den Beitrag „Wiedervereinigung in der öffentlichen Meinung" von Erich Peter Neumann in „Die politische Meinung", Januar 1964, und die „Dokumentation über die Todesstrafe", Darmstadt 1963, S. 6.

sätzlich bejahenden Elemente zu dienen vermag. Getragen von den mächtigsten Pressionsgruppen — angefangen vom Bundesverband der Deutschen Industrie bis zur katholischen Kirche —, reichlich unterstützt von den Spenden der sogenann ten Wirtschaft, die ihr u. a. über die „Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e. V Köln" zuflossen, wird die systematisch ausgebaute Herrschaftsposition der Mehr heitspartei, wenn überhaupt, so nur unter außergewöhnlichen Umständen ernst haft erschüttert werden.

1945 war der Sozialismus in einem geeinten Deutschland die Tagesforderung — für die SPD wie für weite Kreise der CDU! 1964 bekennt sich nicht nur die CDU/ CSU, sondern ebenso nachdrücklich auch die SPD zur „sozialen Marktwirtschaft" Westdeutschlands. Innerhalb der beiden großen Parteien hat sich das Schwergewicht zusehends nach rechts verlagert. Alle Parteien der Bundesrepublik identifizieren sich heute — wenn auch in unterschiedlichem Maße — mit dem gesellschaftspolitischen status quo; ja, neuerdings sucht die SPD sogar die FDP und die CDU immer häufiger „rechts zu überholen", was durchaus konsequent aus einer Haltung folgt, die die bestehende Gesellschaftsordnung überhaupt nicht mehr — auch nicht als konsequente Reformpartei! — in Frage zu stellen wagt und nur noch die nächsten Wahlen zu gewinnen sucht. So rücken die Parteien immer enger zusammen und bilden eine Art Kartell zwecks V e r w a l t u n g des bestehenden Staats- und Gesellschaftsgefüges, wobei sie allerdings noch keineswegs bereit sind, auch nur jene Minimalerfordernisse der „Unparteilichkeit" und Objektivität, der Verantwortlichkeit und Rechenschaftslegung zu erfüllen, die bei staatlichen und öffentlich-rechtlichen Körperschaften sonst in einer Demokratie selbstverständlich sind oder doch sein sollten. In dem Maße, wie die Parteien aneinanderrücken, verlieren sie an deutlichem Profil: Mancher FDP-Politiker steht heute in wichtigen Fagen „links" vom Gros der SPD, mancher Sozialdemokrat rechts von Politikern in den bürgerlichen Partei. Dabei geht die spezifische Funktion, die gerade die Linksparteien in den Demokratien ursprünglich zu erfüllen hatten, nämlich auch die weitestreichenden Wandlungen im sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bereich auf friedlich-parlamentarisch-legislativem Wege zu ermöglichen, immer mehr verloren. Ja, sie verschwindet sogar aus dem Bewußtsein der großen Mehrheit. An die Stelle der Idee der „friedlichen Revolution", der „revolution by consent" im Sinne von H. J. Laski, tritt eine neue Burgfriedensideologie nach dem Motto Adenauers: „Keine Experimente!"

Die Institutionalisierung der beiden entscheidenden Parteitypen — der demokratisierten Honoratioren- und Parlamentsparteien wie der hierarchisierten Massenparteien — erreicht heute in der Bundesrepublik eine neue „höhere" Stufe. In dem Maße, wie der moderne „Wohlfahrts"- oder „Sozialstaat" immer stärker alle sozialen, kulturellen und vor allem auch wirtschaftlichen Lebensbereiche durchdringt und politisiert, suchen die Parteien Nutzen aus dem Staat zu ziehen — für sich und ihre Anhänger. Er soll nun ihren unmittelbaren ideellen und materiellen Interessen dienen. Er hört damit zwar nicht auf, Klassenstaat zu sein, wird aber zugleich zum Massen- und Parteienstaat. Wird aber der Staat zum Objekt der Parteien, so werden zugleich die Parteien zunehmend zu Objekten des Staates — zu Staatsparteien.

Artikel 21 des Grundgesetzes hat die Parteien in den Rang verfassungsrechtlicher Institutionen erhoben; er hat sie sozusagen diplomatisch „anerkannt" und „konstitutionalisiert". Noch hat zwar die Partei bei uns zwei Seiten: Einerseits ist sie weltanschaulich geprägte, auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhende, vorstaatliche Assoziation, andererseits aber auch schon staatsverbundene, quasi-öffentlich-rechtliche, hierarchische „Anstalt". Der zweite Aspekt tritt nun immer

mehr in den Vordergrund: Ähnlich wie in den USA verwächst die Partei mehr und mehr mit dem Staatsapparat, wird sie Macht- und Herrschaftsinstitution. Und selbst dort, wo sie wie andere Institutionen des modernen Staates als Dienstleistungs(„service")-Organisation operiert, behandelt sie die Mitglieder und Wähler eher als passive Konsumenten, die man überreden und manipulieren muß; denn als Aktivbürger, die zu überzeugen und zu beteiligen sind. Innerparteiliche Demokratie und Willensbildung von unten nach oben drohen so zu leeren Formeln und Fiktionen zu werden. Im Zeitalter der Mammutorganisationen und der Riesenapparate zementiert die 5-%-Klausel — wonach nur die Parteien Sitze erhalten, die mindestens 5 % aller abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben! — stärker denn je den parteipolitischen status quo. Die quasioligopolistische Privilegierung der Großparteien erinnert immer mehr an die staatlich privilegierten Großkirchen. Die Ämterpatronage und die dauernd zunehmende Finanzierung der Fraktionen und außerparlamentarischen Partei-Organisationen (die in den Parlamenten vertretenen Parteien — und nur diese! — erhalten heute insgesamt jährlich fast 60 Millionen DM aus Länder- und Bundeshaushalt) verringern die Distanz zwischen Staat und Partei, verstärken allerdings zugleich deren Entfremdung vom Bürger.

Während aber die liberalen und rechtsstaatlichen Formen und Prozeduren — etwa die sogenannte Gewaltenteilung und die noch so relative Unabhängigkeit der Justiz — dem Staatsbürger in der staatlichen Sphäre wenigstens noch meist ein Minimum an Rechtssicherheit garantieren, ist dieses Minimum für den Parteibürger in den Parteien infolge der Störung der demokratischen Kommunikation und Willensbildung von unten nach oben schon heute in Frage gestellt. Angesichts des Mangels an Gewaltenteilung und des Fehlens eines Systems der Hemmungen und Gegengewichte konzentriert sich hier alle Gewalt zusehends in den Parteispitzen: Die in der Theorie souveräne Legislative der Partei — der Parteitag — tritt schon so selten zusammen, daß er als Kontrollorgan meist versagen muß; zudem hat aber die Parteileitung weitgehende Möglichkeiten, ihn zu manipulieren, da ja die Parteitage, anders als die Parlamente, über keine feste Organisation (ständige Ausschüsse, Fraktionen usw.) verfügen.

Schon vor 1914 hat Robert Michels auf die oligarchischen Tendenzen gerade auch bei den Arbeiterparteien hingewiesen. Inzwischen hat sich die straffe Führung der Sozialdemokratischen Partei von oben so sehr perfektioniert, daß, im Gegensatz zu den sozialistischen Parteien Frankreichs oder Italiens oder sogar noch zur SPD vor 1914 oder auch zur Zeit der Weimarer Republik oder in den ersten Jahren nach 1945, heute hier keinerlei Raum mehr für verschiedene Plattformen, Richtungen oder gar „Fraktionen" ist. Die Macht der Partei-Exekutive erinnert mehr denn je an einen — durchaus nicht immer „aufgeklärten" — Absolutismus, zumal nun auch noch die Parteirechtsprechung allzu oft dem Mitglied keinerlei Schutz gewährt. Während die FDP ein relativ ausgebildetes und faires Parteigerichtsverfahren kennt, wird man seit der Existenz des 1960 in Hannover angenommenen § 29 des Parteistatuts in der SPD in der Tat an ein Standgerichtsverfahren erinnert. Beschließt der Parteivorstand gemäß diesem Paragraph, daß die Zugehörigkeit zu einer anderen Organisation mit der der SPD unvereinbar ist, so kann derselbe Parteivorstand den Beschuldigten ohne jedes rechtliche Gehör und ohne jede Beschwerdemöglichkeit sofort und endgültig ausschließen! So wird die unabhängige politische Betätigung der Mitglieder außerhalb der Partei — etwa in Studenten- oder Jugendorganisationen — verpönt; sogar die Äußerung von „abweichenden" politischen oder ideologischen Auffassungen mag zum Parteiausschluß führen — der krasseste Fall dürfte das Verfahren gegen ein Berliner Mitglied wegen seiner Angriffe auf Luther und die

Kirchen sein (wäre der Betroffene selbst Mitglied der evangelischen Kirche gewesen, so wäre diese nicht gegen ihn vorgegangen, da diese den Ausschluß überhaupt nicht kennt). Das mehr oder weniger erfolgreiche Vorgehen gegen Guttenberg und Bucerius, Dehler und Kohut deutet auf ähnliche Tendenzen in den anderen Parteien hin.

Wir haben von der Amerikanisierung der deutschen Parteien gesprochen — vergessen wir aber nicht, daß in den USA die großen Wahlmaschinenparteien extrem föderalistisch strukturiert sind und zudem ihren Mitgliedern fast unbeschränkte politische Betätigung innerhalb und außerhalb der Parteien gestatten: Ein Republikaner oder ein Demokrat kann jedes politische Programm vertreten, ohne ausgeschlossen zu werden. Ganz anders in Westdeutschland: Es fehlt nicht mehr viel, und es wird unseren Parteien bald gelungen sein, die Unduldsamkeit kleinerer privater, weltanschaulicher Gemeinschaften gegenüber „Häretikern" mit den Machtansprüchen großer staatlicher Zwangsanstalten gegenüber deren „Gefolgschaft" zu kombinieren. In dieses Bild paßt auch, daß in Amerika die Kirchen nur private Vereine sind, die katholische und evangelische Kirche in Deutschland hingegen den Status öffentlich-rechtlicher Körperschaften genießen, die mit Hilfe des Staates Steuern erheben und aus Staatsmitteln Zuschüsse erhalten, was nicht wenig zur Konfessionalisierung der Klerikalisierung des gesamten Lebens, insbesondere der Bildung und Kultur, beiträgt.

Am 21. September 1949 hat Kurt Schumacher im neukonstituierten Bundestag als Führer der Opposition auf die Erklärung der ersten Regierung Adenauer in einer auch heute noch lesenswerten Rede erwidert:

> „Wesen und Zusammensetzung dieser Regierung bringen die große Gefahr, daß dieser neue Staat ein autoritärer Besitzverteidigungsstaat werden kann ... Wir haben heute einen Staat, den wir Sozialdemokraten als einen Staat der überwiegenden sozialen Restauration ansehen. Wir haben einen Staat, von dem wir befürchten, daß seine Führung gar zu leicht in Versuchung kommt, die Volksmassen als Objekte zu behandeln."

Diese düsteren Perspektiven drohen zur Realität zu werden. Langsam und kaum merklich, aber darum nicht weniger sicher und stetig ist die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik autoritärer und restaurativer geworden. Zwar sind die von manchem befürchteten radikalen „faschistischen" Eingriffe in das Verfassungsrecht im wesentlichen ausgeblieben. Nicht unerhebliche Einschränkungen der demokratischen Freiheiten sind freilich als Folge des Verbotes der KPD und der Wiederaufrüstung festzustellen — immerhin hat im übrigen die eigentliche Regierungsstruktur Westdeutschlands formal im wesentlichen immer noch die „demokratische" Form bewahrt, die das Grundgesetz vorsah, wobei allerdings zu beachten ist, daß schon damals die Väter des Grundgesetzes die Bonner Republik zu einer reinen „Repräsentativ-Demokratie" machen wollten. Mit der Ausschaltung der Elemente einer unmittelbaren Demokratie nach Schweizer oder amerikanischem Muster hat man schon 1949 in eigenartiger Verkennung sowohl der Lehren von Weimar wie der weiteren Entwicklung die Möglichkeit des Volkes, an der Regierungsgewalt mitzuwirken oder diese direkt zu kontrollieren, im wesentlichen auf die Beteiligung an den Wahlen und auf die Betätigung in den Parteien beschränkt. Die Wahlen sind inzwischen weitgehend zu Akklamationen und „Plebisziten" geworden — die Entscheidungen der Regierung werden nachträglich bestätigt, wobei die Parteien es vor allem als ihre Aufgabe ansehen, das Volk zur möglichst geschlossenen Stimmabgabe für die Regierung bzw. für eine der Regierung recht hilflos gegenüberstehende Pseudoopposition zu mobilisieren.

Mag das Gerüst von 1949 noch stehen — gewandelt hat sich die sogenannte Verfassungswirklichkeit. Die aktive Mitwirkung und Teilnahme des einzelnen Bürgers und seiner freien Organisationen am politischen Leben, die letztlich darüber entscheidet, ob der politische Alltag wirklich demokratisch ist, wird in der Ära des Wirtschaftswunders nicht ermutigt, sondern entmutigt. In einer Zeit, in der nur allzu viele nach der Parole „Enrichissez-vous" handeln, ist jede kritische oder gar oppositionelle Haltung in den entscheidenden Fragen der Außenpolitik, der Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung, ja, auch der Kulturpolitik stets der Gefahr ausgesetzt, als „kommunistisch" und „atheistisch" diffamiert zu werden. Die offene Diskussion der Lebensfragen der Nation ist tabuiert; die sogenannte „Entideologisierung" bedeutet nicht nur eine nach dem Bankrott der Begeisterung im Dritten Reich zu begrüßende Ernüchterung und Versachlichung, sondern auch einen Verlust jedweder mehr oder minder utopischen Zukunftsperspektive — sie bedeutet auch die Verfestigung aller möglichen Illusionen und Komplexe. So ist sie auch Anpassung an sehr alte und antiquierte Vorstellungen und Vorurteile.

Hat Stefan Zweig einmal erklärt, daß Wahrhaftigkeit und Politik selten unter einem Dach wohne, so erreicht die Duplizität in der Bonner Republik ungeahnte Ausmaße. Hier und heute werden Lüge und Täuschung so selbstverständlich, daß ein „Porträtist" der Bonner Köpfe ganz naiv berichten kann, Ollenhauer und Krone seien in Bonn die einzigen, „die erröten, wenn sie eine Lüge von sich geben müssen". In dem ausgesprochen konformistischen, klerikalen und provinziellen Klima dieses Pseudo-Biedermeierstaats wird schon jeder frische Windstoß als lebensbedrohender Orkan empfunden. Nach dem seit 1960 zu konstatierenden Verschwinden der schon damals recht zahmen, aber doch noch von der SPD und zeitweise auch von der FDP legitimierten, offiziellen Opposition tendieren die Parteien nun besonders dazu, jede unabhängige und kritische Meinung von „rechts", insbesondere aber von „links" als „staatsgefährdend" oder gar „staatsfeindlich" zu unterdrücken. Der Ketzer wird zwar nicht mehr verbrannt (und dafür wollen wir schon dankbar sein!), aber in unserer durchorganisierten und institutionalisierten Gesellschaft wird er ausgeschaltet und in die Isolierung gedrängt. Nur wenige werden dann nicht früher oder später resignieren oder sich akkomodieren.

1949 hatte das Grundgesetz zumindest die Grundrechte des Bürgers zu garantieren versucht. Der erste entscheidende Einbruch in die Freiheitssphäre erfolgte 1956 mit der Wiederaufrüstung — seitdem hat sich der Akzent immer stärker vom Sozialstaat auf den Rüstungsstaat verlagert. Und die Kriegsvorbereitung bedroht nun auch den Kern der Freiheits- und Grundrechte: Insofern war die „Spiegel"-Affäre alles andere als ein Zwischenfall — sie war ein Symbol für den Versuch, einen „autoritären Besitzverteidigungstaat" zu errichten, der zugleich Militärstaat ist. K.-D. Bracher hat 1962 auf zwei Elemente verwiesen, die dem „erstarkenden Kanzler- und Verwaltungsstaat" gegenüber „eine gewisse Kontrollrealität" entfalten: die föderalistische Struktur der Bundesrepublik und das Bundesverfassungsgericht. Man wird sich aber kaum des Eindrucks erwehren können, daß sowohl die Länder wie der Bundesrat in den letzten Jahren im Zeichen der Militarisierung auch immer stärker den Wünschen Bonns Rechnung getragen haben. Und was das Bundesverfassungsgericht angeht, so haben wir erst kürzlich erleben müssen, wie Richter dieses Gerichts, die Mut und Unabhängigkeit gezeigt haben, nicht wieder gewählt worden sind. Damit dürfte auch dieses Organ, das eine Zeitlang den autoritären Tendenzen der Regierung und Mehrheitspartei widerstanden hatte, bis ins Mark getroffen sein, was angesichts

der unmittelbar bevorstehenden Notstandsgesetzgebung mit ihrer ernsten Bedrohung der Demokratie besonders fatal ist.

Während die fortschrittlichen Kräfte in England die Form der Monarchie mit demokratischem Gehalt gefüllt haben, füllt sich in Westdeutschland die demokratische Staatsform mit autokratischem Inhalt — die Machthaber lieben die Autorität nach wie vor zu sehr, und die Massen sind noch nicht mündig genug für eine echte Demokratie geworden. Natürlich gibt es Gegenkräfte — diese haben sich aber bisher jedenfalls stets als sehr schwach erwiesen. Ob sie wieder zu schwach sein werden, die vollständige Demontage der Demokratie zu verhindern? Das hängt heute wohl mehr denn je von der weltpolitischen Entwicklung ab. Noch bleibt die Hoffnung, daß die Entspannung und der Sieg der demokratischen Kräfte im Ausland schließlich auch den fortschrittlichen Kreisen in Deutschland neuen Auftrieb geben werden — die isolierte Insellage der Bundesrepublik läßt sich ja auf die Dauer immer weniger konservieren.

Joachim Gradewald, Bogota

Soziale Gruppen und ihre politische Repräsentation in Lateinamerika

Der „Platz der drei Gewalten" in Brasilia gehört mit der Strenge und Klarheit seiner Architektur zu den großen Leistungen des Kontinents. Die Praxis lateinamerikanischer Gewaltenteilung entspricht jedoch kaum jenen Vorstellungen, die der Ahnherr Montesquieu im „Geist der Gesetze" dargelegt hat. Viel eher ist der Beobachter geneigt, dem alten peruanischen Satz zu folgen, wonach die Gewalt im Staate auf Oligarchie, Militär und Volk verteilt sei. Und immer, wenn zwei dieser Gruppen sich zusammentun, so heißt es, sei die dritte Gruppe verloren. Die Militärputsche der letzten Jahre haben das bestätigt und haben zudem gezeigt, daß die weitreichenden wirtschaftlichen und sozialen Umwandlungen noch nicht genügen, die Machtverteilung wesentlich zu verändern.

Die alten Familien und das Hacienda-System

Noch im ersten Viertel dieses Jahrhunderts beherrschte die traditionelle, landbesitzende Klasse unangefochten Wirtschaft und Politik. Die statische ländliche Gesellschaft kannte nur den Gegensatz von reichem Hacendado und abhängigem Landarbeiter (patrón und peôn). Ein starres Patriarchat beherrschte den „Minderwertigen", ließ ihn unentgeltlich arbeiten und gab ihm als Gegenleistung eine Hütte, eine kärgliche Mahlzeit und die Segnungen der Kirche. Der Landarbeiter war mit Leib und Seele an seine Hacienda (oder Fazenda, Estancia, Finca) gebunden, wurde als Besitz betrachtet und auch zusammen mit der Hacienda verkauft. Dem Hacendado war Landbesitz die einzige Quelle jeglichen Ansehens, und die Erhaltung der bestehenden oligarchischen Ordnung war ihm höchstes politisches Ziel.

Mexiko und Bolivien haben dieses System revolutionär durchbrochen, und mit kommunistischer Variante folgte Kuba als drittes Land. Das übrige Lateinamerika geht nach und nach zur Bar-Entlohnung über und beginnt zögernd mit der Agrar-

reform, zum Beispiel durch Verteilen von Land aus staatlichem oder kirchlichem Besitz oder durch kreditgeförderten Verkauf von unbestelltem Boden aus Privatbesitz. Der Hacendado macht indessen wenig Anstrengungen, sich auf die steil anwachsende Nachfrage nach Lebensmitteln einzustellen. In Argentinien, bei einem Gespräch über die hohen Gewinne einer Schaf-Estancia, konnte ich nicht umhin zu fragen, ob denn alle diese Einnahmen nur von der Schafzucht stammten; und es wurde als ganz selbstverständlich geantwortet: „Ja, natürlich; ich werde doch nicht anbauen! Soll ich denn Maschinen kaufen und mich mit vielen Leuten rumärgern?" Es ist verständlich, wenn die Verteidiger der alten Ordnung schärfster in- und ausländischer Kritik ausgesetzt sind.

> „Wenn wir die Rolle der Hacienda bei der Entwicklung Lateinamerikas zusammenfassen, sehen wir, daß sie einen isolierenden und konservativen Einfluß ausgeübt hat und dort, wo es noch Haciendas gibt, auch noch immer ausübt. Das herkömmliche System, nach dem der Landarbeiter unentgeltlich für den Hacendado zu arbeiten hatte, verhinderte die Verwendung verbesserter Maschinen, Methoden oder besseren Saatguts. Es band die Arbeitskraft an den Besitz und reduzierte die Mobilität auf ein Minimum. Es verlangsamte die Entwicklung des Handels, da die Hacienda verhältnismäßig wenig auf dem offenen Markt kaufte oder verkaufte ... Es verhinderte die Ansammlung von Kapital, brauchte keine Investitionen, verlangte nach keiner Änderung, tat nichts zur Verhinderung der Bodenerosion oder zur Verbesserung landwirtschaftlicher Techniken."[1])

Der Peruaner Ravines, der in seiner jüngsten Veröffentlichung die Einführung kapitalistischer Techniken und Wirtschaftsformen als lebenswichtig für Lateinamerika bezeichnet, verurteilt das Hacienda-System mit ähnlicher Unnachgiebigkeit:

> „Das Hacienda-System stirbt, und seine Überlebenden suchen verzweifelt die Agonie zu verlängern, indem sie das Eindringen des Kapitalismus angreifen, sich dem Vordringen der Industrialisierung widersetzen und die moderne Technik verdammen."[2])

Um so erstaunlicher ist es, daß gerade diese landbesitzende Schicht in den meisten Ländern ihre politische Vormachtstellung bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts zu bewahren vermochte. Sie konnte zwar Macht, Reichtum und Prestige nicht mehr wie ein Monopol für sich reservieren, aber mit Hilfe des Militärs gelang es ihr immer wieder, Vertreter ihrer Interessen an die Spitze des Staates zu bringen und begonnene soziale Reformen zumindest vorübergehend zu unterbinden.

Zur Rolle des Militärs

Entscheidende Unterstützung fand und findet die Oligarchie vor allem bei älteren Offizieren, die selbst den alten Familien entstammen, den hierarchischen Aufbau für eine soziale Notwendigkeit halten und den Kampf gegen die soziale Revolution als Hauptziel ihrer Arbeit betrachten. Bewahrung der „Stabilität" dient als Argument.[3]) Allein zwischen 1929 und 1932 entstanden zehn rechtsgerichtete Militiärdiktaturen; und der Zweite Weltkrieg tat ein übriges, angesichts der Gefahr von außen die Herrschaft traditionalistischer Regime zu befestigen. Die später wachsende kommunistische Bedrohung schärfte das soziale Bewußtsein nur wenig. Der Sturz reformwilliger Politiker wie Betancourt (Venezuela, 1948), Frondizi (Argentinien, 1962), Bosch (Dominikanische Republik, 1963), Villeda Morales (Honduras, 1963), Goulart (Brasilien, 1964) und das mehrfache Vorgehen gegen Haya de la Torre (Peru, 1948, 1962, 1963) hatten — wenn auch

unterschiedlich begründet — letztlich immer das Ergebnis, die bedrohten konservativen Kräfte in ihren Positionen zu belassen.

Daß seit 1930 dennoch soziale Revolutionen möglich geworden sind, ist den Veränderungen im Offizierskorps zu verdanken. Jüngere Offiziere kommen zunehmend aus dem Mittelstand, haben keine engen Bindungen an die landbesitzende Klasse, denken urban-liberal und suchen moderne Lösungen für die alten Probleme. In Brasilien gab es schon 1922 und 1924 die ersten Revolten junger Offiziere (der ‚tenentes'), und 1930 kamen sie zusammen mit Vargas zum erstenmal an die Macht. Dieser Anfangserfolg bedeutete jedoch noch nicht wirklich soziale Reform, gutgemeinte Ansätze wurden nicht weitergeführt, und das Vargas-Regime verhärtete zu halbfaschistischer Diktatur, die bis 1945 dauerte. Genau im gleichen Jahr kam in Argentinien Perón an die Macht, selbst einer der jungen Offiziere, unzufrieden mit den selbstgefälligen Generälen und ihrer Allianz mit der landbesitzenden Oligarchie. Sein nationalistisch orientiertes Wirtschafts- und Sozialprogramm fand die Zustimmung der Massen; seine Demagogie und Korruption führten 1955 zum Sturz durch das inzwischen von ihm abgerückte Militär.[4])

Demokratische Reformer haben mitunter die Möglichkeit, sich die Duldung des Militärs zu erkaufen. Unter Kubitschek (1956—61) wurden gleich bei Amtsantritt die Gehälter der Offiziere fast verdoppelt; und in Venezuela konnte Betancourt (1959—64) die Putschgefahr mindern, indem er hohen Offizieren diplomatische Pfründen im Ausland gab. Daß es sich hierbei nur um ein unwilliges Stillhalten handelt, zeigen die Ereignisse, die dem Sturz des Präsidenten Goulart folgten: im Juni 1964 entzog General Castelo Branco dem Senator Kubitschek auf zehn Jahre alle politischen Rechte. Kubitschek war aussichtsreichster Kandidat für die nächsten Präsidentschaftswahlen, nominiert von Sozialdemokraten und Christlichen Demokraten.

Unberücksichtigt bleiben hier Länder wie Kolumbien oder Ekuador, deren Konservative und Liberale — beide der Oligarchie zugehörig — durch keinerlei sozialrevolutionäres Zwischenspiel je gefährdet waren. Der linksliberale Gaitán, Kolumbiens hoffnungsvollster Politiker der letzten Jahrzehnte, wurde im April 1948 von einem Unbekannten ermordet.

Tiefgreifende und dauerhafte Wandlungen, zum Beispiel durch Agrarreform, haben sich nur in drei Fällen vollzogen, in denen es sich um gewaltsame Revolutionen handelte: Mexiko seit 1910, Bolivien seit 1952 und Kuba seit 1959. In Mexiko gelang es vier aus der Revolution hervorgegangenen Generälen (Obregón, Calles, Amaro, Cárdenas), aus der höchst politischen mexikanischen Armee bis 1940 eine völlig unpolitische Armee mit einem Korps von korrekt dienenden Berufsoffizieren zu machen, der politischen Führung untergeordnet. In Bolivien konnte Präsident Paz Estensoro die Kontrolle über das Militär gewinnen, indem er nach erfolgreicher Revolution, unterstützt durch eine Arbeitermiliz, konservative Offiziere gegen zivile Funktionäre seiner Partei austauschte. Danach wurde es möglich, den Anteil des Militärs am Gesamtbudget beträchtlich zu senken. Der Anteil liegt in Lateinamerika traditionell bei 25—30 %; in Bolivien sind es jetzt noch 15 %, in Mexiko 12 %, unterboten nur noch durch die demokratischen Musterländle Uruguay mit 11 % und Costa Rica mit 0 %.[5]) Costa Rica begnügt sich mit einer miliz-ähnlichen Polizei von eintausend Mann, verweist auf ein stattliches Erziehungsbudget (mehr Lehrer als Soldaten!) und denkt dabei wohl an die Forderung, daß Lateinamerika dem Kommunismus nicht so sehr mit Waffen als vielmehr mit umfassender sozialer Revolution entgegentreten müsse.

Kuba, wo Fidel Castro angesichts der zerbrochenen Batista-Herrschaft vom

Militär bedingungslose Kapitulation verlangen konnte, hat heute — unter fragwürdiger politischer Kontrolle — sicherlich die relativ und absolut höchsten Militärausgaben aller lateinamerikanischen Staaten. Von Kuba aus gesehen ist das zum Schutz der Revolution freilich notwendig, doch die inneren Schwierigkeiten dürften dadurch noch größer werden als sie gemeinhin in einem totalitären und zudem nicht-industrialisierten Land zu sein pflegen.

Die lateinamerikanischen Revolutionen mit ihren so unterschiedlichen Beweggründen und Methoden können in dieser kurzen Darstellung nicht annähernd erfaßt werden, aber im Rahmen des Themas läßt sich doch wie folgt unterscheiden: 1. Palast-Revolutionen, die innerhalb der Oligarchie eine Clique durch eine andere ersetzen; 2. Gegenrevolutionen, die einen demokratisch gewählten Reformer beseitigen; 3. soziale Revolutionen zur Durchsetzung radikaler Maßnahmen. Das Militär, das in seiner sozialen Zusammensetzung ähnlichen Wandlungen unterliegt wie die Gesellschaft selbst, entscheidet in jedem Falle über Erfolg oder Mißerfolg.

Das Großbürgertum

Der bereits erwähnte neue Mittelstand ist nun keineswegs ein homogenes Gebilde, weder in den Einkommensverhältnissen noch in seiner politischen Zugehörigkeit, nicht im Lebensstil und auch nicht in den neuen Denkgewohnheiten. Englischem Sprachgebrauch folgend, könnten etwa „upper middle-class" und „lower middle-class" unterschieden werden, wobei die „upper middle-class" deutlich in die Nähe der „aristocracy" rückte, die „lower middle-class" ebenso deutlich in die Nähe der „working classes". In Lateinamerika reicht die Skala vom Industriellen und gutsituierten Arzt bis zum kleineren Handwerker und den ständig von Arbeitslosigkeit bedrohten Angestellten. Versuchsweise soll hier vom Großbürgertum und vom unteren Mittelstand gesprochen werden.

Das Großbürgertum steht an der Spitze der neuen kapitalistischen Industriegesellschaft, die sich in den außerordentlich schnell wachsenden Städten gebildet hat. Lateinamerika hat heute 75 Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern, darunter Buenos Aires mit 5,9 Millionen und Mexiko City mit 4,8 Millionen.[6]) Großunternehmer, Bankiers und Rechtsanwälte, zum Teil auch Nachkommen der alten Familien, sind in diesen Zentren zu neuem Reichtum und politischem Einfluß gelangt. Sie bestimmen den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung und machen Regierung und landbesitzender Oligarchie die monopolistische Kontrolle des Staates streitig.

Eine eigene Ideologie hat diese neue Klasse bisher nicht entwickelt. Kapitalistische Geschäftsführung und liberale Öffnung nach außen stehen unvermittelt neben beflissener Anlehnung an die konservativen Gewohnheiten der traditionellen Oberschicht. Landerwerb und Einheirat sollen zu gesellschaftlicher Anerkennung führen. Landhaus und zahlreiches Dienstpersonal sind obligatorisch. Ein exhibitionistisches Bedürfnis nach Prestige führt zu aufwendigem Luxus und verhindert die bitter notwendige Ausdehnung der produktiven Investitionen.[7]) Diese Klasse ist zum überwiegenden Teil mit der Festigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Position zu sehr beschäftigt, als daß sie eine Verantwortung für das Gemeinwohl empfinden könnte.

Die CEPAL, die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika, hat im Jahre 1963 eine Studie über die wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas seit dem Zweiten Weltkrieg vorgelegt. Die darin enthaltenen Angaben über die Einkommensverhältnisse sind mittlere Werte, die aus den zum Teil geschätzten Zahlen von vier Ländern mit unterschiedlichem Entwicklungsstand errechnet worden sind.[8]) Die Zahlen können nicht sehr genau sein, geben aber doch Anhaltspunkte.

Einkommensgruppe IV ist die Spitzengruppe, in der die landbesitzenden Familien und das Großbürgertum zu suchen sein werden: das sind 2 % der Gesamtbevölkerung, mit einem Monatseinkommen von 1300 US-Dollar und mehr pro Familie.

Diese 2 % der Gesamtbevölkerung sichern sich 19 % des Gesamt-pro-Kopf-Einkommens; dagegen verdienen 50 % der Gesamtbevölkerung, Gruppe I, nur 16 % des Gesamt-pro-Kopf-Einkommens. Die steuerliche Belastung der Gruppe IV ist weit geringer als in Nordamerika oder Westeuropa: vom versteuerten Einkommen werden durchschnittlich 12,8 % in Form direkter Steuern abgeführt, weitere 7,7 % in Form von indirekten Steuern und Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung. Das ist eine Belastung von insgesamt 20,5 %, kaum höher als bei den niederen Einkommensgruppen. Im Kommentar der Deutschen Überseeischen Bank heißt es abschließend: „Das herrschende Steuersystem verschärft die Unterschiede im Sozialgefüge."

Selbst im ursprünglich revolutionären Mexiko wird die Einkommensverteilung immer ungleichmäßiger. 1960 waren mehr als 60 % der Bevölkerung schlecht ernährt, schlecht gekleidet und unzureichend untergebracht Mehr als 40 % waren Analphabeten, und etwa 45 % aller Kinder im schulpflichtigen Alter besuchten keine Schule.[9]) Dennoch kamen die Steigerungen des Nationaleinkommens ausschließlich den wohlhabenden Familien zugute. Von 1939 bis 1950 stieg der Anteil der unternehmerischen Gewinne am Nationaleinkommen von 26,2 auf 41,4 %. In der gleichen Zeit sank der Lohnanteil von 30,5 auf 23,8 %. Im Jahre 1957 entfielen auf 5 % reiche Familien 37 % des mexikanischen Gesamteinkommens. Die 20 % Familien am untersten Ende der Einkommensskala verdienten dagegen — relativ vom Nationaleinkommen und auch absolut — weniger als im Jahre 1950.[10]) Der wirtschaftliche Fortschritt fiel nicht zusammen mit sozialer Entspannung.

Typisch für die Haltung der Oligarchie (der alten Familien ebenso wie des Großbürgertums) ist die Reaktion eines führenden Kolumbianers auf den blutigen Aufstand von Bogotá, der auf die Ermordung Gaitáns folgte (April 1948). G. Restrepo Jaramillo, Präsident der Börse in Bogotá, war der Meinung, politische Gesichtspunkte seien die wesentlichen Faktoren bei den Unruhen gewesen.

> „Er schrieb im ‚Espectador' und schlug Steuerermäßigung als weiteren Schutz für die Oberschicht vor. Wenn den Besitzenden erst größerer Reichtum erwachsen sei, so argumentierte er, dann werde der Wohlstand auch niedertröpfeln auf die Massen. Er verlangte, die Regierung solle die Bedingungen verbessern für ‚diejenigen, die Reichtum produzieren', statt sie als die Spitzbuben der Gesellschaft anzusehen. Kurz, die Oligarchie kann nichts falsch machen."[11])

Hier hat es sich viel eher um einen Aufstand sozial und wirtschaftlich unterdrückter Menschen gehandelt, die — ihres einzigen Führers beraubt — nichts anderes wußten, als in Mord und Brandschatzung ihrer Hoffnungslosigkeit und Trostlosigkeit sinnlosen Ausdruck zu verleihen.

Restrepo Jaramillo gehört seit langem zur Spitzengruppe der konservativen Politiker, und mit seinem Buch „Konservatives Denken" hat er sich auch als Theoretiker einen Namen gemacht.[12]) Es muß befürchtet werden, daß eine ähnliche Haltung wie die dieses Kolumbianers latent in vielen traditionalistischen Parteien vorhanden ist. Konservative und Liberale unterscheiden sich darin kaum. Im 19. Jahrhundert entzweit über Problemen wie Staat/Kirche, Zentralismus/Föderalismus, Freihandel/Protektionismus, stehen sie heute nebeneinander in der Verteidigung alter Positionen. In Chile gilt die liberale Partei als die konservativste aller Parteien; in anderen Ländern deuten Attribute wie „National" und

„Demokratisch" nur scheinbar eine Variante an. Die konservative Partei Brasiliens nennt sich sogar „Sozialdemokratisch", allerdings, sie nominierte den Sozialisten Kubitschek zweimal als Präsidentschaftskandidaten und konnte so der Zustimmung breiterer Wählerschichten sicher sein.

In Uruguay, Kolumbien und Honduras war zeitweilig der linke Flügel der Liberalen recht stark, so zur Zeit des großen Batlle in Uruguay, später in Kolumbien unter dem zweimaligen Präsidenten López und in Honduras unter dem 1963 gestürzten Villeda Morales. Diese Anpassung der Liberalen an moderne Notwendigkeiten ließ andere, jüngere Parteien überflüssig erscheinen, und das Zweiparteiensystem blieb praktisch erhalten. In Chile und Argentinien dagegen hat sich der linke Flügel der Liberalen abgespalten und als „Radikale" Partei bald einen außerordentlich großen Einfluß auf unteren Mittelstand und Arbeiterklasse ausgeübt (Arturo und Jorge Alessandri; Irigoyen, Frondizi).

Der untere Mittelstand

In vergangenen Jahrhunderten gab es gewiß Staatsbeamte, Kaufleute, Handwerker und Vorarbeiter, die eine mittlere Position in der Gesellschaft einnahmen. Politisch waren diese Personen aber belanglos, waren ebenso wie die Masse des Volkes nur traditionelle Komparserie. Erst im 20. Jahrhundert wuchs ein wirklicher Mittelstand, bedeutsam an Zahl und zunehmend an wirtschaftlicher und geistiger Macht. Während bei den alten Familien noch der Landbesitz Maßstab gesellschaftlicher Wertschätzung ist, zählten jetzt Qualitäten, die an die Person gebunden und in der modernen Gesellschaft unentbehrlich sind: Ausbildung jeder Art, administrative Fähigkeiten, technisches Wissen, handwerkliche Fertigkeiten.

Zu dieser Gruppe gehören viele Akademiker unterhalb des Großbürgertums, Journalisten und Lehrer, kleinere Unternehmer und Kaufleute, viele Handwerker, Angestellte und Facharbeiter. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung reichte 1950 von 8 % in Venezuela bis zu 50 % in Uruguay.[13]) Die genannte UNO-Statistik von 1963 rechnet im lateinamerikanischen Durchschnitt schon 45 % der Gesamtbevölkerung dazu, und zwar mit einem Monatseinkommen pro Familie zwischen 100 und 500 US-Dollar. Das ist unterschiedlich genug, um von der Armut (man bedenke die hohen Kinderzahlen) bis zu solidem Wohlstand zu reichen, von der Kargheit, die den Kindern nur eine sehr mäßige Schulbildung erlaubt, bis hin zum Überfluß und der Verfeinerung des Neureichen. Das ist ein buntscheckiges Konglomerat von Menschen verschiedenartigster sozialer und geographischer Herkunft, noch ohne eigene Ideologie und ohne das Gefühl der Zusammengehörigkeit.

> „Der wesentliche Unterschied zwischen der europäischen oder nordamerikanischen Mittelklasse und der Mittelklasse in Lateinamerika besteht in der Auffassung vom Sinn des Lebens. Während die Mittelklassen der entwickelten Länder die Idee des Sparens, der Arbeitsamkeit und der beständigen Erhöhung des Vermögens bewundern, macht sich die Mittelklasse Lateinamerikas dieses Kriterium nur in Ausnahmefällen zu eigen. Die europäischen Mittelklassen sind soziale Schichten, die beharrlich mit der Schaffung der Stufe beschäftigt sind, die sie wirtschaftlich weiter voranbringt; die lateinamerikanische Mittelklasse dagegen ist mit ihrem Aufstieg auf der sozialen Leiter ausschließlich mittels der Zurschaustellung ihres guten Auskommens befaßt. Die große Masse der lateinamerikanischen Mittelklasse lehnt den harten Weg des Unternehmers ab und zieht es vor, alles Geld sofort umzusetzen oder gar auf Kredit zu leben, wobei sie ihr Niveau erhöhen und vor allem ihren Lebensstil vor der Gesellschaft demonstrieren kann."[14])

Andere Intellektuelle neigen dazu, den Mittelstand zu verherrlichen, weil sie in ihm die Hoffnung und die Zukunft sehen. Solches Wunschdenken entspringt

wohl der Einsicht, daß es eine Zukunft nur mit diesem ersehnten Mittelstand geben kann. Ein mexikanischer Soziologe schreibt, welch großen Wert dieser Bevölkerungsteil der Erziehung, der Wissenschaft und der Kultur beimesse, wie stark seine ethischen und religiösen Bindungen seien und wie er in der Arbeit sittliche Befriedigung finde:

> „Als Ganzes genommen, hat die mexikanische Mittelklasse hohe moralische Auffassungen. Der Erfolg von Geschäften, die Konsumgüter, Möbel und Autos auf Abzahlung verkaufen, ist ein klarer Beweis dafür, daß die Mittelklassen ihre Verträge erfüllt und von einem hohen Sinn für soziale Verantwortlichkeit geleitet wird. Die hohe Zahl der Eheschließungen, die niedrige Zahl der Scheidungen, die steigende Zahl der Lebensversicherungen, die privaten Volksschulen, die große Zahl der Studenten in den Universitäten und polytechnischen Instituten sind zusätzliche Zeichen dafür, daß Mexikos Mittelklasse sich ohne Zweifel um die Stabilität der Familie und um das Wohlergehen und die Zukunft ihrer Kinder bemüht."[15])

In manchen Gegenden des Kontinents, zum Beispiel in Argentinien und Chile, sind kleine protestantische Gemeinden entstanden, bestehend aus aufstrebenden Familien des unteren Mittelstands. Hier werden Bibelinterpretationen in den Vordergrund gestellt, die jene „bürgerlichen" Werte betonen, die mit dem Entstehen des Kapitalismus verbunden waren.[16]) Solche „protestantische Ethik" ist aber nicht gerade weit verbreitet.

Nach allgemeiner Auffassung wird die Würde der Person (dignidad) eher durch fatalistische Resignation gewahrt als durch das Suchen nach konstruktiven Lösungen. Das innere Wesen eines Menschen wird durch Seele und Geist (alma, ánima, espiritu) reicher als durch cartesianischen Vernunftglauben oder schnöden Pragmatismus.[17]) Die Familie (im weitesten Sinne) hält sehr fest zusammen; jenseits davon ist ein Sinn für die Gemeinschaft nicht mehr angebracht. Insgesamt ist das Bemühen, sich an Gewohnheiten der Oligarchie anzulehnen, noch immer viel stärker als die Tendenz zur Eigenständigkeit — eine typische Orientierung nach oben, die auch ihre Folgen für die politischen Entscheidungen des Mittelstands hat.

Da die städtische und sogar die ländliche Arbeiterschaft politisch meistens festgelegt ist, darf angenommen werden, daß die traditionalistischen Parteien sich weitgehend auf dieses verwirrte, zwischen Ehrgeiz und Angst schwebende Kleinbürgertum stützen können. Das schließt die führende Mitarbeit von Akademikern, Lehrern oder jüngeren Offizieren in nationalrevolutionären oder sozialistischen Parteien nicht aus; so wird etwa über die Rolle der PRI in Mexiko noch zu sprechen sein. Die kubanische Revolution, in den Anfängen mehr der Jakobinischen Linken zuzurechnen als dem Kommunismus, wurde von Rechtsanwälten, Ärzten, kleinen und mittleren Eigentümern getragen.

In diese abenteuerliche Landschaft, die so vorsichtig mit „unterem Mittelstand" umschrieben wurde, paßt am ehesten eine junge Partei, die nach europäischem Vorbild gegründet wurde und sich in Venezuela und Chile schnell durchsetzen konnte: die Christlichen Demokraten. Hier sind religiöse Überzeugung und — wieder anders als in Europa — sozialpolitischer Radikalismus miteinander verknüpft. In Venezuela waren die Christlichen Demokraten (COPEI) fünf Jahre lang an der Regierung Betancourt beteiligt (Koalition mit der demokratischen Linken) und sind seit den Wahlen im Dezember 1963 die zweitstärkste Partei im Land (21,4 %). Die Christlichen Demokraten Chiles, weit radikaler als in Venezuela, sind die stärkste Einzelgruppe im parlamentarischen Leben, und ihr Präsidentschaftskandidat Eduardo Frei erhielt bei den Wahlen vom September dieses Jahres 55,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. Am 4. November wird Frei als

der erste christlich-demokratische Präsident Lateinamerikas sein Amt übernehmen. In Brasilien unterstützten die Christlichen Demokraten die Wahl des Präsidenten Quadros und im Jahre 1964 die Kandidatur Kubitscheks bis zu ihrer Aufhebung durch die Generäle. Alle diese Parteien berufen sich auf die päpstlichen sozialen Enzykliken, befürworten Agrar-, Wirtschafts- und Sozialreform und finden so die Unterstützung fortschrittlich gesonnener katholischer Laien und Priester. Sie dehnen allmählich ihren Einfluß auch auf die Arbeiterschaft aus und könnten, viel selbstbewußter als die Linksliberalen, zu einem für Lateinamerikas Demokratie wichtigen Faktor werden.

Die Arbeiterklasse

Der UNO-Statistik von 1963 folgend, sei die Bevölkerung Lateinamerikas noch einmal nach ihrem Einkommen gruppiert: 5 % mit hohen und höchsten Einkommen; 45 % mit Monatseinkommen zwischen 100 und 500 US-Dollar pro Familie (unterer Mittelstand); schließlich 50 % der Bevölkerung mit Monatseinkommen unter 100 US-Dollar pro Familie. Zu dieser letzten Gruppe gehören noch viele Angestellte, der Großteil der städtischen Arbeiter, alle ländlichen Arbeiter, die Hausangestellten und Rentner. Das durchschnittliche Monatseinkommen pro Familie wird für diesen Personenkreis mit 55 US-Dollar angegeben; die steuerliche Belastung liegt (indirekte Steuern eingeschlossen) bei 12,8 %.

Herausgegriffen werden sollen hier die beiden wichtigsten Einzelgruppen, die städtischen und ländlichen Arbeiter. Sie haben meistens keine Schule besucht und bieten nur die Arbeitskraft ihrer Hände. Ein gewisser Prozentsatz hat zwei bis drei Jahre lang Lesen und Schreiben gelernt, um dann in den Zustand des Analphabetentums zurückzufallen. Nur die wenigsten haben den vorgesehenen Volksschulbesuch, fünf oder sechs Jahre, abgeschlossen. Für berufsschulähnliche Unterweisung außerhalb der Arbeitsstelle gibt es bisher nur ganz wenige Institute. Der Umgang mit Maschinen oder Traktoren, die theoretische Einsicht in Produktionsvorgänge und vor allem die Gewöhnung an den konzentrierten, modernen Arbeitsprozeß bereiten dementsprechend größte Schwierigkeiten.

Die Arbeiterfamilien wohnen in den Vororten oder Slums der Städte, wo sie ein oder zwei Zimmer zur Verfügung haben, oder in einer primitiven Hütte auf dem Lande. Mangelkrankheiten sind sehr häufig, und ärztliche Betreuung ist trotz der Sozialgesetzgebung oft nicht zu erreichen. Angesichts einer im Überfluß lebenden Oligarchie sind die Ansprüche an das Leben gestiegen, so daß diese Familien heute relativ ärmer sind als vor dreißig oder fünfzig Jahren. Der Gegensatz zwischen utopischen Wünschen und realen Möglichkeiten ist hier noch weit krasser als beim unteren Mittelstand.

Gerade diese Situation, eindeutig am Ende der gesellschaftlichen Skala zu sein, hat das politische Bewußtsein geweckt. Nicht nur die städtischer Arbeiter, sondern auch die ländlichen Plantagenarbeiter und die an der Bodenreform beteiligten oder darauf wartenden Landarbeiter sind klassenbewußt und haben verstanden, daß die Welt sich verändern läßt. In Argentinien ist die Gewerkschaft nächst Militär und Kirche die drittgrößte Organisation im Land, in Mexiko ist die Gewerkschaft fast identisch mit der Regierungspartei.[18]) In Mexiko, Venezuela und Bolivien haben die Bemühungen um die Agrarreform dazu geführt, daß die Regierungsparteien (PRI, AD, MNR) auf dem Lande mit großer Mehrheit gewählt werden. In Peru hat die APRA unter Haya de la Torre eine ähnlich starke Stellung auf dem Lande, vor allem bei den Indios, deren Emanzipation die APRA gern in Angriff nehmen möchte.

Die vier genannten Parteien können als nationalrevolutionäre Parteien bezeichnet werden. Sie befürworten soziale Revolution im weitesten Sinne, ein-

schließlich Agrarreform, Industrialisierung, Sozialgesetzgebung und Förderung der Gewerkschaften. Zur Agrarreform gehört die Änderung der Besitzverhältnisse, der Aufbau landwirtschaftlicher Schulen, die Bereitstellung von Traktoren und Düngemitteln, die Erosionsbekämpfung und vieles andere. Diese Parteien sind nationalistisch, demokratisch und erstreben meistens die Trennung von Staat und Kirche. Innerhalb der demokratischen Linken stellen sie die stärkste Gruppe, so daß sie als Alternative zum Kommunismus zu verstehen sind und über den Erfolg der Demokratie in Lateinamerika entscheiden werden. Sozialistische Parteien sind nur in Chile und Ekuador stark, und personalistische und sonstige Parteien sind zur Zeit für die Arbeiterklasse ohne besondere Anziehungskraft.

Dieser allzu knappe Abriß ließ keinen Raum, die Lage der Indios darzustellen oder auf die Rolle der Kirche, der Intellektuellen, der Studenten oder der Kommunisten einzugehen. Die Zielsetzungen der „Allianz für den Fortschritt" sind ebensowenig dargestellt worden wie die Bemühungen des Friedenskorps oder der Zusammenhang von Bildungsstand und wirtschaftlicher Entwicklung. Die besonders glückliche Struktur des Mittelstands im Süden Brasiliens und im Süden Chiles wurde nicht berücksichtigt, und auch nicht die erheblichen Unterschiede zwischen Küstenregionen und Binnenland. Dennoch dürfte deutlich geworden sein, daß dieser Kontinent trotz aller Widerstände in Bewegung geraten ist und seinen Platz in der modernen Welt längst angemeldet hat.

Anmerkungen

[1]) Frank Tannenbaum, Ten Keys to Latin America, New York 1963, S. 89 f.

[2]) Eudocio Ravines, La Gran Promesa, Madrid 1963, S. 179.

[3]) Einzelheiten über Armee und soziale Revolution bringt: Edwin Lieuwen, Arms and Politics in Latin America, New York 1961, S. 59—100. Kritik an den Oligarchien übt: Roberto Brie S. J., Die politische Rolle des Militärs in Lateinamerika; in: Offene Welt, Nr. 80, Köln und Opladen, Juni 1963, S. 168—179.

[4]) George Pendle, Argentina, Second Edition, London 1961, S. 103—140.

[5]) Lieuwen, a.a.O., S. 170.

[6]) Roberto Agramonte, Sociología Latinoamericana, Universidad de Puerto Rico, Rio Piedras 1963, S. 391.

[7]) Vgl. W. W. Rostow, The Stages of Economic Growth, Cambridge 1963, S. 19, 46—50.

[8]) Deutsche Überseeische Bank, Wirtschaftsbericht über die lateinamerikanischen Länder sowie Spanien und Portugal; Berlin und Hamburg, April 1964; Beilage: Die Einkommensverteilung in Lateinamerika.

[9]) Oscar Lewis, Mexico since Cárdenas; in: Social Change in Latin America, ed Lyman Bryson, New York 1961, S. 343.

[10]) Lewis, a.a.O., S. 322—326.

[11]) John D. Martz, Colombia: A Contemporary Political Survey, Chapel Hill 1962, S. 75 f.

[12]) Gonzalo Restrepo Jaramillo, El Pensamiento Conservador, Medellín 1936.

[13]) Theo R. Cravenna, ed., Materiales para el estudio de la clase media en la América latina; 6 Bände, Washington 1950/51.

[14]) Ravines, a.a.O., S. 82 f.

[15]) Lucio Medieta y Núñez, La clase media en Mécico; Revista Mexicana de Sociología, nos. 2—3, 1955, S. 529.

[16]) John P. Gillin, Some Signposts for Policy; in: Social Change in Latin America, ed Lyman Bryson, New York 1961, S. 53.

[17]) Vgl. Gillin, a.a.O., S. 28—47.

[18]) Robert J. Alexander, Today's Latin America, New York 1962: über Arbeitsprobleme S. 85—105; über die politischen Parteien S. 145—171.

Alfred Holm

Staatsfeindliches Zelluloid? (I)

Filmzensur in der Bundesrepublik

„Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt." Diesen Artikel 5 unseres Grundgesetzes konfrontierte Otto Wilfert vor ein paar Monaten in einer verdienstvollen Fernsehsendung mit der Praxis bundesdeutscher Filmpolitik. Auf diese Weise erfuhr wohl erstmals eine breitere Publikumsschicht, daß nicht nur Briefe, Telefongespräche aktuelle Fernsehberichte, unbequeme Zeitschriftenartikel als Medien staatsfeindlicher Umtriebe die besondere Aufmerksamkeit gewisser Kontroll- und Zensurinstanzen auf sich gezogen haben. Nein, auch in der Filmwelt tummeln sich genügend subversive Elemente, vor denen das Volk schließlich geschützt werden muß. Also hat sich die staatsloyale Filmwirtschaft ein wirksames Instrument zur Überwachung des vorstellungsreifen Zelluloids geschaffen. Wie dieses Instrument funktioniert, offenbarte in besagtem Fernsehbeitrag mit harten Worten und an Hand massiver Vorwürfe das Kritikerteam Heinz Ungureit, Karsten Peters und Hans-Dieter Roos. Am konkreten Beispiel des Films „Die Eingeschlossenen von Altona" oder besser gesagt: an den Verstümmelungen, die dieser Streifen erfahren hat, entzündete sich der Unmut der bösen Kritiker. Darüber wird noch zu sprechen sein. Zunächst aber muß festgestellt werden, daß nicht nur die vom Fernsehen angegriffene Kontrollinstanz, sondern ein ganzes Kontrollnetz existiert. Die erwähnten Kritiker und noch einige wachsame Kollegen wie Reinhold E. Thiel und Enno Patalas bemühen sich schon lange, jenes Zensursystem einer breiteren Öffentlichkeit verdächtig zu machen. Aber erst seit einige wenige Blätter (abgesehen von Patalas eigener Zeitschrift „Filmkritik") diese Absichten unterstützen, kann mit einem allmählichen Bekanntwerden der Mißstände gerechnet werden. Wie immer: Jahre zu spät.

Die verschiedenen Kontrollinstanzen haben unterschiedliche Methoden. Sie können beispielsweise die öffentliche Meinung beeinflussen oder aber diese schonen, indem sie ihr gewisse Filme gar nicht zumuten. Mit anderen Worten: solche Filme werden zur Vorführung gar nicht freigegeben.

In Bonn gibt es bekanntlich einen

Interministeriellen Ausschuß,

der sämtliche Filme aus osteuropäischen Staaten kontrolliert, freigibt, der Verstümmelung überantwortet oder verbietet.

Der Interministerielle Ausschuß betreibt offenkundig eine verfassungswidrige Zensur. Auf ihr Konto kommen Filme wie „Du und mancher Kamerad", „Ein Tagebuch für Anne Frank" (beide DEFA), „Der stille Don" (II. und III. Teil), „Die Mutter", „Alexander Newski" von Eisenstein (Sowjetunion), „Das höhere Prinzip" von J. Krejcik (Tschechoslowakei) und andere Streifen, die die Bundesrepublik auf heimtückische Weise mit kommunistischem Gedankengut infiltrieren könnten. Auch der Anfang 1962 von der Münchener „Abendzeitung" aufgegriffene Fall des polnischen Films „Mutter Johanna von den Engeln" konnte jetzt erst unter dem Druck der Öffentlichkeit geklärt werden.

Hätte die „Abendzeitung" ihrer demokratischen Wachsamkeit nicht so lautstark Ausdruck gegeben, vielleicht wäre dieser Streifen (der heute schon als Klassiker der Filmgeschichte nominiert wird) zwischen den bundesdeutschen Mühlsteinen klerikaler und staatlicher Cliquen zerrieben worden. Schon am 24./25. 3. 62 hatte

die „Abendzeitung" auf die Machenschaften des Regierungsdirektors Dr. Herbert Leitreiter vom Bundeswirtschaftsministerium (Vorsitzer des Interministeriellen Ausschusses, eines aus Vertretern der Bonner Ministerien zusammengesetzten Gremiums) hingewiesen, der damals erklärte:

„Wir sind nur Gutachter für das

Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft".

Nanu? fragt der im Gesetzeslabyrinth hoffnungslos desorientierte Steuerzahler. Nanu? fragte ich mich ebenso erstaunt und versuchte, der Sache auf den Grund zu gehen. Dank eines Hinweises in der von Enno Patalas redigierten Zeitschrift „Filmkritik" (Nr. 3/61) beschaffte ich mir den Wortlaut eines bemerkenswerten Gesetzes. Es nennt sich

„Gesetz zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote vom 24. Mai 1961" (Bundesgesetzblatt I 1961 S. 607).

Es wurde am 31. Mai 1961 verkündet und ist am 1. September 1961 in Kraft getreten. Die Unterzeichner: Lübke, Erhard, Schröder. Zuständig ist das erwähnte Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Frankfurt/Main.

Hier einige Zitate aus dem Gesetzestext:

§ 1

„Die Behörden, die das Verbringen von Gegenständen in den räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes zu überwachen haben, stellen sicher, daß nicht Gegenstände unter Verstoß gegen ein Strafgesetz, das ihre Einfuhr oder Verbreitung aus Gründen des Staatsschutzes verbietet, in diesen Bereich verbracht werden."

Zu § 1:

„Seit Jahren wird gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik gerichtetes Propagandamaterial auf dem Post- und Bahnwege sowie durch Kuriere und Agenten über die Auslandsgrenzen in die Bundesrepublik eingeschleust. Darunter befindet sich seit einiger Zeit auch aus der sowjetischen Besatzungszone stammendes, über ausländische Staaten geleitetes kommunistisches Propagandamaterial ... Das verbotswidrig eingeführte oder verbreitete Propagandamaterial unterliegt der gerichtlichen Einziehung bzw. Unbrauchbarmachung ... Ergänzend hierzu soll das Gesetz vom 24. Mai 1961 der ständigen Einschleusung von verfassungsfeindlichen Propagandamitteln entgegenwirken ...

Die Vorschrift betrifft nur solche Einfuhr- und Verbreitungsverbote, die in einem aus Gründen des Staatsschutzes erlassenen Strafgesetz enthalten sind. Damit ist klargestellt, daß sich die Kontrolle auf staatsgefährdendes, hochverräterisches und staatsverleumderisches Propagandamaterial ... bezieht."

Hier fällt zunächst — neben dem gräßlichen Behördenjargon — die aus einer Hexenjagdhysterie genährte Missionsideologie auf. Die unerhörte Anmaßung, erwachsene Bürger eines demokratischen Staates vor dem Ideengut einer anderen gesellschaftlichen oder politischen Ordnung zu „schützen", widerlegt auf völlig eindeutige Weise den vorgeblich demokratischen Status unseres Staatswesens. Natürlich kann kein humanistisch oder auch nur demokratisch orientierter Mensch wünschen, daß Filme vorgeführt werden, die „nach ihrem Inhalt dazu geeignet sind, als Propagandamaterial gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder gegen die Gedanken der Völkerverständigung zu wirken." Aber die Einseitigkeit des Verbots stört. Unbehindert zur Schau gestellt werden zahllose Streifen, die ein irrsinniges militärisches „Heldentum" preisen, die unterschwellig postfaschistische Tendenzen verbreiten, die offen faschistische Biologie-Prinzipien verkünden (penetrantes Beispiel: „Die Angst hat tausend

Namen", USA, eine zynische Rechtfertigung des Mordes an physiologisch Schwachen; in der Ausführung weitaus sadistischer als Liebeneiners Euthanasie-Apologie „Ich klage an"), ferner Filme, die die Wirklichkeit unserer Existenz auf widerliche Weise verfälschen, die verklären und lügen und für die Unterwerfung unter göttliche oder weltliche Autorität plädieren. Nicht zuletzt können wir eine Reihe von Filmen aus hausgemachter oder westlicherseits importierter Produktion aufzählen, die betont „gegen die Gedanken der Völkerverständigung" wirken.

Doch zurück zu unserem Gesetz. Wundert man sich nach den oben zitierten Textstellen, daß eine wirtschaftliche Behörde mit staatspolitischen Exekutiv-Vollmachten ausgestattet ist, so wird einem angst und bange, wenn man folgendes liest:

§ 2

„Die Hauptzollämter und ihre Beamten nehmen eine Nachprüfung vor, wenn sich tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht ergeben, daß Gegenstände unter Verstoß gegen eines der in § 1 bezeichneten Strafgesetze in den räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht werden ... Wird der Verdacht durch die Nachprüfung nicht ausgeräumt, so sind die Gegenstände der Staatsanwaltschaft vorzulegen."

Der mit logischem Denkvermögen ausgestattete Zeitgenosse fragt sich daraufhin: Sind die Nasen der Zollbeamten mit einem Radargerät ausgestattet, das die erwähnten „Anhaltspunkte für den Verdacht" signalisiert? Oder besitzen sie Röntgenaugen? Nein, es ist alles viel einfacher. Verdacht zu schöpfen, bleibt ihrem staatsbürgerlichen Instinkt vorbehalten. Denn so heißt es weiter unter § 2:

„Die Beamten der Hauptzollämter sind berechtigt, zum Zwecke der Nachprüfung Beförderungsmittel, Gepäckstücke, sonstige Behältnisse und Sendungen aller Art zu öffnen und zu durchsuchen. Sie sind zur Beschlagnahme befugt, wenn sich die Gegenstände im Gewahrsam einer Person befinden, die zur freiwilligen Herausgabe nicht bereit ist ..."

Trotz allem Drehen und Wenden läßt sich das nur so erklären, daß die Zollbeamten hier staatspolizeiliche Vollmachten haben. Auch die Verletzung des Postgeheimnisses ist hier schon gesetzlich legalisiert, wenn es heißt, daß der Verdacht „durch die Häufigkeit, Gleichartigkeit oder Ähnlichkeit von Umhüllung, Beschriftung, Herkunfts- oder Bestimmungsangaben oder durch die sonstige äußere Beschaffenheit begründet sein" muß.

Um den Kreis zu schließen: Gemäß § 5 dieses Gesetzes fallen auch Filme darunter, die im obigen Zitat (Verstoß „gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ...") charakterisiert sind. Ferner ist an Filme gedacht, die „nicht in offener Form die verfassungsmäßige Ordnung bekämpfen."

Kommentar der Münchener „Abendzeitung" vom 24./25. 3. 62: „Selbst wenn dieses Gesetz juristisch in Ordnung sein sollte, — dann ist eben in diesem Staate etwas nicht in Ordnung." (Was die nachfolgenden Ereignisse von der „Spiegel"-Affäre bis zur „Panorama"-Verbannung ja auch überdeutlich bewiesen haben.)

Die Absicht des Gesetzes wird im übrigen noch deutlicher, wenn man die Durchführungsverordnung vom 12. Oktober 1961 betrachtet, in der es unter § 1 heißt:

„Filme, die in den räumlichen Geltungsbereich des Gesetzes zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote verbracht werden, unterliegen n i c h t der in § 5 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes bestimmten Vorlagepflicht, wenn ihr Ursprungsland in den Länderlisten A oder B der Anlagen zum Außenwirtschaftsgesetz vom 28. April 1961 ... verzeichnet ist ..."

In diesen Länderlisten findet man u. a. die Diktaturen Spanien, Portugal, Südafrikanische Republik. Filme aus dem westlichen Ausland sind ohnehin erhaben über jeden Verdacht. Die geographisch-politische Richtung, in die unser Gesetz zielt, erscheint demnach klar. Über die gesetzliche Grundlage schreibt Karsten Peters in der neuen Zeitschrift „Film" Nr. 4/1963:

> „Regierungsdirektor Dr. Herbert Leitreiter vom Bundeswirtschaftsministerium der Vorsitzende des Ausschusses, auf Anfrage lakonisch: ‚Besatzungsrecht'. Sein Vorgesetzter, Bundeswirtschaftsminister Erhard, erklärte dagegen im Februar 1957 vor dem Bundestag, die Einfuhr von Filmen aus den Ostblockstaaten bedürfe einer devisenrechtlichen Genehmigung. ‚Die Genehmigung zur Einfuhr muß stets dann versagt werden, wenn der in die Bundesrepublik zu verbringende Film verfassungsfeindliche Tendenzen verkörpert, deren Verfolgung nach § 93 StGB unter Strafe gestellt ist. Die mit dem Genehmigungsverfahren befaßten Beamten würden daher fortgesetzt einem Vergehen nach § 93 StGB Vorschub leisten und sich selbst der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen.' Kommentierte die Wochenzeitung ‚Die Zeit': ‚Die Konstruktion ist absurd: Die betreffenden Beamten haben lediglich devisenrechtliche Zuständigkeit und können rechtens über den Inhalt der Filme gar nichts wissen, sich also auch nicht mitschuldig machen.'
>
> Ist schon die Verfassungsmäßigkeit des § 93 StGB, der zwei Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes eingeführt wurde, fraglich — so ist die Berufung des Interministeriellen Ausschusses auf diesen Paragraphen in jedem Falle unzulässig. Denn der Artikel 5 des Grundgesetzes wird zwar durch allgemeine Gesetze eingeschränkt, aber nur die ordentlichen Gerichte können darüber entscheiden, ob ein Film verfassungswidrig ist oder nicht. Eine Zensur, zumal eine Vorzensur wie die des Interministeriellen Ausschusses, ist nach der Verfassung nicht statthaft."

(Schluß folgt)

Claus Wolf

Springers „Welt der Literatur"

Eine Zeitung zur „Neuausrichtung" der deutschen Leser

Am 19. März dieses Jahres wurden die Leser der Hamburger „Welt" zum erstenmal mit einer seitdem vierzehntägig erscheinenden Beilage beschenkt, einer gratis gelieferten Zeitschrift von jeweils dreißig bis achtzig Seiten Umfang, die seitdem jeden zweiten Donnerstag der Auflage von Springers Intelligenzblatt hinzugefügt wird. (Springer verdient, über eine reiche Anzeigenplantage, an der kostenlosen Beilage.) Käuflich erwerben muß der Interessent allerdings die „stabil und ansprechend gestaltete" Sammelmappe, doch auch das ist laut Verlagswerbung für den Leser und Bezieher ein Gewinn: „Die ‚Welt der Literatur' ist jetzt ganz neu. In einigen Jahren oder Jahrzehnten wird auch sie als literarisches Zeitdokument ihren Sammlerwert haben."

„Welt der Literatur" — ein gleichermaßen eingängiger wie anspruchsvoller Titel von angenehmer Neutralität. Er empfiehlt die große Übersicht über die von Jahr zu Jahr anschwellende Flut der Neuerscheinungen. Kein Literaturteil einer Tageszeitung kann solche Orientierung auch nur noch halbwegs vollständig vermitteln. Der Rezensionsteil von Wochenzeitungen und Zeitschriften ist ebenfalls beschränkt. Manches Buch bleibt auf der Strecke, das verdient hätte, diskutiert

zu werden. Im Ausland ist die Situation ungleich günstiger. „Times Literary Supplement" oder „Figaro Litteraire" wurden von den Anzeigenwerbern der „Welt" als Vorbilder der „Welt der Literatur" genannt. Buchverleger und der Sortimentsbuchhandel reagierten auf diese Ankündigung begreiflich entzückt. Das Feuilleton einer großen Tageszeitung sprengt den zu engen Raum, der für ein kulturelles Mosaik blieb. Die Literatur bekommt ein erheblich erweitertes Forum. Das muß auch bei der Konkurrenz zünden, dachte man nicht zu Unrecht. Und es war nur billig, daß der finanziell potenteste bundesrepublikanische Zeitungsverleger den Anfang machte. In der Tat, in diesem Herbst folgen die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" und „Christ und Welt" — die Tageszeitung vierzehntägig dienstags, die Wochenzeitung einmal monatlich mit Sonderliteraturbeilagen. Das Projekt eines katholischen Verlages ist im Gespräch. Andere werden sich anschließen müssen, wobei vor allem auf eine Ausweitung des gepflegten Literaturteils der „Süddeutschen Zeitung" begründete Hoffnungen gesetzt werden können.

Gegen die „Gruppe 47"

Genau besehen ist Springers Aktion jedoch eine Reaktion. Denn mit Auf- und Ausbau eines großen Literaturteils hatte die gleichfalls in Hamburg erscheinende Wochenzeitung „Die Zeit" schon vor Jahren begonnen. Dieser Literaturteil diente mit Vorrang dem Ziel, die jüngere deutsche Erzählergeneration vorzustellen, ihre Werke zu diskutieren und nach Möglichkeit durchzusetzen. Daß dabei die Mitglieder der „Gruppe 47" eine Vorzugsbehandlung erfuhren, hat manche Kritik herausgefordert. Auch ein gewisser Clubsnobismus in den Literaturspalten der „Zeit" nahm bisweilen ärgerliche Formen der Gespreiztheit an. Aber das konnte nicht verdunkeln, wieviel Vermittlungsdienst zwischen einem zunächst mißtrauischen Publikum und den neuen Talenten unserer deutschsprachigen Erzählkunst geleistet wurde. Daß heute nicht nur in deutschen Landen, sondern auch in New York und Paris, in London und Genf, in Rom und Neu-Delhi von Böll und Grass, von Andersch und Enzensberger gesprochen wird — und nicht zuletzt in Moskau, Warschau, Prag und Budapest —, ist zu einem nicht geringen Teil der „Zeit" zu verdanken. Sie hat dabei die ausländische Literatur nicht vernachlässigt. Aber sie hat, gegen den Trend der Überfremdung erfolgreich ankämpfend, die Relation zwischen Übersetzungen und neuer deutschsprachiger Literatur auf ein Normalmaß zurechtrücken helfen.

Was die meisten dieser Autoren sich zum Thema wählten, hat allerdings in regierungsfrommen Kreisen der Bundesrepublik entschiedene Mißbilligung gefunden. Dieses Unbehagen richtete sich weniger gegen die Form, denn meist wurde plausibel und real erzählt, sondern gegen den Inhalt. Unter der Leitung von Friedrich Sieburg wurde die „Frankfurter Allgemeine" in ihrem Literaturblatt zur Sammelstelle des Grolls gegen die „Vatermörder" und „Nationalmasochisten" dieser Generation der heute dreißig- bis fünfzigjährigen Autoren, die nicht ablassen wollten von der Aufarbeitung der Zusammenhänge zwischen Nationalsozialismus, Krieg und Weiterwirken nationalsozialistischen Denkens in der Bundesrepublik. Der Versuch, all diese Autoren als kommunistische Agitatoren abzustempeln, wurde nur zaghaft versucht und rasch aufgegeben, weil es sich um eine ganze Generation handelt — und weil man schlecht Böll seinen Katholizismus, Enzensberger seinen strikten Individualismus, Grass seine Verbundenheit mit Willy Brandt bestreiten konnte. So nannte man sie denn „Linksintellektuelle", um sie nicht geradezu, wie weiland, Intellektuelle schimpfen zu müssen. Unergründlich blieb dann immer noch, was eigentlich „links" an so sehr dem Großbürgertum verbundenen Autoren wie etwa Walter Jens, Ingeborg Bach-

mann und Dieter Wellershoff sein sollte. Und auch die Redaktion der „Zeit" konnte nicht gerade als ein „linkes" Organ gelten. Aber dafür fanden Sieburg und seine Mitstreiter die Theorie, der „Geist der Clique", die sich da gebildet habe, in der „Gruppe 47" durch deren Oberhaupt Hans Werner Richter ideologisch aufgerichtet, sei eben „links genug". Beweis blieb, daß sich diese Schriftsteller blind und taub stellten gegenüber den Erfordernissen eines hart geführten antikommunistischen Kreuzzuges für das christliche Abendland und stattdessen die „Gespenster der Vergangenheit" witterten, nicht los kamen von ihrem „antifaschistischen Komplex".

Es bereitete manches Kopfzerbrechen, wie diesem Übel, einer Pflegestätte der „Linksintellektuellen" in der bürgerlichen Zeit, mit der Schaffung einer Gegenposition von ähnlichem Einfluß und Gewicht geantwortet werden konnte. Denn Sieburg war leider durch seine Kollaboration mit den Nationalsozialisten im besetzten Paris derart belastet, daß er eine nur zu ärgerliche Angriffsfläche bot und national wie international die peinlichsten Assoziationen weckte, als Robert Neumann ihn den „Globke der Literatur" nannte. Außerdem ging von dem senilen Literaturblatt der FAZ keine Vitalität aus. Es war zu sehr ein Schmollwinkel der Gestrigen geworden. Es gibt jedoch auch eine jüngere Generation von Kreuzzugsrittern und Befürwortern einer „anständigen" Literatur, die gut kleinbürgerlich mit dem Beschmutzen des deutschen Nestes aufhören soll und verteidigungsbereit sowie staatsbejahend sich vor diese Bundesrepublik zu stellen hat. Diesen Anti-47ern will die „Welt der Literatur" eine Heimstatt schaffen. Ihrer Orientierung und moralischen Aufrüstung möchte sie — gegen die „Zeit" — nützlich sein. Eine Literatur, die das Bestehende preist, die es mit dem Positiven in Bonn hält, die alle Vergangenheit bewältigt hat, eine Literatur, die uns die Freude über unser Wirtschaftswunder auch beim Bücherlesen beschert — wer anders war geeigneter, ihr eine Basis zu schaffen, als der Erfinder der Parole „Seid nett zueinander", der zeitgemäßen Version von „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht", Axel Cäsar Springer?

(Ein Kuriosum zeichnet sich am Horizont ab: Sieburg verließ den Redakteursposten im FAZ-Literaturblatt, starb bald darauf, und die Frankfurter Allgemeine scheint unter ihrem jungen neuen Literaturblatt-Chef Rolf Michaelis mit der „Gruppe 47" Friede geschlossen zu haben, zu der alten Tradition zurückzufinden — wenn auch wohl nur aus Konkurrenzgründen — dem rechten Blatt eine liberale Literaturkritik als Reiz zuzugestehen.)

Was die „Welt der Literatur" sein will

Gleich die erste Nummer der „Welt der Literatur" betonte die konservative Note mit feudalem Einschlag durch das „Bildnis des Prinzen Alexander von Sachsen" von Lucas Cranach auf der Titelseite. Der geschäftsführende Redakteur der „Welt", Hans Wallenberg, stellte in einem „Wort zum Anfang" die programmatischen Absichten klar: „Wenn wir hier die erste Nummer der Welt der Literatur, 56 Seiten stark, in der Gesamtauflage unserer Zeitung vorlegen, so wünschen wir uns nichts so sehr, als daß sich ihr entnehmen läßt, was die Welt der Literatur sein und was sie nicht sein will." Der politisch-gesellschaftliche Anspruch wird von Wallenberg zunächst in einer Negativform angemeldet: „Nicht will sie beschränkt sein auf das Literarische, soweit es sich in der Belletristik im engeren Sinne ausdrückt." Positiv drückt er das dann so aus: „Den nach Millionen zählenden Wißbegierigen deutscher Zunge, die Orientierung suchen, wollen wir ... die Einsicht in die nationalen und internationalen Entwicklungen in breitesten Rahmen ermöglichen und erleichtern."

Schlagzeile auf Seite 1 der ersten Nummer: Jürgen Rühle: „Wird Bertolt

Brecht immer komplizierter?" Mit diesem Beitrag beginnt die „Welt der Literatur" einen Feldzug gegen „die Brechtgemeide" und ihre „falschen Vorstellungen." Die Abwertung Brechts wird hier noch einmal versucht, bringt der Springermannschaft aber auch die erste fühlbare Niederlage. Sie bricht diese Diskussion resigniert in Nummer 13 ab. Mit dem Vorsatz, Brecht künftig nicht mehr „so wichtig zu nehmen".

Diese späte, wie sich herausstellen sollte, schon allzu unzeitgemäße Rollback-Aktion gegen die Bedeutung Brechts im zeitgenössischen Bewußtsein hat dem Springerteam die Grenzen des Möglichen an politischer Propaganda in der heutigen Literaturkritik exemplarisch verdeutlicht.

Feldzug gegen Brecht

Die einzelnen Phasen der Auseinandersetzung dürften symptomatischen Charakter haben. Rühle begann damit, daß er dem „Welt"-Leser psychologisch suggestiv einen „unkomplizierten" Brecht anbieten wollte. Dabei vergriff er sich im Ton und meinte im Stil der Agitation des Gesamtdeutschen Ministeriums vorgehen zu können, für das er zur Zeit des regierenden Staatssekretärs Thedieck die verschiedensten Aufträge erfüllt hatte, bevor er sich kurz vor dem Abtritt Adenauers zum Fernsehen absetzte. „Brechts kommunistisches Engagement", wetterte Rühle, „entsprang weniger sozialen Gewissensbissen und ideologischen Rösselsprüngen als nackter Opportunität". Brecht sei „in Ulbrichts Reich" gegangen, „nicht ohne sich zuvor durch einen westdeutschen Verlag, einen österreichischen Paß und ein Schweizer Bankkonto abzusichern". Mit derartigen Unterstellungen wollte Rühle Brechts „Bewunderern in unserem Land mitten ins Herz" treffen. Die „Welt der Literatur" hat leider keinen Leserbrief zum Rühleartikel veröffentlicht.

Die Redaktion sah aber ein, daß man Zweifel und Argwohn gegen Brecht etwas subtiler nähren mußte als mit Hinweisen auf ein Schweizer Bankkonto, da man es immerhin mit einem literarisch versierten Publikum zu tun hatte und nicht mit Herrn von Brentano. Es folgte ein rascher Stellungswechsel. In Nummer 2 klagte Manfred Esslin (London): „Das ist nicht der ganze Bertolt Brecht." Nun wurde der Suhrkamp-Verlag attackiert, er unterschlage in Brechts Werk alles, was von den Nachlaßverwaltern in Ostberlin aus politischen Gründen als nicht erwünscht betrachtet werde. In einem ganz anderen Tonfall als bei Rühle heißt es bei Esslin: „... daß es sich bei diesen Bänden um die Veröffentlichung der Werke eines der bedeutendsten Dichter unserer Zeit handelt, dessen Texte ohne Zweifel einen gewaltigen Einfluß auf das Denken künftiger Generationen haben werden". Um so mehr bedauert Esslin, daß es Brecht unter Umständen wie Nietzsche ergehen könnte, dessen Werke von seiner politisch fanatisierten Schwester bearbeitet und gefälscht wurden.

Dazu schmückt die Redaktion den Beitrag mit einer Karikatur des einstigen VB-Karikaturisten Hicks, der bekanntlich heute bei Springer beschäftigt ist. Die Karikatur ist unterschrieben: „Helene Weigel bei der Aufbereitung des Gesamtwerks" und zeigt, wie die Brechtwitwe, vor der Büste Ulbrichts sitzend, mit einem dicken Bleistift Manuskripte Brechts zensiert.

Der angegriffene Brechtverleger Siegfried Unseld, Suhrkamp-Verlag, bekam auf Esslins Attacken vom 2. April erst in der „Welt der Literatur" vom 25. Juni nach längerer Korrespondenz Gelegenheit, die Behauptungen richtigzustellen. Allerdings veränderte die Redaktion die Überschrift seines Beitrags „Der ganze Brecht" polemisch in die Schlagzeile „Gelassen über die Leichen der Philologen hinweg". (Unseld verwahrte sich dagegen in einem am 3. 9. veröffentlichten Leserbrief.) Unseld stellte sachlich fest: „Helene Weigel gründete das Brecht-

Archiv, eine Einrichtung, die vir nur ihrer Einsicht und Energie verdanken und deren Bedeutung wohl erst kommende Generationen voll werden würdigen können. Das Archiv mag seine Arbeit nur langsam und nach Erfahrung suchend begonnen und vielleicht auch etwas schleppend fortgeführt haben, immerhin wurde innerhalb von sieben Jahren jede nachgelassene Zeile Brechts — soweit die Dokumente sich in Berlin befanden oder nach Berlin gebracht werden konnten — erfaßt und auf Mikrofilm aufgenommen (die Filme befinden sich an verschiedenen Orten der Welt). Die Registrierarbeit ist noch nicht abgeschlossen, aber sie wird es bald sein; Karteien wurden eingerichtet, ein Findbuch wird angelegt, in dem Rechenschaft gegeben wird über alles Material im Archiv." Unseld schildert dann die „verfrühten" Bemühungen um eine Gesamtausgabe. „Wie sehr ich auch bereit war, an ihrer Realisierung mitzuwirken, so war ich doch der editionstechnischen Erfahrung der letzten hundert Jahre eingedenk: die Weimarer Sophienausgabe wurde 50 Jahre nach Goethes Tod begonnen, der erste Band erschien 1887; der erste Band der historisch-kritischen Ausgabe Lessings von K. Lachmann erschien 57 Jahre nach Lessings Tod 1838. Und beide Ausgaben, die zu ihrer Zeit vorbildlich erschienen, mußten doch später revidiert werden."

Unseld weist im einzelnen die Schwierigkeiten nach: „Eine historisch-kritische Ausgabe Brechts, eine Ausgabe also, die nach den Grundsätzen moderner Textkritik und Editionstechnik angelegt ist und die den Weg von der Editio princeps bis zu den letzten von Brecht nachweislich gewünschten Änderungen darlegte, also einen kritischen Apparat mit Lesarten, Varianten und Konjekturen besäße und die gleichzeitig die Texte datierte, kann sinnvoll erst dann begonnen werden, wenn das Werk selbst der Kritik und Forschung ausgebreitet ist, wenn Tagebücher und Briefe sowie Zeugnisse der Zeitgenossen Datierungen, Verifizierungen und gesicherte Interpretation erlauben." Daß dies schwierig ist, angesichts der vielen Veränderungen, welche der zeitweilige „Aufstieg des Arturo Ui" in Brechts Leben brachte, dürfte auch hartgesottenen Brechtverächtern sachlich einleuchten. Unseld sagt dazu, alle Spekulationen dementierend, die in wenig taktvoller, aber wohlbekannter Art die Witwe und langjährige Gefährtin Brechts mit der Hitlerverehrerin Förster-Nietzsche auf eine Stufe stellen wollen: „Unter diesem Anspruch mußten jetzt a l l e Beteiligten nicht leichten Herzens einsehen, daß eine historisch-kritische Ausgabe jetzt und in absehbarer Zeit wohl nicht möglich ist."

Es mag noch, der Vollständigkeit halber, hinzugefügt werden, was Unseld auf die Einzelvorwürfe einer „Weigel-Zensur" Esslin zu antworten hatte: „Esslin vermißt Gedichte, die chronologisch in die Bände 5 und 6 der Ausgabe gehören, in Bände also, die gegenwärtig erst gedruckt werden; andere Texte werden in Band 8 der Gedichte enthalten sein — Esslin vermißt Fragmente und Einakter; nun haben Herausgeber und Verlag immer wieder betont, daß die Gesamtausgabe fortgesetzt werde, und bei dieser Fortsetzung sind zwei oder gar drei Bände ‚Einakter, Fragmente und Stückfabeln' geplant." Schließlich monierte Esslin, daß das Stück „Lindberghflug" von Suhrkamp unterschlagen worden sei. Tatsache ist, daß der Text — er heißt übrigens „Der Flug der Lindberghs" — innerhalb der „Versuche 1—4" erschien. Allerdings hat der Suhrkampverlag eine Rücksicht genommen. Es ist die einzige Rücksicht, die bisher in der Brechtausgabe des Suhrkampverlages Platz griff. Esslin billigte sie nicht (in seiner Antwort, natürlich postwendend in der nächsten Nummer vom 9. Juni), aber sie sollte immerhin verständlich sein: „Brecht hat (in einem Brief an den Süddeutschen Rundfunk vom 3. 1. 1950) als Bedingung für die Zustimmung zur Sendung Änderungen gewünscht. Lindbergh habe, so schrieb Brecht, mit den Nazis enge Beziehungen unterhalten, er wolle seinen Namen gestrichen sehen (an Stelle der

„Lindberghs" muß es immer „Die Flieger" heißen) ... die zu ändernden Worte wurden blockiert, der zu ändernde Text wurde darüber gesetzt". Ein Skandal — meint Esslin, meint die Redaktion der „Welt der Literatur".

Bei diesem Stand der Auseinandersetzung schien es der „Welt der Literatur" angebracht, den Vorschlag zu machen: „Wäre es nicht möglich, nötig und nützlich, Bertolt Brecht für eine Weile aus der Diskussion zu nehmen?" In dem Leitartikel von Nr. 13 meint Gody Suter beschwichtigend: „Es ist im Augenblick völlig uninteressant, ob zum Beispiel dieses oder jenes Gedicht in dieser oder jener Ausgabe enthalten ist oder nicht". Aber gerade mit dem Nachweis, die Brechtausgabe werde von Ostberlin manipuliert und Brechts Nachlaß ideologisch verfälscht, wollte die „Welt der Literatur" doch über zwölf Nummern hinweg Literaturpolitik machen. Dann schlug es Dreizehn, keiner der angeblichen „Nachweise" war aufrechtzuerhalten, und nun erklärte man die ganze Diskussion, „weil sie modische Züge angenommen hat", für unergiebig und belanglos. Solche Wendungen kann man vielleicht dem Bildleser vorexerzieren. Für die Leser der „Welt der Literatur" — die zudem noch aufgerufen wurden, sich eine Sammelmappe für das einzigartige Zeitdokument zuzulegen — muß diese Unbefangenheit nach der Devise: „Was geht mich mein Geschwätz von gestern an" einigermaßen schockierend sein. Ist kein politisches Kapital mehr aus einer angeblich rein literarischen Debatte zu schlagen, weil alle Vorwürfe widerlegt sind, dann wird das nicht etwa eingestanden — im Dienste der Sachklärung — sondern dann wird einfach das Thema schlicht als unbrauchbar deklariert. Immerhin, Brecht ist seit diesen bitteren Erfahrungen tabu für die „Welt der Literatur".

Wilhelm Emrichs alt-neue Literaturmoral

Viel Ärger bekam die „Welt der Literatur" auch mit dem „Chefideologen" des Blattes, dem in Westberlin lehrenden Germanisten Prof. Wilhelm Emrich. Er schreibt eine Kolumne unter dem bescheidenen Titel: „Ich habe gelesen."

Diese Kolumne brachte Emrich den Vorwurf ein, faschistische Gedanken wieder salonfähig machen zu wollen. Von Peter Demetz bis zu Marcel Reich-Ranicki reichte die empörte Ablehnung der Ideen Emrichs. Die „Welt der Literatur" fing diese massive und eindeutige Kritik auf, indem sie den Schriftsteller und Kritiker Helmut Heissenbüttel engagierte, seine rein formale Wertung von Literatur abwechselnd an gleicher Stelle gegen Emrichs Ansichten zu stellen. Damit wurde verhindert, daß es zu einer Auseinandersetzung mit den politischen Hintergründen von Emrichs Thesen in der „Welt der Literatur" kam. Für Emrich wurde um Toleranz ersucht. Emrich contra Heissenbüttel, da stehe doch Meinung gegen Meinung und die Redaktion wolle eben zur Belebung der literarischen Auseinandersetzungen in Deutschland beitragen.

Ungemein flexibel versucht das Blatt, das zunächst einmal die Chancen einer Ideologisierung der deutschen Literatur und des Bücherlesers überschätzt hatte, die Kritik an ungewohnten alt-neuen Tönen zu dämpfen. Heissenbüttel, als Pendant, macht Emrich erträglich, und Emrich kann so weiter fortfahren, ohne auf substantiellen Widerspruch zu stoßen, seine „neue Literaturmoral" in der „Welt der Literatur" zu predigen.

Allerdings hätten Emrichs Thesen in den dreißiger Jahren bei den Nationalsozialisten kaum Anstoß erregt. Der Literaturprofessor bezeichnet die gesamte Gegenwartsliteratur als ein „Karussell" des „Nihilismus". Ein Aphorismus von Friedrich Nietzsche wiege mehr. So urteilte schon Alfred Rosenberg über die „dekadente Literatur" der zwanziger Jahre. Auch er bezog sich dabei auf Nietzsche.

Emrich wirft der Literatur der Gegenwart vor, und zwar pauschal und nur wenige Ausnahmen zulassend, sie sei „hypnotisiert" von der Vorstellung, „möglichst unmittlbarer Ausdruck seelischer, politischer, sozialer Erfahrungen unserer Zeit" sein zu müssen. Aber gerade damit verfehle sie ihren eigentlichen Sinn: „ein Gefüge absolut verbindlicher Rang- und Wertordnungen zu vermitteln".

Die „Avantgarde" der Literatur habe sich zuschulden kommen lassen, abzuweichen von den „scheinbar alten und schwierigen Pfaden, die in den vergangenen Jahrhunderten mit ihren streng fixierten hierarchischen Ordnungen nur von Auserwählten beschritten werden konnten". Emrich meint, es sei ein Greuel, wie in der Literatur unserer Zeit der Mensch in seinen sozialen Bedingtheiten gezeigt, wie gar revolutionäre Sozialkritik getrieben werde und wie stark auch das Sexuelle mit seiner Problematik in diese Literatur Einzug gehalten habe. Dagegen zitiert er, ihm aus der Seele gesprochen, den in Frankfurt lebenden Rumänen Dumitriu, der in einem Roman einen Gegner dieser engagierten Schriftsteller sagen läßt: „Bist du ein kleiner Intellektueller, der beim Kaffeetrinken immer nur wiederholt: Was wird aus uns, es gibt keine Werte mehr, wo kommen wir hin ... oder bist du ein Mann? Krisen sind dazu da, daß man sie überwindet; die Werte müssen zerstört werden, damit man sieht, was darunter liegt." Er meint mit den zu zerstörenden Werten der kaffeetrinkenden und wehklagenden Intellektuellen die präzise, humane, kritische Sozialbezogenheit unserer Literatur. Und die alten Charakterwerte, die es wieder aufzubauen gilt, findet er in der Literatur der Feudalzeit, der Zeit der „streng fixierten hierarchischen Ordnungen". An diesen Ordnungen soll die Literatur nicht rütteln und nicht zweifeln. Sie soll Idealgestalten erstellen, die einem feudalen Industriezeitalter die rechte Rangordnung geben, jeder an seinem Platz und alle in Gottesfurcht. Gott wird von Emrich vielfach angerufen als die oberste Autorität, also in dem vergleichsweise monarchischen Sinn als Weltlenker, den er auch im Bewußtsein der sich wandelnden Kirchen nicht mehr hat (außer in klerikal regierten Ländern wie Spanien).

Immer wieder kommt Emrich — darauf läuft alles bei ihm hinaus — auf die moralische Haltung zu sprechen. Es ist die von der Herrschaft verordnete Moral, die von den Untertanen befolgt wird und zu deren charakterbildender Verklärung die Literatur herhalten soll, wozu ihr erst einmal alle kritischen Vorbehalte gegenüber der Staatsmacht genommen werden müssen. Natürlich bezieht sich dieses ganze Leitbilddenken auf das Bild eines absolut autoritären Staates, und als seinen Staatsphilosophen stellt Emrich Nietzsche vor. Nietzsche als Kritiker des modernen Geistes „mit seiner Unruhe, seinem Haß gegen Maß und Schranke, entzügelt durch die Fieber der Revolution".

Gegen dieses revolutionäre Fieber nach humaner Wirklichkeit stellt Emrich den ethischen Gehalt, den er der Literatur neu einpflanzen möchte unter der Devise, zu der er sich bekennt: „Das Alte kann das Zukünftige sein." Dieser ethische Gehalt muß die gesamte Literatur bei ihrer Neuausrichtung durchdringen. „Notwendigerweise muß dieser alle einzelnen Momente übergreifende Gehalt der Form nicht nur ästhetische Qualität besitzen, sondern zugleich auch als übergreifendes ethisches Bewußtsein alle einzelnen im Werk erscheinenden ethischen Wertvorstellungen neu ordnen und richten."

Nun, wir haben solches Richten der Literatur in den dreißiger Jahren erlebt. Auch damals berief man sich auf das Gute, Schöne, Charakterstarke, das man in die Literatur wieder einführen wolle. In diesem Sinne wurde alles ausgekehrt, was den Interessen der Macht und der positiven Untertanenmentalität an humaner Detailkritik wider den Strich ging. (Und gleichzeitig wurde gegen die Feinde der Machthaber hemmungslose Haßliteratur produziert.)

„Ungeist, Widergeist, Obszönität"

Sollte man es für möglich halten, fragten sich manche bestürzte Leser der „Welt der Literatur", daß Überschriften wie „Ungeist, Widergeist, Obszönität" dreißig Jahre nachdem die Scheiterhaufen der Bücherverbrennung von so beschrifteten Transparenten umgeben waren, in einer deutschen Literaturzeitschrift, die Weltrang beansprucht, wieder zum Ketzergericht auffordern? Und das garniert mit antidemokratischen Ressentiments: „Man kann und muß mitten in unserer demokratisch alles gleichschaltenden Gesellschaft die differenzierten menschlichen Rangordnungen bewußt machen." Herrschaftsordnungen sind damit gemeint. Der Affekt gegen das Gleichheitsprinzip der Demokratie ist unüberhörbar auftrumpfend zu vernehmen, wie vordem nur in der „Soldatenzeitung". Wer aber diese „differenzierten Rangordnungen" deutlich macht, der kann sonst ruhig total falsch und abstrus argumentieren. Er hat den rechten Geist, und das genügt. In solch ekstatischem Zorn schreibt Emrich: „Warum steht ein einziger Aphorismus von Friedrich Nietzsche —der keineswegs ein Faschist war — an künstlerischer, sprachlicher Qualität turmhoch über allem, was sämtliche Philosophen und Dichter nach ihm geschrieben haben, obgleich — vom empirisch-historischen Bewußtsein aus gesehen — der Inhalt dieses Aphorismus total falsch und abstrus sein kann?"

Die zunächst provozierend offen gelassene Frage wird in einem späteren Beitrag von Emrich beantwortet: „Weil die Wahrheit seiner Aussage eins ist mit seinem Stil. Und weil das Bewußtsein von Wahrheit nach ihm erlosch." Emrich ist der Messias, es neu zu verkünden. Mit allen Folgerungen für das Wahrhaftigwerden unserre Literatur.

Sein konzessionierter Gegenspieler Heissenbüttel ist mit Emrich darin einig, daß „der Verschmelzungsvorgang, der das 20. Jahrhundert kennzeichnet", überwunden werden muß, der Verschmelzungsvorgang von Literatur und Engagement nämlich. Er preist darum die Schriftsteller, die, wie Franz Mon, mit Sprachlauten und grafisch gestalteten Buchstabengruppierungen operieren und experimentieren und damit Abstraktion erzielen. So interessant diese Experimente auch sind, sie stammen aus dem Bereich des durchaus notwendigen Sprachlabors und werfen für die gesamte Literatur aufschlußreiche Meßwerte ab. Es ist aber wohl vermessen, dieses Sprachlabor für „die Literatur" unserer Zeit zu halten. Allerdings würde auf die eine Weise (Emrichs Restauration der Feudalliteratur) wie auf die andere (Heißenbüttels Identifizierung des Sprachlabors mit der Literaturentwicklung schlechthin) die Literatur ihrer human-kritischen Position verlustig gehen. Da man sich mit Bedacht Heißenbüttel — und nicht etwa Enzensberger — als „Gegner" Emrichs aussuchte, wird also keiner der autoritären Thesen Emrichs ernstlich widersprochen. Stattdessen wird abstrakt an Emrich vorbeiphilosophiert.

Maßstäbe der Buchkritik

Nimmt die Verbreitung von Theorien zur Neuausrichtung der Literatur schon den Blickfang ein bei der „Welt der Literatur" — im Gegensatz zu den erklärten Vorbildern „Times Literary Supplement" und „Figaro Litteraire", die sich vor allem der Rezension von Neuerscheinungen widmen — so weist auch der Buchbesprechungsteil eine ziemlich klare, nur von wenigen Außenseitern nicht voll eingehaltene, Linie auf. Die deutsche Gegenwartsliteratur wird nicht nur von Emrich prinzipiell verdammt, sondern auch in den wesentlichen gesellschaftlich engagierten Werken strikt abgelehnt. Ein Musterbeispiel dieser Art von Kritik ist die Besprechung von Bölls „Entfernung von der Truppe" durch Günter Zehm.

Zehm sagt da ganz offen, daß er nichts mehr lesen will von den Skrupeln der Menschen, die heute noch nicht mit ihren Erlebnissen aus der NS-Zeit innerlich fertig geworden sind. „Dieses Schema", schreibt Zehm, „mochte für die Darstellung des Krieges einigermaßen brauchbar sein — schon für die unmittelbare Nachkriegszeit wurde es fragwürdig. Und heute, da sich nicht nur Böll, sondern auch die Zeit mittlerweile beträchtlich von der Truppe entfernt hat, stimmt es gar nicht mehr. Hier liegt Bölls Dilemma, ein Dilemma übrigens, das er stellvertretend für eine ganze Schriftstellergeneration austrägt. Man glaubt den Manichäern nicht mehr."

Das heißt: Der Schriftsteller hat sich zu arrangieren mit der Truppe und mit der Machtlage und die Vergangenheit bewältigt sein zu lassen. Bei Böll ragt sie aber in die Gegenwart hinein — falsches Schema, meint Zehm. Das böse Wort von den Manichäern läßt eine Fülle von Deutungen offen, nicht zuletzt die, daß eben auch am nationalsozialistischen Deutschland manches gar nicht so übel war, wie Böll es überall da sieht, wo der Nationalsozialismus in das Leben der Menschen eingriff.

Wenn dagegen in Deutschland die Übersetzung des Romans eines prominenten Vichyfranzosen und Antisemiten (Lucien Rebatet) erscheint, dann lohnt sich für die „Welt der Literatur" schon eher eine tiefschürfende Analyse der faschistischen Epoche und ihrer Auswirkungen in die Gegenwart. „Rebatet und der französische Faschismus" lautet die Schlagzeile auf Seite 1 der „Welt der Literatur" vom 20. August 1964. Georges Schlocker bemüht sich in einer ganzseitigen Würdigung von Rebatets „Weder Gott noch Teufel" einfühlsam, den deutschen Lesern klarzumachen, wie kompliziert und interessant das Seelenleben französischer Faschisten und Antisemiten war: „Wir müssen, um ihm (Rebatet) gerecht zu werden, die Franzosen heraufbeschwören, die gleich ihm im Nationalismus das Heil Europas erblickten. Die einer Erneuerung aus den Kräften des Blutes, einem starken Führer zur Ausschaltung der demokratischen Meinungsdivergenzen zuriefen. Denken wir an Alphonse de Chateaubriant, diesen bretonischen Blutsbruder Wiecherts und Kolbenheyers, der aus Sehnsucht nach den ‚gesunden' bäuerlichen Zuständen von einst Hitlers Politik zustimmte, gewisse Grausamkeiten dem historischen Zwang zuschrieb oder auch den wenig verfeinerten germanischen Sitten, von denen bereits Tacitus berichtete." Restlos in Verzückung gerät Schlocker aber, denkt er an Drieu de la Rochelle. Diesen Faschisten stellt er so den Lesern der „Welt der Literatur" im Jahre 1964 vor: „Luzid war er, besessen von geistiger Ehrlichkeit und von tragischem Lebensgefühl." Und Rebatet selbst, immerhin der Verfasser einiger der ekelhaftesten antisemitischen Pogromhetzschriften? Er wird deutschem Gemüt nahegebracht als „glühender Wagnerianer". Ihm hatte es Wagners „aufpeitschende Mythologie" angetan, „welche die Vergangenheit in die Zukunft verlegt". Schluß also mit den pazifistischen Nörglern und Nachkriegsmanichäern wie Böll. Her mit den glühenden Wagnerianern vom Schlage der Rebatet und Drieu de la Rochelle. Auf daß die Vergangenheit in die Zukunft verlegt werde!

Man wird der „Welt der Literatur" eine Funktion zubilligen müssen, die sie nach Kräften exakt wahrnimmt. Hier sammeln sich all die Geister, die entschlossen sind, unserer jungen Literatur anzukreiden, daß sie in ihren führenden Erzählern, Lyrikern und Essayisten aus der mittleren und jungen Generation weltweit in den Geruch gekommen ist, demokratisch, antifaschistisch, kritisch sozialengagiert und weit „entfernt von der Truppe" zu sein.

Bücher

Krankes Amerika

James Baldwin, Hundert Jahre Freiheit ohne Gleichberechtigung, Rowohlt-Taschenbuch 1964, 120 S., DM 2,20.

Hans Habe, Der Tod in Texas — Eine amerikanische Tragödie, Desch, 1964, 340 S., DM 9,80.

Die Vereinigten Staaten stehen dem ernstesten Problem ihrer Gesellschaft gegenüber: dem Negerproblem. Es trifft sie in ihren empfindlichsten Fasern, berührt nicht nur Politik und Wirtschaft, der Grund amerikanischen Denkens und Fühlens wird erschüttert. Jahrhundertealte, von geheiligten Traditionen gefestigte Prinzipien werden durch das Verlangen der Neger nach wirklicher Gleichheit bedroht. Interessen und Emotionen verbinden sich zu einer Front des Hasses. Das Problem zieht noch immer — oder mehr denn je — seine Blutspur durch das Land. Und vielleicht ist Präsident Kennedy selber sein Opfer geworden, da die Prediger weißer Rassenüberlegenheit ihn mit unübertrefflichem Haß verfolgten. Von der Wichtigkeit dieser Frage wissen wir in Europa sehr wenig. Wir fangen jetzt erst an, sie zu entdecken. Kennen wir mehr darüber als „Onkel Toms Hütte"? Die Erzählung erregte zwar unsere Kindheit, doch nahmen wir das später nicht mehr ernst. Lag die Sklaverei nicht lange zurück, war sie nicht wie ein ekliger Albdruck zerstoben? Heute muß man sich wohl eingestehen, daß der Albdruck anhielt. Unsere Unkenntnis wurde nicht zuletzt dadurch bewirkt, daß die Opfer der Rassenfrage schwiegen oder ihre Stimmen zumindest zu schwach waren, um uns zu erreichen. Erst jetzt werden sie laut und vernehmlich, enthüllen uns Unbekanntes, — das Pharisäer noch heute nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Meinte Sartre, daß die kapitalistische Gesellschaft nur aus der Sicht des Proletariers zu verstehen sei, so darf man sagen, daß das amerikanische Negerproblem nicht anders als aus der Sicht der Neger zu erfassen ist. Nur sie, als Unterdrückte, vermögen ganz zu enthüllen, wes Geistes die Unterdrückung ist, deren Opfer fie geworden sind.

Nach Richard Wright ist James Baldwin Neger-Schriftsteller, der das größte Echo auslöste. Sein Band, mit dem deutlichen Untertitel „Eine Warnung an die Weißen", ist ein Essay, der eine Lebenserfahrung enthält, — eine Erfahrung, in der sich zwanzig Millionen wiedererkennen können. Auf eine Formel reduziert, besagt sie: die schwarze Haut als Fluch. Als Fluch, bis sie als Ausdruck der Würde erkannt wird, die eine machtvolle Freiheitsbewegung beflügelt. Die Abschaffung der Sklaverei im letzten Jahrhundert beseitigte nicht die Ungleichheit zwischen Schwarzen und Weißen. Der Fluch blieb bestehen, nur die Form der Unterdrückung änderte sich. „Mein Kerker bebte" und „Am Fuße des Kreuzes", diese Sätze stehen am Beginn der Abhandlung, sie geben ihren Ton und Inhalt an. Kerker und Kreuz, Schmerz und Erlösung: das sind die Themen James Baldwins, wie er sie aus seinem Leben und dem Leben der Neger gewonnen hat. Die schwarze Haut als Fluch:

„Ich fand wirklich keinen triftigen Grund, der mich hätte hindern können, ein Verbrecher zu werden, und das war nicht die Schuld meiner armen, gottesfürchtigen Eltern, sondern die der Gesellschaft ... Die Brutalität, mit der die Neger in diesem Land behandelt werden, kann gar nicht drastisch genug dargestellt werden, wie ungern die Weißen das auch hören mögen. Zuerst — und auch das kann nicht drastisch genug dargestellt werden — kann ein Neger einfach nicht g l a u b e n, daß die Weißen ihn so behandeln, wie sie es tatsächlich tun; er weiß nicht, womit er diese Behandlung verdient hat. Und wenn ihm dann klar wird, daß die Art, wie man ihn behandelt, nichts mit dem zu tun hat, was er getan hat, daß der Versuch der Weißen, ihn zu vernichten — denn darauf läuft es hinaus —, völlig unbegründet ist, dann fällt es ihm nicht schwer, sich die Weißen als Teufel vorzustellen."

Haben wir das gewußt, und vieviele werden es jetzt noch nicht wissen wollen? Baldwins Essay ist ernst und ernstzunehmen, weil er sich vor demagogischen Haßgesängen (die im Lager der Unterdrückten gewiß verständlich werden) hütet, dicht an den Tatsachen bleibt und sich um eine würdige Lösung bemüht, das heißt um eine solche, die der Menschheit keine neue Schmach zufügt. Ihm liege die Würde der Neger am Herzen, sagt er, „das Heil ihrer Seele", und

er würde sich „jedem möglichen Versuch der Neger widersetzen, daß sie anderen antun, was ihnen selbst angetan worden ist". Die Größe solcher Moral vermag nur dann ermessen zu werden, wenn man sich das Ausmaß der erlittenen Schmach vergegenwärtigt. Baldwin erhellt das Problem, doch kann auch er eine Lösung nicht aufzeigen. Nachdem man wissender geworden ist, wird sie eher noch schwieriger. Denn sind die Neger jetzt entschlossen, ihre Lage zu verändern, so glaubt Baldwin nicht, daß die Weißen bereit seien, dies zuzulassen. Die Konzessionen der Herrenmenschen dienen noch immer dem Zweck, „an der Spitze zu bleiben". Die Weißen stünden vor der Aufgabe, sich von den Mythen ihrer Überlegenheit, deren eigenes Opfer sie wurden, zu befreien, wobei ihnen niemand mehr Hilfe leisten könne als die Neger, die nie an diese Mythen glaubten. Die Weißen seien „leicht verrückte Opfer der eigenen Gehirnwäsche". Alles hängt von deren Umkehr ab, da die Neger zum äußersten entschlossen sind. Das ist schwer, denn nichts in der amerikanischen Ideologie bleibt dabei verschont: auch „die historische Rolle des Christentums bleibt nicht unangefochten", da es sich mit der Rassenunterdrükkung nicht wenig befleckte. Baldwin ist in einem verzweifelten Widerspruch verfangen: Während er die Weißen mahnt, gesteht er, *„daß der Neger nicht mehr an die Redlichkeit der weißen Amerikaner glaubt"*. Wie die Lösung aussehen wird, das weiß er nicht, doch meint er, „eine historische Rache, eine kosmische Rache" drohe, wenn man sie weiter verzögere. Der kleine Band greift tief in das Denken des Lesers, um so mehr, als er nie aufhört, in aller Stille zu argumentieren.

Hans Habes Buch ist anderer Art. Der Erfolgsautor hat auch diesmal ein Erfolgsbuch geschrieben, einen Reisebericht, mit allen Vorzügen und Mängeln der Gattung. Man wird gewiß nicht auf den Leim des Verlags gehen, darin eine „tiefschürfende Analyse" und im Verfasser „seit 25 Jahren einen der besten Kenner Amerikas" zu sehen. Das sind Propagandastöße, die nur zu Enttäuschungen führen können. Niemand kann alles geben, und ein Reiseberichter ist kein Wright Mills. Greift man zu dem Buch, wird man in ihm eine „tiefschürfende Analyse" gewiß nicht suchen. Zielt man jedoch nicht so hoch und visiert eine lebhafte Reportage an, die einem kunterbunt New York und Dallas, Nachtlokale und Staatsempfänge, Politiker und Taxifahrer, kluge und auch weniger kluge Bemerkungen beschert: dann wird man auf seine Kosten kommen. Hans Habe ist ein guter Reporter: intelligent und oberflächlich, welterfahren-arrogant und naiv-sentimental. Die bunte Reiseschüssel ist ein Gemisch von Gutem und Ungenießbarem.

Habe war um die Zeit des Kennedy-Mordes in den USA, irgendwie wurde seine Reise eine Suche nach den Symptomen der Krankheit, die den Tod des Präsidenten hervorrief. Die Symptome werden aufgezählt: die Negerfrage, der Wahn der „Prestige-Gesellschaft", die Spannung zwischen den Geschlechtern, die Armut des untersten Fünftels der Gesellschaft, die politische Primitivität, die alle Probleme in „Gut" und „Böse" einteilt. Treffend gelingen Habe schnelle Porträts in der Art desjenigen von Goldwater, der *„seine Popularität — bei der Jugend insbesondere — in erster Linie der Wild-West-Vorstellung von Mut verdankt, dem Mut etwa, obwohl es mehr Arme als Reiche gibt, dennoch für Steuerermäßigungen der Reichen und höhere Besteuerung der Armen einzutreten ... Er wurde langsam farblos, der Senator aus Arizona, er wurde eins mit der Salonwand, die ebenfalls farblos war. Rätsel einer Persönlichkeit? Nein, ihr Geheimnis"*.

Bei Kennedy ist das schon weniger gut, weil sich der Verfasser, statt aufzuklären, in pathetischen Ausrufen verliert, wenn er den Präsidenten mit Marquis Posa vergleicht und ausruft: „Obwohl er Bewunderung verdiente, verdiente er Liebe noch viel mehr". Er habe sich um einen „neuen Stil" bemüht: das ist richtig und oberflächlich zugleich; die individuelle Beschreibung bleibt ungenügend, wenn das gesellschaftliche Problem außer Acht gelassen wird. Der Sache angemessen ist die Feststellung, *„daß der weiße Amerikaner dem Neger eventuell die Gleichberechtigung geben, jedoch Gleichwertigkeit niemals zuerkennen, daß, gleichzeitig, dem Neger die Gleichberechtigung ohne Gleichwertigkeit nie genügen wird"*.

Völlig schief ist es, den amerikanischen Nationalismus als „unaggressiv" zu bezeichnen (Habe scheint weder vom Vietnam-Krieg noch von den ausländischen Stützpunkten etwas gehört zu haben) oder den Armen nachzusagen, sie seien arm, „weil sie nicht arbeiten wollen"! Gut wiederum ist die Beschreibung des Prestige-Unsinns, der die Menschen gefangenhält

und sie zwingt, wider aller Vernunft über ihre Verhältnisse zu leben. Besonders gut ist die Analyse des Kennedy-Mordes, die Enthüllung der amtlichen Widersprüche, der beängstigenden Umstände und Wirkungen: *„Der Mord an John F. Kennedy hat alle bedrohlichen Symptome der amerikanischen Gesellschaft aufgerührt — Salesman-society und Mom-Komplex, die verlogene Virilität des Mannes mit den „zwei Fäusten" und den red-blooded Pioniers, die geheime Diktatur des publicity- und public-relations-man, die Verschiedenheit. Uneinigkeit und die kontrastierenden Charaktereigenschaften der einzelnen Staaten, die Maßlosigkeit und die Massenhysterie"*. Allerdings bleibt auch in diesem Falle der Autor bei einer eher gefühlsmäßigen Beurteilung stehen, ohne die gesellschaftliche Struktur genügend zu berücksichtigen. Immerhin gelingt es ihm, als flinkem Reisenden, das Bild eines kranken Amerikas zu entwerfen, das nichts mit dem Ideal des „american way of life" gemein hat, welches uns jahrelang als geistige Kost diente.

Heinz Abosch

Neuerscheinungen

Kulturkritik und Soziologie

A. C. Crombie, Von Augustinus bis Galilei. Die Emanzipation der Naturwissenschaft. Aus dem Englischen von Hildegard Hoffmann und Hildegard Pleus. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 637 S. mit zahlr. Abb., Ln. 36,— DM.

Bruno Bettelheim, Aufstand gegen die Masse. Die Chance des Individuums in der modernen Gesellschaft. Aus dem Amerikanischen von Hermann Schroeder und Paul Horstrup. Szczesny Verlag, München, 336 S., Ln. 24,— DM.

Friedrich Wilhelm Kantzenbach, Urchristentum und alte Kirche. Das Christentum von seinen Anfängen bis zum Zerfall des Römischen Reiches. Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh, 192 S., kart. 7,80 DM; bei Fortsetzungsbezug der Reihe 6,80 DM (Evangelische Enzyklopädie, Bd. 3).

Renate Riemeck, Moskau und der Vatikan. I. Teil: Der kirchliche West-Ost-Gegensatz und das alte Rußland. Stimme Verlag, Frankfurt, 128 S., Paperback 8,80 DM (Reihe „Antworten", Bd. 7).

Ernst Fischer, Zeitgeist und Literatur. Gebundenheit und Freiheit der Kunst. Europa Verlag, Wien/Zürich/Köln, 128 S., Paperback 8,80 DM (Reihe „Europäische Perspektiven").

Claude David, Von Richard Wagner zu Bertolt Brecht. Eine Geschichte der neueren deutschen Literatur. Deutsche Ausgabe der Histoire de la Littérature Allemagne, V: L'Epoque Bismarckienne et l'Allemagne Contemporaine (Paris 1959). Aus dem Französischen von Hermann Stiehl. Fischer Bücherei, Frankfurt, 327 S. mit Bibliographie und Namensregister, kart. 3,80 DM (Fischer Bücherei/Bücherei des Wissens/Großbd. 600).

Biographien

Beatrix Kempf, Bertha v. Suttner. Lebensbild einer großen Frau. Österreichischer Bundesverlag, Wien/München, 206 S., 1 Bildtafel, 1 Karte, Ln. DM 13,80.

Emil Ludwig, Wilhelm der Zweite. Mit einem Nachwort von Imanuel Geis. Rütten & Loening Verlag, München, 340 S. mit 15 Abb. auf Kunstdruck, Ln. 22,— DM.

William S. White, Lynden E. Johnson — Persönlichkeit, Politiker, Präsident. Vorwort von Herbert v. Borch. Aus dem Amerikanischen von Ulla H. de Herrera. Piper Verlag, München, 256 S., Ln. 18,80 DM.

Booth Mooney, Lynden B. Johnson — Eine autorisierte Biographie mit einem Vorwort des Präsidenten. Colloquium Verlag, Berlin, 160 S. mit 19 Fotos, Paperback 12,80 DM, Ln. 16,80 DM.

Gerard Eyre Noel, Harold Wilson — Sein Aufstieg mit der Labour Party. Droste Verlag, Düsseldorf, 240 S., Paperback 9,80 DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

Christian Paulmann, Die Sozialdemokratie in Bremen 1864—1964. Verlag J. H. Schmalfeldt & Co., Bremen, 166 S. mit zahlr. Faks. und Abb., kart. 12,— DM.

Ferdinand Lassalle, Aus seinen Reden und Schriften. Mit einer Einleitung von Ernst Winkler. Europa Verlag, Wien/Zürich/Köln, 144 S., Paperback 9,80 DM (Reihe „Geist und Gesellschaft").

Max Gunzenhäuser, Die Bibliographien zur Geschichte des Ersten Weltkrieges. Literaturbericht und Bibliographie. Bernard & Graefe Verlag, Frankfurt, 63 S., kart. 9,20 DM. — Der langjährige Bibliothekar

der früheren Weltkriegsbücherei (heute Bibliothek für Zeitgeschichte) will mit seiner Übersicht die Erschließung der Quellen zur Geschichte des Ersten Weltkrieges fördern. Das erste Kapitel versucht, die vielfältige Literatur zu systematisieren, und endet mit Vorschlägen zur Ausarbeitung einer umfassenden, aber kritisch gesichteten Auswahlbibliographie. Der Autor unterrichtet über die Sammlungen und Veröffentlichungen der einschlägigen Spezialbibliotheken und Archive in Deutschland, England, Frankreich, Italien und den USA. Kapitel 2 verzeichnet die bisher erschienenen Bibliographien zur Geschichte des Krieges.

Julikrise und Kriegsausbruch 1914. Eine Dokumentensammlung. Bearbeitet und eingeleitet von Imanuel Geis. Band II. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover, 864 S., Ln. 62,— DM. — Eine Besprechung des 1. Bandes erschien in „Blätter", Heft 8/1964, S. 658 f.

Fritz Fischer, Der Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914—1918. Dritte, verb. Auflage. Droste Verlag, Düsseldorf, 902 S., Ln. 34,80 DM. — Der Hamburger Historiker hat vor allem die ersten drei Kapitel seines vielbeachteten Buches für die neue Auflage überarbeitet.

Politik im Kriege 1914—1918. Studien zur Politik der deutschen herrschenden Klassen im Ersten Weltkrieg. Herausgegeben im Auftrag einer Arbeitsgruppe der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin von Fritz Klein. Akademie Verlag, Berlin (Ost), 253 S. mit 2 Karten, kart. 14,50 DM. — Die vielseitige Aufsatzsammlung enthält u. a. folgende Beiträge: Fritz Klein, Die Rivalität zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn in der Türkei am Vorabend des Ersten Weltkrieges; Karl Heinz Schädlich, Der „Unabhängige Ausschuß für einen Deutschen Frieden" als ein Zentrum der Annexionspropaganda des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg; Baldur Kaulisch, Die Auseinandersetzungen über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg; Friedrich Katz, Die deutsche Verschwörung in Mexiko 1914—1916; Hellmuth Weber, Zum Problem der Wahlrechtsreform in Preußen während der Jahre 1917—1918.

Francis Ludwig Carsten, Reichswehr und Politik 1918—1933. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 484 S., Ln. 38,— DM.

Robert M. W. Kempner, SS im Kreuzverhör. Rütten & Loening Verlag, München, 304 S., Paperback 12,80 DM. — Mit bisher unveröffentlichten Protokollen, Gerichtsakten und juristischen Stellungnahmen.

Walter Bussmann, Die innere Entwicklung des deutschen Widerstandes gegen Hitler. Morus Verlag, Berlin, 32 S., kart. 2,20 DM (Beiträge zu Zeitfragen).

Aktuelle Themen

Der Griff nach der Zukunft. Planen und Freiheit. Neunzehn Beieträge internationaler Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten. Herausgegeben von Robert Jungk und Hans Josef Mundt. Verlag Kurt Desch, München, 524 S., Ln. 24,— DM (Modelle für eine neue Welt). — In der neuen Reihe des Verlages sind jährlich mindestens drei Bände vorgesehen. Als weitere Arbeiten liegen schon vor: Wege ins neue Jahrtausend, Wettkampf der Planungen in Ost und West (563 S., Ln. 24,— DM); Deutschland ohne Konzeption? Am Beginn einer neuen Epoche (524 S., Ln. 24,— DM).

William Fulbright, Gleichgewicht zwischen Ost und West. Nachwort von Joachim Schwelien. Christian Wegner Verlag, Hamburg, 160 S., Paperback 8,80 DM. — Der einflußreiche demokratische Senator aus Arkansas, seit 1959 Vorsitzender des außenpolitischen Senatskomitees, entwickelt Thesen über ein „Gleichgewicht zwischen den Machtblöcken" und geht dabei von den Beziehungen der Sowjetunion zum Westen aus.

Stefan Kisielewski, An dieser Stelle Europas. Ein Pole über Ost und West und andere Fragen von heute. Deutsche Erstausgabe, aus dem Polnischen übersetzt und herausgegeben von Wanda Bronska-Pampuch. Piper Verlag, München, 336 S., Paperback 12,80 DM.

Martin Luther King, Warum wir nicht warten können. Econ Verlag, Düsseldorf/Wien, 230 S., Ln. 14,80 DM. — Der Führer der Farbigen in den USA erläutert die Rolle verschiedener Gruppen und ihrer Hintermänner, die sich der Gleichberechtigung der Neger immer noch widersetzen und auch vor blutigen Terrorakten nicht zurückschrecken.

Fernseh-Spalte

KEIN PLATZ FÜR KRITISCHE VERNUNFT

Von den vorgeschobenen Positionen der Soziologie aus wird erstmals auch in Deutschland ein aus der Umklammerung des Rechtfertigungsdenkens befreiter rationaler Kritizismus propagiert. Der Einfluß der wesentlich fortschrittlicheren Aufklärungsprinzipien westlicher Provenienz beginnt sich langsam auf die jüngeren deutschen Soziologen auszuwirken. Das heißt, die Kritik erhebt den Autonomie-Anspruch. Es geht einfach darum, wie es der hervorragende Schweizer Soziologe Richard F. Behrendt formulierte, „den heutigen Menschen zur rationalen Analyse und — durch sie — zur rationalen Kontrolle seiner Umwelt zu befähigen und ihn zu stärken gegenüber den mythologisierenden Richtungen der Geschichtsschreibung und Geschichtsphilosophie . . ." Auch Gerhard Szczesny sprach sich unlängst für einen ideologiefreien Humanismus aus, der sich auf das Selbstverständnis des Menschseins gründet und jeden Anspruch der etablierten Mächte auf die Unterwerfung des Individuums unter pseudo-ethische Wertbegriffe ablehnt.

Ich habe bewußt diese avantgardistischen Standorte eines neuen Humanismus umrissen, um daran zu belegen, wie hoffnungslos rückständig, ja sogar reaktionär die im Fernsehen angewandten Methoden der Analyse und Information sind. Die Vielfalt der behandelten Themen sozialer, wirtschaftlicher, politischer Art überrascht zunächst. Aber die Themen sind präpariert, verschandelt, sterilisiert. Die kritische Vernunft wird auf der ganzen Linie abgetrieben. (Magazinsendungen wie „Panorama" und „Report" sind, ihres andersartigen Charakters wegen, in diese Betrachtung nicht eingeschlossen, wenngleich sich auch hier weitgehende Resignation ausgebreitet hat.) Sendungen wie „Zentren der Macht" — „Tun wir genug für die Zukunft?" — Wohnungswirtschaft in Ost- und Westdeutschland — „Schlafen Deutschlands Forscher?" — „Beobachtungen in der neuen deutschen Gesellschaft" — „Parlament nach 15 Jahren" — „Die zweite Revolution" (Automation) — „Zur Sache" — Die Arbeit der Wohlfahrtsverbände (um nur ein paar Titel zu nennen) — sind durchweg von einem üblen Opportunismus diktiert und haben oft nicht einmal sachlichen Informationswert. An die Stelle der Meinungsbildung tritt die Meinungsmanipulation. Der ahnungslose Zuschauer, der glaubt, mit Problemen konfrontiert zu werden, wird in Wirklichkeit eingelullt, gedopt, auf geistige Diät gesetzt. Kündigt sich irgendwo eine eigenständige Meinung an (etwa bei Golo Mann in einer Diskussion mit Freiherr zu Guttenberg), sorgt der mit Bedacht ausgewählte Partner für die Erhaltung der Unmündigkeit des Publikums. Guttenberg war ein aalglatter Ideologe des Kalten Krieges. In einer Sendung über die Koalition (Sendereihe „Zentren der Macht") verabreichte der Autor Unmengen sacharinsüßer Medizin für den vertrauensseligen Untertanen. Die hier vorgestellte Koalition repräsentierte eine solche Musterregierung, daß sich jeder sündhaft vorkommen mußte, den jemals auch nur ein Fünkchen von Zweifel angefochten hat.

Die Zeit, in der sich das Fernsehen um eine kritische Meinungsbildung bemühte, scheint tatsächlich vorüber zu sein. Warum hat die soziologische Methode noch nicht Eingang in die Studios gefunden (im Gegensatz zum Rundfunk)? Darum: die soziologische Methode vermittelt die notwendigen Einsichten in die ursächlichen Zusammenhänge von Individuum, Gesellschaft, Politik. Ich habe noch keine Fernsehsendung von einem namhaften Soziologen gesehen. Dagegen treten Stümper und Subalterne in Massen auf. Ich habe auch seit Monaten keine Sendung gesehen, die sich mit wirklich brennenden Problemen beschäftigt. Das Fernsehen leugnet unsere Wirklichkeit, wenn es Themen wie diese unterschlägt: das Recht auf Atheismus, die neutheologische Restauration der Philosophie, die Antiquiertheit unseres Strafrechts, die Notwendigkeit der Geburtenregelung, die Ignoranz gegenüber politischen Minoritäten (5%-Klausel), die Diktatur des Volkswartbundes, und tausend andere Themen mehr. Mit d i e s e m Fernsehen bleiben die Deutschen noch lange gute Untertanen.

E. H. Wahl

Rudolf Rolfs

Was ich noch sagen wollte . . .

Nicht-fernseh-stubenreine Satire wird auch heute noch, sogar in unserer westdeutschen demokratischen Republik, als ungehörig empfunden. Wo es nicht allein um oberflächen-plätschernden Kabarettismus geht, dort gibt es in unserer Mentalität eine große Toleranzlücke. Deshalb ist die Satire, welche sich engagiert, in unserem Lande nicht nur stets Stiefkind, sondern meist embryonal gewesen.

So ist es folgerichtig, daß mich nun wieder einmal jemand angezeigt hat, weil er glaubt, seinen Berufsstand beleidigt zu sehen. Daß es sich hier nicht um den ehrenvollen Berufsstand der Bäcker, Straßenfeger oder Handelsvertreter handelt, sondern um den in zahllosen Großflächeninseraten künstlich mit Suggestivparolen gehätschelten und ungerechtfertigterweise ideell subventionierten Offiziersstand, macht die Veranlassung zu strafrechtlicher Verfolgung für Leute mit gutem Erinnerungsvermögen besonders unheimlich.

Meine Absicht: mit satirischem Brecheisen den Offiziersstand vom Kunststoffsockel bramarbasierender Beweihräucherung auf demokratisches Plateau zu transportieren. In vereinfachender Formulierung versuche ich dem Publikum klarsichtbehinderndes Lametta aus den Augen zu reiben und festzustellen, daß es schließlich und endlich oft getarntes Berufsziel des Offiziers ist, ein meisterhafter „Totmacher" zu werden, so gern man dies auch mit ominösen Begriffen wie „Vaterland", „Ehre" oder „Ethik" zu verbrämen bemüht ist.

Meine Bemühungen vor allabendlichem 100-Personen-Publikum, gegen alltägliche steuergeldfinanzierte, an Millionen-Leser-Publikum exekutierte Aufwertung des Offiziersstandes zu wirken, soll nun den Richter bemühen.

„In der Satire wird der Widerspruch der Wirklichkeit mit dem Ideal zum Gegenstand gemacht, die Wirklichkeit als Mangel dem Ideal als höchster Realität gegenübergestellt." Diese, so von Schiller analysierte und weiten Kreisen bis heute als anrüchig oktroyierte Satire soll nicht die gleiche Luft der Legalität atmen dürfen wie offizielle Beeinflussungsschlagworte. (Darüber kann auch nicht die Existenz einiger arrivierter Hofnarren hinwegtäuschen.)

Darauf zielt auch die Strafanzeige des Darmstädter Leutnants Herbert Gädke unter Assistenz seines ihm vorgesetzten Majors, der es als beleidigend empfindet, wenn ich auf der Bühne meines satirischen Theaters der gleichermaßen aufwendigen wie bedenklichen Publik relations des Verteidigungsministeriums mit Ironie ein Beinchen stelle.

Man trägt möglicherweise seinen Heinrich Heine, da klassisch, mit Hochachtung im Tornister der Allgemeinbildung und ist bereit, Tucholsky, weil verstorben, in private joviale Toleranzen mit einzubeziehen, doch wehe! dreifach wehe! ein Zeitgenosse erkühnt sich!

Zum Zeitpunkt, da es in Leipzig zum Beispiel zu dämmern beginnt, daß Pfeffer einer träge mahlenden Mühle dienlich sein kann, müht man sich jetzt hier mancherorts, die Würze zu dämmen.

Mir will es nicht eingehen, daß man sich in einer Demokratie mit der Suppe zufriedengeben soll, die einem eingebrockt wird. Die Binsenwahrheit von den vielen Köchen, die den Brei verderben, lasse ich nicht für unser politisches Bewußtsein gelten. Solange man mir mit dem Gericht droht, weil ich nicht bereit bin, ein Gericht heuchelnd mit Wohlbehagen zu verzehren, da ich befürchte, es könnte die Henkersmahlzeit sein, ist die Satire lebensnotwendiger denn je.

Ich danke all denen, die bisher gegen meine Worte Strafantrag stellten; sie nahmen mir den Rest meiner Zweifel an dem Sinn der Satire in der Bundesrepublik.

Nun sehe ich immer klarer: Man trete in unserem Lande einem Hund auf den Schwanz, und es bellen hundert Katzen.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Der Wortlaut des neuen Berliner Passierschein-Abkommens

Nach der erfolgreichen Durchführung der Passierscheinübereinkunft vom 17. Dezember 1963 sind Senatsrat Horst Korber und Staatssekretär Erich Wendt vom 10. Januar 1964 bis 23. September 1964 zu 28 Besprechungen über die weitere Ausgabe von Passierscheinen für Einwohner von Berlin (West) zum Besuch ihrer Verwandten in Berlin (Ost)/ in der Hauptstadt der DDR zusammengekommen.

Ungeachtet der unterschiedlichen politischen und rechtlichen Standpunkte ließen sich beide Seiten davon leiten, daß es möglich sein sollte, dieses humanitäre Anliegen zu verwirklichen.

In den Besprechungen wurde zur Weiterführung der Passierscheinübereinkunft vom 17. Dezember 1963 die als Anlage beigefügte Übereinkunft erzielt.

Beide Seiten stellten fest, daß eine Einigung über die Orts-, Behörden- und Amtsbezeichnungen nicht erzielt werden konnte.

Das Protokoll hat eine Gültigkeitsdauer von 12 Monaten. Spätestens drei Monate vor Ablauf dieses Zeitraumes nehmen beide Seiten Besprechungen über die Verlängerung der Gültigkeit des Protokolls auf.

Das Protokoll mit seiner Anlage wird von beiden Seiten gleichlautend veröffentlicht.

Berlin, den 24. September 1964

Auf Weisung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik

gez. Erich Wendt
Staatssekretär

Auf Weisung des Chefs der Senatskanzlei, die im Auftrag des Regierenden Bürgermeisters von Berlin gegeben wurde
gez. Horst Korber
Senatsrat

Protokollanlage

I.

1. a) Einwohner von Berlin (West) können mit Passierscheinen ihre Verwandten in Berlin (Ost)/in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik
— in der Zeit vom 30. Oktober 1964 bis 12. November 1964,
— in der Zeit vom 19. Dezember 1964 bis 3. Januar 1965,
— zu Ostern und zu Pfingsten 1965 jeweils während eines Zeitraumes von 14 Tagen besuchen.

Die Daten für die Besuchszeiträume zu Ostern und zu Pfingsten 1965 werden im Januar 1965 zwischen Senatsrat Korber und Staatssekretär Wendt vereinbart.

b) In jedem Besuchszeitraum kann der Besuch an einem der dafür vorgesehenen Tage erfolgen. In dem Besuchszeitraum vom 19. Dezember 1964 bis 3. Januar 1965 kann ein zweiter Besuch an den Werktagen einschließlich des 24. und 31. Dezember 1964 erfolgen.

c) Antragsberechtigt sind Eltern, Kinder, Geschwister, Großeltern, Enkel, Tanten und Onkel, Nichten und Neffen sowie die Ehepartner dieses Personenkreises und getrennt lebende Ehegatten.

2. a) Während der Gültigkeitsdauer dieser Übereinkunft können ab 1. Oktober 1964 Einwohner von Berlin (West) in dringenden Familienangelegenheiten mit Passierscheinen ihre nächsten Verwandten in Berlin (Ost) / in der Hauptstadt der DDR besuchen.
Als dringende Familienangelegenheiten gelten:
Geburten,
Eheschließungen,

lebensgefährliche Erkrankungen und
Todesfälle.

Antragsberechtigt sind:
Eltern, Kinder, Geschwister, Großeltern, Enkel sowie die Ehepartner dieses Personenkreises.

b) Für getrennt lebende Ehepaare, deren einer Teil in Berlin (West) und deren anderer Teil in Berlin (Ost) / in der Hauptstadt der DDR wohnt, besteht nach entsprechender Prüfung die Möglichkeit der Familienzusammenführung.

Einwohner von Berlin (West), deren Ehepartner in Berlin (Ost) / in der Hauptstadt der DDR wohnen, können diese ab 1. Oktober 1964 mit Passierscheinen zur gemeinsamen Beantragung der Familienzusammenführung besuchen.

c) Besuche gemäß Absatz a))und b) sind unabhängig von den Verwandtenbesuchen in den vier Besuchszeiträumen möglich.

3. Die Einreise mit Kraftfahrzeugen ist genehmigungspflichtig. Sie kann zur Vermeidung von Spitzenbelastungen versagt werden.

4. Staatssekretär Wendt erklärt, Voraussetzung für die Genehmigung auf Passierscheine ist, daß der Antragsteller nicht gegen die Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik verstoßen hat.

II.

1. a) Die Passierscheinstellen für Verwandtenbesuche gemäß Abschnitt I Nr. 1 befinden sich im Bezirk Charlottenburg:
Schulgebäude in Berlin 15, Joachimstaler Straße 31—32,

Bezirk Kreuzberg:

1. Sporthalle in Berlin 61, Lobeckstraße 62,
2. Nachbarschaftsheim in Berlin 61, Urbanstraße 21,

Bezirk Neukölln:

1. Saalbau Neukölln in Berlin 44, Karl-Marx-Straße 141,
2. Jugendheim Lessinghöhe in Berlin 44, Morusstraße 39—45,

Bezirk Reinickendorf:

1. Gymnastikhalle in Berlin 52, Scharnweberstraße 81,
2. Gymnastikhalle in Berlin 51, Thurgauer Straße 66,

Bezirk Schöneberg:

Jugendfreizeitheim in Berlin 62, Belziger Straße 2—4,

Bezirk Spandau:

Otto-Bartning-Schule in Berlin 20, Zitadelle

Bezirk Steglitz:

Carl-Diem-Sporthalle in Berlin 41, Lessingstraße 6—8,

Bezirk Tempelhof:

Sporthalle am Friedrich-Ebert-Sportplatz in Berlin 42, Bosestraße 21,

Bezirk Tiergarten:

Jugendfreizeitheim in Berlin 21, Wilsnacker Straße 7—8,

Bezirk Wedding:

1. Gymnastikhalle des Schulgebäudes in Berlin 65, Müllerstraße 158,
2. Turnhalle und Aula der Fridtjof-Nansen-Schule in Berlin 65, Gotenburger Straße 7,

Bezirk Wilmersdorf:

Turnhalle der Fichte-Schule in Berlin 31, Emser Straße 50,

Bezirk Zehlendorf:

Turnhalle des Schulgebäudes in Berlin 37, Potsdamer Straße 7,

b) Die Passierscheinstellen sind geöffnet:

— für Verwandtenbesuche im Oktober/November 1964 und zu Weihnachten/Neujahr 1964/65 an allen Werktagen in der Zeit vom 1. Oktober bis 29. Oktober 1964,

— für Verwandtenbesuche zu Ostern und Pfingsten 1965 für einen Zeitraum von 4 Wochen, der zwischen Senatsrat Korber und Staatssekretär Wendt im Januar 1965 vereinbart wird.

Die täglichen Öffnungszeiten der Passierscheinstellen sind:
Montag bis Freitag von 10.00 bis 13.00 Uhr
und von 14.00 bis 18.00 Uhr
Sonnabend von 9.00 bis 14.00 Uhr.

2. Die Passierscheinstelle für Verwandtenbesuche gemäß Abschnitt I Nr. 2 befindet sich im
Bezirk Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 196.
Die Passierscheinstelle ist ab 1. Oktober 1964 während der Gültigkeitsdauer dieser Übereinkunft an allen Werktagen
von 10.00 bis 13.00 Uhr
und von 14.00 bis 18.00 Uhr
geöffnet.

3. Für die angemessene Einrichtung und sonstige sachliche Ausstattung (Heizung, Strom, Reinigung etc.) der Passierscheinstellen sorgen die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die der Senat von Berlin hierfür bestimmt.

4. Auf die Passierscheinstellen wird durch Schilder mit folgender Beschriftung hingewiesen:

„Passierscheinstelle".

Die Beschriftung und Anbringung der Schilder sowie zusätzlicher Wegweiser übernehmen die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die der Senat hierfür bestimmt.

III.

1. In den unter Abschnitt II Nr. 1 und 2 genannten Passierscheinstellen werden Antragsformulare für Passierscheine und Vordrucke für Zahlungsmittel und Warenerklärungen — letztere zur Vorlage beim Übergang — ausgegeben, Anträge auf Passierscheine entgegengenommen und Passierscheine ausgehändigt.

2. Die Anträge sind in der Passierscheinstelle abzugeben, die die Antragsformulare ausgegeben hat. Für Ehepaare kann der Antrag auf einem Antragsformular gestellt werden, wenn der Besuch am gleichen Tag und zur gleichen Zeit erfolgen soll. Kinder unter 16 Jahren können ihre Verwandten nur in Begleitung ihrer Eltern oder eines anderen Erziehungsberechtigten besuchen. Für sie ist kein eigenes Antragsformular auszufüllen. Ihre Personalien werden vielmehr in den Antrag des sie begleitenden Erwachsenen aufgenommen. Sie müssen entweder in dessen Personalausweis eingetragen sein oder eine Kinderlichtbildbescheinigung oder einen eigenen Personalausweis besitzen, die bei der Beantragung und Abholung der Passierscheine vorzulegen sind.

3. Die Ausgabe der Passierscheine für Verwandtenbesuche gemäß Abschnitt I Nr. 1 erfolgt 14 Tage nach Antragstellung. Anträge auf Passierscheine gemäß Abschnitt I Nr. 2 werden kurzfristig bearbeitet.

4. Die Antragung und die Abholung der Passierscheine kann für Eheleute von einem Ehegatten, für Eltern von einem Kind über 16 Jahre, für Kinder über 16 Jahren von einem Elternteil unter Vorlage des Personalausweises des Nichterschienenen erfolgen. Passierscheine für Körperbehinderte oder nicht gehfähige Personen können durch bevollmächtigte Dritte, die den Personalausweis des Vollmachtgebers sowie den amtlichen Ausweis über die Körperbehinderung bzw. ein ärztliches Attest vorlegen, beantragt und abgeholt werden.

5. a) Jeder Passierschein gilt für den auf ihm bezeichneten Kalendertag in der Zeit von 7.00 bis 24.00 Uhr.

b) Die für den 31. Dezember ausgestellten Passierscheine gelten bis zum 1. Januar, 5.00 Uhr.

c) Für den in Abschnitt I Nr. 2 genannten Personenkreis kann auf Antrag die zugelassene Besuchszeit verlängert werden.

IV.

Übergangsstellen sind: Chausseestraße, Invalidenstraße, Sonnenallee (für Fahrzeug- und Fußgängerverkehr), Oberbaumbrücke (für Fußgängerverkehr), Bahnhof Friedrichstraße (für Benutzer der S-Bahn und der U-Bahn). Es ist jeweils die Übergangsstelle zu benutzen, die im Passierschein eingetragen ist.

V.

1. In den Passierscheinstellen werden bis zu 300 Angestellte der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Berlin / der Deutschen Post der DDR und bis zu 300 Angehörige des öffentlichen Dienstes, die der Senat hierfür bestimmt, tätig werden. In der Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten werden Angestellte der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Berlin / der Deutschen Post der DDR in der notwendigen Zahl, zumindest drei, und in der gleichen Zahl Angehörige des öffentlichen Dienstes, die der Senat hierfür bestimmt, tätig sein. Diese Angestellten tragen Dienstkleidung.

2. In den Passierscheinstellen üben Angehörige des öffentlichen Dienstes, die der Senat hierfür bestimmt, das Hausrecht aus.

3. Im Interesse einer reibungslosen Abwicklung regelt der Senat den Aufruf der Einwohner von Berlin (West) zur Beantragung und Abholung der Passierscheine und den Zugang zu den Passierscheinstellen.

4. Den Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die der Senat hierfür bestimmt, obliegt es:

a) Den Einlaß in die Passierscheinstellen bei der Beantragung und bei der Abholung der Passierscheine zu regeln, hierzu können sie sich die zur Beantragung und Abholung der Passierscheine erforderlichen Unterlagen — Personalausweise, Vollmachten, Bescheinigungen usw. und — bei Abholung der Passierscheine — die Kontrollabschnitte vorzeigen lassen.

b) den Besucherverkehr in den Passierscheinstellen zu lenken,

c) die Antragsformulare für Passierscheine und die Vordrucke für die Zahlungsmittel- und Warenerklärung an die Antragsteller auszugeben,

d) die Antragsteller bei der Ausfüllung der Formulare zu unterstützen,

e) die Besucher über den Gang des Verfahrens zu unterrichten und Auskünfte zu erteilen,

f) vor Abgabe der ausgefüllten Anträge durch die Antragsteller an die in Abschnitt V Nr. 5 genannten Angestellten in die Passierscheinanträge und die erforderlichen Unterlagen Einsicht zu nehmen, um festzustellen, ob die Angaben vollständig sind, ob der Antragsteller zum Kreis der Antragsberechtigten gehört, und um etwaige Fehler zu beseitigen.

5. Angestellten der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Berlin / der Deutschen Post der DDR obliegt es:

a) Den in Abschnitt V Nr. 4 erwähnten Angehörigen des öffentlichen Dienstes die Antragsformulare für die Passierscheine und die Vordrucke für die Zahlungsmittel- und Warenerklärungen zur Ausgabe an die Antragsteller zur Verfügung zu stellen,

b) die Besucher über den Gang des Verfahrens zu unterrichten und Auskünfte zu erteilen,

c) die für die Beantragung der Passierscheine erforderlichen Unterlagen sowie die Anträge entgegenzunehmen und nach Einsichtnahme und Vergleich die Kontrollabschnitte der Anträge an den Antragsteller auszuhändigen sowie die Unterlagen zurückzugeben,

d) nach Einsichtnahme in die Personalausweise und die erforderlichen Unterlagen sowie gegen Abgabe der Kontrollabschnitte die Passierscheine auszuhändigen.

6. Die Bearbeitung und Entscheidung der Anträge erfolgt nicht in Berlin (West).

7. Die in Abschnitt V Nr. 5 genannten Angestellten können bei der Ausgabe der Passierscheine an die Antragsteller Merkblätter ausgeben. Diese Merkblätter enthalten Hinweise, die beim Übergang und beim Aufenthalt in Berlin (Ost) / in der Hauptstadt der DDR zu beachten sind.

VI.

1. Die Beförderung der in Abschnitt V Nr. 5 genannten Angestellten sowie der Transport der Antragsformulare, der Anträge auf Passierscheine, der Passierscheine, der Zahlungsmittel- und Warenerklärungen und etwaiger Merkblätter erfolgt innerhalb Berlin (West) durch dort zugelassene nicht beschriftete Fahrzeuge, die der Senat bestimmt Die Fahrzeuge werden von Angehörigen des öffentlichen Dienstes geführt, die der Senat hierfür bestimmt.

Die Transporte der Antragsformulare, der Anträge auf Passierscheine, der Passierscheine, der Zahlungsmittel- und Warenerklärungen und etwaiger Merkblätter werden durch je zwei Angestellte der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Berlin / der Deutschen Post der DDR begleitet.

2. Übergänge für die in Abschnitt V Nr. 5 genannten Angestellten und Umschlagsort für das in Nr. 1 aufgeführte Transportgut sind:

a) für die in den Bezirken Neukölln, Kreuzberg, Steglitz, Zehlendorf, Tempelhof, Schöneberg gelegenen Passierscheinstellen (vgl. Abschnitt II Nr. 1) Sonnenallee,

b) für die in den Bezirken Charlottenburg, Wilmersdorf, Tiergarten, Spandau gelegenen Passierscheinstellen (vgl. Abschnitt II Nr. 1 und 2) Invalidenstraße,

c) für die in den Bezirken Wedding und Reinickendorf gelegenen Passierscheinstellen (vgl. Abschnitt II Nr. 1) Chausseestraße.

Die Abholung der in Abschnitt V Nr. 5 genannten Angestellten erfolgt so rechtzeitig, daß die in Abschnitt II Nr. 1 und 2 genannten Öffnungszeiten eingehalten werden können. Der Rücktransport erfolgt alsbald nach dem Ablauf der Öffnungszeiten.

VII.

1. Beide Seiten treffen alle Voraussetzungen für eine ungestörte Arbeit der in Abschnitt II Nr. 1 und 2 genannten Passierscheinstellen und für eine reibungslose Abwicklung des Besucherverkehrs.

2. Der Senat gewährleistet die Sicherheit und Ordnung im Bereich der in Abschnitt II Nr. 1 und 2 genannten Passierscheinstellen und in der Umgebung der in Abschnitt IV genannten Übergangsstellen, den ungehinderten Zu- und Abgang der in Abschnitt V Nr. 5 und Abschnitt VI Nr. 1 genannten Angestellten und deren persönliche Sicherheit sowie den ungestörten Transport des in Abschnitt VI Nr. 1 genannten Transportgutes.
Der Senat gewährleistet ferner, daß in die den Angestellten der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen Berlin / der Deutschen Post der DDR obliegenden Arbeitsvorgänge nicht von seiner Seite eingegriffen wird.

3. Beide Seiten unterbinden mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln im Rahmen ihrer Zuständigkeit jede Tätigkeit, die gegen die Einrichtung und Arbeit der im Abschnitt II Nr. 1 und 2 genannten Passierscheinstellen und gegen die ungestörte Durchführung des Besucherverkehrs gerichtet ist.

VIII.

Jede Seite trägt die Kosten für die von ihr nach dieser Protokollanlage zu erbringenden Leistungen.

IX.

Fragen der Auslegung oder Durchführung dieser Protokollanlage werden zwischen Senatsrat Korber und Staatssekretär Wendt oder den von ihnen Beauftragten geregelt.

Hermann Schwann

Die Deutschen und die Sowjetunion

Wir veröffentlichen nachstehend die wichtigsten Passagen aus einem Vortrag, den der frühere FDP-Bundestagsabgeordnete Hermann Schwann am 2. Juli 1964 anläßlich der ersten Veranstaltung der in Frankfurt gegründeten Deutsch-Sowjetischen Gesellschaft gehalten hat. D. Red.

Der Vorsitzende der Deutsch-Sowjetischen Gesellschaft hat mich durch die Wahl des Themas vor Exkursionen bewahrt, die sehr reizvoll wären, etwa vom deutschen und russischen Menschen zu sprechen oder in die Geschichte der sehr wechselvollen Beziehungen zwischen dem deutschen und dem russischen Volk zurückzublicken. Man gerät dabei leicht in die Gefahr, am Thema vorbeizusprechen; denn das frühere Rußland und die jetzige Sowjetunion sind nun einmal nicht dasselbe.

Bei dieser Beschränkung auf die Jetztzeit aber ist das Thema besonders vielschichtig und schwierig. Vielschichtig, weil jeder Deutsche zur Sowjetunion anders steht und trotz meist einseitiger und konformistischer Berieselung durch die Institutionen der öffentlichen Meinungsmache bei sehr vielen schon so etwas wie eine eigene Meinungsbildung beginnt.

Da ist der Wirtschaftler, den Rohstoff und Absatz interessieren. Er sieht das Verhältnis zwischen den Deutschen und der Sowjetunion in erster Linie unter dem Blickwinkel des Güteraustausches.

Da sind die Politiker mit und ohne Weltanschauung, die den Versuch machen, die Sowjetunion je nach ihrer Vorstellung in eine meist falsche Formel zu pressen. Politiker, ganz besonders deutsche, sehen vielfach die Dinge so, wie sie wünschten, daß sie wären.

Da sind die Literaten ...

Da sind die Ideologen, die von begeisterter Zustimmung bis zur fanatischen Ablehnung die ganze breite Skala der Gefühle repräsentieren und beckmessern.

Da sind vor allem die Historiker, die sich in widersprechendster Weise mit der Geschichte des jüngsten in Europa konsolidierten Volkes und Staates auseinandersetzen. Die einen behaupten, daß alle kulturellen und technischen Großtaten, die in Rußland entstanden und beheimatet sind, Importware seien. Sie weisen daraufhin, daß z. B. die Sophienkathedrale in Kiew um das Jahr 1000 von griechischen Architekten gebaut, daß die Silbermünzen des Jaroslaw des Weisen von byzantinischen Meistern geprägt wurden, daß der Münzchef Iwans III. der Italiener della Volpe war, daß Iwan IV., den wir den „Schrecklichen" nennen, der richtig übersetzt „der Drohende" heißen sollte, europäische Fachkräfte, vornehmlich Ingenieure und Kanonengießer, ins Land holte, daß der Hafen Archangelsk an der Mündung der Dwina ins Weiße Meer von Holländern erbaut wurde. So geht das fort über Peter den Großen bis in die Jetztzeit, dieser unwahre und auch müßige Versuch, den slawischen Nachbarn jede originelle und schöpferische Fähigkeit abzusprechen. Selbst die heute in Rußland geschaffene Gesellschaftsordnung sei Importware aus dem Westen.

Umgekehrt suchen andere den ebenso falschen Nachweis, daß alle geistigen Impulse und technischen Errungenschaften nur aus dem Osten Europas stammen.

Die Wahrheit liegt, wie häufig im Leben, in der Mitte: Aus der Berührung dieser beiden Welten in West- und Osteuropa, aus dem Wettbewerb und aus dem Austausch ist der Fortschritt erwachsen. Und ein weiteres könnte der Historiker wahrscheinlich feststellen: Je enger und vielseitiger diese Beziehungen waren, umso glücklicher die Menschen, umso größer der Fortschritt vor allem auf dem Gebiet der Kultur, die das Maß aller Dinge ist oder doch sein sollte.

Doch die Vergangenheit gehört nicht zu meinem Thema, deshalb nicht, weil es diese Sowjetunion erst seit 1917 gibt. Der Vorsitzende hat mir die Aufgabe gestellt, über „Die Deutschen und die Sowjetunion" zu sprechen und nicht über „Die Deutschen und Rußland" ...

Wir wissen beiderseits zu wenig voneinander, auch zu wenig von unserer geschichtlichen Entwicklung. Zu diesem Zu-Wenig-Wissen kommt heute erschwerend die ideologische Verschiedenheit. Das macht die Behandlung des vielschichtigen Themas in der sogenannten freien Welt so schwierig. Wer hier in der Bundesrepublik objektiv gegenüber der Sowjetunion zu sein sich bemüht, wer nur den Versuch andeutet, sich einmal in die Vorstellungen und in die Denkweise des anderen hineinzuversetzen (was eigentlich für jeden Politiker zumindest selbstverständlich sein sollte), gerät schnell in den Verdacht, kommunistenfreundlich oder gar sowjethörig zu sein. Ich beglückwünsche deshalb die Deutsch-Sowjetische Gesellschaft zu dem Mut, ihre Gesellschaft Deutsch-Sowjetische und nicht etwa Deutsch-Russische Gesellschaft genannt zu haben, weil diese Namensgebung ihre Ziele klärt, wie sie in der Satzung umschrieben sind. Ich bin nicht Kommunist und gerade deshalb darf ich vielleicht ein Wort zu den beiden sich gegenüberstehenden Vorstellungen sagen. Der Kommunismus will über den historischen und dialektischen Materialismus das Paradies auf Erden schaffen. Die westlich christliche Welt ist auf das Jenseits gerichtet und glaubt nicht an ein Paradies auf dieser Welt. Die Kommunisten sind also hinsichtlich der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft auf dieser Erde — Idealisten, die Anhänger der christlichen Welt aber in meinen Augen — Realisten. Das ist die eine Seite.

In der Praxis dagegen sind folgerichtig Forschung, Kunst und Wissenschaft im kommunistischen Staat ausschließlich ausgerichtet, das kommunistische Ziel Paradies auf E r d e n zu erreichen, während in der christlich-westlichen Welt Forschung, Kunst und Wissensaft frei sind, auch frei von ideologischem Zweckdenken. (Diese Freiheit geht bis zum Minibikini und bis zum busenfreien Abendkleid.)

Insoweit sind die Kommunisten — Realisten, die Anhänger der christlich-westlichen Welt — Idealisten (wobei ich die modischen Neuheiten nicht als Ausdrucksform idealistischer Denkweise beurteilt sehen möchte). Entschuldigen Sie diesen Ausflug ins Ideologische. Ich wollte mit dieser vereinfachenden Formel versuchen darzutun, wie sich Extreme berühren und sich Begriffe überschneiden. In der Praxis sieht das so aus, daß der Westen in der Ablehnung einer rein materialistischen Weltbetrachtung mit Blickrichtung auf das Jenseits den Materialismus bei dem Individuum geradezu gezüchtet hat, während in der sehr diesseitigen materialistischen kommunistischen Ideologie die Zahl der für die Idee begeisterten, d. h. idealistischen Kämpfer, eher zunimmt als sich verringert.

Wir wollen die Gründe nicht untersuchen, sondern vielleicht nur festhalten, daß trotz verschiedenster Ausgangspositionen zahlreiche Berührungspunkte und sogar Überschneidungen vorkommen.

Das erleichtert und ermöglicht das Verstehen.

Und ein Zweites: Seit der Rede des früheren Reichskanzlers von Papen in Münster 1931 wehre ich mich gegen die primitive Art, den Kommunismus als Schreckgespenst an die Wand zu malen und jedes Denken und Tun nur aus diesem primitiven und unfruchtbaren Anti erwachsen zu lassen. Hitler hat diese Verketzerung fortgesetzt, und das Nachkriegsdeutschland hat sich davon leider nicht freigemacht, soweit es nicht in die direkte Einflußsphäre der kommunistischen Ideologie geriet. Gerade dann, wenn man den Kommunismus als Gesellschaftsordnung für das eigene Volk ablehnt, wie ich es ohne Vorbehalt tue, kann man seinen Standpunkt wirkungsvoll nur vertreten, wenn diese Ablehnung nicht auf Angst vor dem anderen basiert, sondern wenn man für sich überzeugt davon ist, daß zur Fort- und Höherentwicklung der eigenen Gesellschaftsordnung der Umweg über die kommunistische nicht notwendig ist.

Ich höre schon die Überängstlichen zittern: „Sie vergessen die kommunistischen Absichten einer Weltrevolution!"

Es gibt keine Ideologie, die nicht nach der Weltherrschaft strebt oder streben muß. Wer die Welt glaubt beglücken zu können, muß die Welt zum Objekt seiner Propaganda machen. Das haben der Islam, das Christentum und viele andere ebenso getan oder versucht wie der Kommunismus.

Weshalb ich das hier an- und ausspreche?

Weil zwei Angstkomplexe jede den Frieden und den Fortschritt zum Frieden hemmende Unterhaltung zwischen den Deutschen und den Sowjets bisher verhindert haben. Der Komplex auf der Seite der Deutschen ist die Angst vor der Weltrevolution, die, wie uns

von den Ängstlichen versichert wird, zu gegebener Zeit auch mit Gewalt durchgeführt werden soll.

Ich persönlich halte diese Angst zwar für unbegründet, weil auch die Verfechter des Gedankens einer Weltrevolution gezwungen sind, die Kirche im Dorf zu lassen und ihre ganzen Kräfte in den nächsten Jahrzehnten mit einsetzen müssen und werden, um einen Ausgleich zwischen den ganz armen Völkern und den wenigen ganz reichen Völkern herbeizuführen. Wenn man den sich abzeichnenden und heraufziehenden neuen Gegensatz zwischen den farbigen (mit wenigen Ausnahmen die Armen) und nichtfarbigen (mit Ausnahmen die Reichen) Völkern nicht zu einem gefährlichen, sehr gefährlichen Spannungsfeld werden lassen will, dann müssen die Nichtfarbigen — und die Sowjetunion wird von den Farbigen ohne jede Einschränkung zu den Nichtfarbigen gerechnet — alle Anstrengungen gemeinsam machen, den Habenichtsen und den Entwicklungsländern zunächst ohne irgendwelche ideologischen Expansionsgelüste zu helfen. Der sehr schwierige und nur gemeinsam zu gewinnende weltweite Kampf gegen den General Hunger läßt auf Zeit zumindest keine ideologischen Streitereien zu.

Da liegt der eine Grund, weshalb ich die Gefahr d i e s e r gewaltsamen Weltrevolution nicht hoch einschätze. Und ein anderer: Auch noch so revolutionäre Ideologien sind bestimmten Entwicklungsgesetzen unterworfen wie alles im Leben. Das beginnt mit der Humanisierung der Methoden und endet mit einer Weiterentwicklung der Ideologie selbst. Man nennt das aus Bequemlichkeit im Westen unzutreffend — Liberalisierung.

Und drittens: Wenn die UdSSR wirklich die Absicht einer weiteren gewaltsamen Expansion nach Westen gehabt haben sollte, so glaube ich, daß sie das trotz NATO in der vergangenen Zeit hätte erreichen können bei ihrer militärischen Überlegenheit, zumindest in konventionellen Truppen, und bei der nie vorhandenen inneren Einheit und Geschlossenheit des sogenannten Westens.

Viertens widerspricht zur Zeit die Ausdehnung der sowjetischen Interessensphäre nach Worten den Weltrevolutionsplänen von Lenin, der die Reihenfolge der Durchführung der Weltrevolution ganz eindeutig festgelegt hat: Zuerst China, dann Asien, dann Afrika, dann Südamerika, dann Nordamerika und zuletzt von Nordafrika aus über Spanien, Italien und Frankreich Europa ...

Ich persönlich jedenfalls glaube nicht an die Absicht und an die akute Gefahr einer gewaltsamen Expansion der Sowjets nach Mitteleuropa, selbst dann nicht, wenn wir überhaupt keine militärischen Abwehrmöglichkeiten hätten. Aber die Angst weitester Kreise in der Bundesrepublik — seit Jahrzehnten künstlich gezüchtet — besteht und ist eine politische Realität.

Auch auf der Seite der Sowjetunion gibt es einen Angstkomplex. Wenn Chrustschow in Norwegen wieder von den deutschen Revanchisten und Militaristen spricht, ist das kein propagandistisches Gerede. Er meint es ernst, nicht als ob er Furcht hätte, sondern die Besorgnis, daß zu irgendeinem Zeitpunkt, an dem die Sowjetunion anderweitig engagiert ist, die Bundesrepublik es fertig bringen könnte, ihre Verbündeten durch konkrete Maßnahmen zu einer „Vorwärtsverteidigung" zu zwingen. Es ist ein Trauma, eine Zwangsvorstellung der Sowjets bis ins letzte Dorf, daß die Deutschen wieder marschieren. Diese Sorge ist zwar, wenn man von einigen Wirr- und Hitzköpfen absieht, völlig unbegründet; aber dieses sowjetische Trauma und diese Zwangsvorstellung sind ebenfalls eine politische Realität.

Diese beiden Komplexe müssen ausgeräumt werden, wenn eine für alle Völker dieser Erde nützliche Zusammenarbeit möglich werden soll. Auf Seiten der Deutschen muß sich die Erkenntnis durchsetzen, daß es Sache jedes einzelnen Volkes ist zu bestimmen, welches System es in seinem Gebiet zur Grundlage seiner staatlichen Ordnung machen will. Wir sollten zudem nüchtern feststellen, daß der Kommunismus werbewirksam darauf hinweisen kann, daß es der Sowjetunion gelungen ist, in einer einzigen Generation von einer Großmacht zu einer der beiden zur Zeit bestimmenden Weltmächte zu werden. Wir sollten feststellen, daß China unter dem Kommunismus auf dem Wege ist, die dritte Weltmacht zu werden. Um nur ein Beispiel anzuführen: China hat die Zahl der Kinder, die täglich zur Schule gehen, von 8,2 Millionen am Jahre 1948 auf 92 Millionen im Jahre 1959 mit den dazu notwendigen Schulbauten, Lehrerausbildung usw. erhöht, während das

sogenannte „freie" Indien in der gleichen Zeit auf diesem entscheidenden, die zukünftige Entwicklung entscheidenden Gebiet nicht annähernd ähnliche Fortschritte gemacht hat.

Wir müssen ferner lernen, daß der Kampf gegen ein System in einem anderen Volk eine unerlaubte Einmischung in dessen innere Verhältnisse bedeutet. Wenn wir diesen Standpunkt einnehmen und von jedem Gesprächspartner den gleichen Standpunkt verlangen, dann ist eine brauchbare Ausgangsbasis für eine positive weitere Entwicklung gegeben. Der bekannte Jesuitenpater Prof. Dr. Brockmöller drückt das in seinem viel zu wenig beachteten und sehr wichtigen Buch „Christentum im Atomzeitalter" u. a. so aus: „Die Tatsache eines kämpferischen Gegensatzes zwischen Christentum und modernen Ideologien berechtigt noch nicht das Urteil, daß eine verstehende Begegnung nicht möglich ist." Leider haben viele christliche Politiker dieses Buch noch nicht gelesen.

Zur Ausräumung der Zwangsvorstellung der Sowjets hinsichtlich der Gefahr einer Invasion werden nach der politischen Entwicklung der letzten 12 Jahre und weil verantwortliche bundesdeutsche Politiker die obigen Voraussetzungen nicht beachtet haben, einige Vorleistungen der Bundesrepublik notwendig sein.

Diese Vorleistungen haben auszugehen von dem berechtigten sowjetischen Sicherheitsbedürfnis an seiner offenen europäischen Grenze. Es gab in der poltischen Entwicklung offensichtlich eine Zeit, da man in Moskau bereit war, die Deutsche Frage mit der sowjetischen Sicherheitsfrage zu verbinden. Diese Zeit ist vorbei, nachdem die Bundesrepublik die Pariser Verträge abschloß. Die sowjetische Haltung in der deutschen Frage hat sich seitdem immer mehr versteift, zumal die Bundesrepublik unübersehbar ein Mitbestimmungs-, Kontroll- oder gar Verfügungsrecht beim Einsatz von Atomwaffen anstrebt. Sie ist fast unbeugsam geworden, nachdem die USA bereit sind, dem sowjetischen Sicherheitsbedürfnis im vollen Umfang Rechnung zu tragen, ohne jede Gegenleistung. Ich sage „fast" unbeugsam geworden, weil man erstens im politischen Raum niemals „niemals" sagen soll, weil zweitens auch die Haltung der USA nicht immer die gleiche zu sein braucht und weil drittens auch heute noch den Sowjets eine direkte freundschaftliche Verständigung mit der Bundesrepublik interessant sein kann. Es würde den Rahmen eines ersten Vortrages sprengen, wenn ich hier die Möglichkeiten politischer Vorleistungen der Bundesrepublik behandeln würde. Einige wenige grundsätzliche Bemerkungen dazu:

1. Jede Gewaltanwendung bei territorialen, politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Gegensätzen ist unter allen Umständen in Europa auszuschließen.

2. Die Bundesrepublik verzichtet nochmals ausdrücklich auf jede atomare Bewaffnung der Bundeswehr, auf jede Ausrüstung mit Massenvernichtungsmitteln (atomare, biologische, chemische) und auf Lagerung derartiger Massenvernichtungsmittel auf deutschem Boden.

3. Die Bundesrepublik lehnt jede Beteiligung an einem Kontroll-, Verfügungs- und Mitbestimmungsrecht beim Einsatz von Massenvernichtungsmitteln, also auch eine Beteiligung an der multilateralen Atomüberwasserflotte ab.

4. Die Bundesrepublik wirkt daran mit, daß alle europäischen, bisher nicht atomar gerüsteten Völker Europas den gleichen Standpunkt einnehmen.

5. Die Bundesrepublik wird bei Aufnahme diplomatischer oder Handelsbeziehungen in der Welt diese Beziehungen ausschließlich unter Berücksichtigung der Interessen der jeweiligen Vertragspartner aufnehmen, unter Ablehnung jeden Versuches, den Vertragspartner in einer Oppositionsstellung zu dritten Mächten zu bringen, sowie unter Verzicht auf jede Einflußnahme auf die innere Ordnung dieser Vertragspartner. (Das gilt insbesondere für die Staaten mit einer kommunistischen Ordnung einschl. der Volksrepublik China).

Lassen Sie mich eine Bemerkung machen an die Adresse derjenigen, die aus guten, sogar freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland zwangsläufig eine Gegnerschaft der Bundesrepubik zu den westlichen Staaten ableiten. Diese Auffassung ist eine genau so naive und primitive Schwarz-Weiß-Malerei, wie sie die bekannte Vorstellung enthält: „Wer gegen eine Politik der Stärke ist, ist für eine Politik der Schwäche." Sie kennen den Hauptlehrer dieser Theorie. Für

uns in Deutschland — und dafür werden die Sowjets Verständnis haben — gibt es kein Entweder — Oder, sondern sollte es geben ein Sowohl-als-auch.

Weder die Bundesrepublik noch die Sowjetunion sind daran interessiert, daß aus einer engen Kooperation auf wirtschaftlichem, kulturellem und politischem Gebiet Differenzen mit anderen entstehen. Die Bundesrepublik wird bei einer derartigen Kursänderung auch keine Verträge brechen, dann würde sie allseitig unglaubwürdig. Alle eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen haben jedoch Revisionsklauseln, sie treten unter Umständen (z. B. im Fall der Wiederherstellung der deutschen Einheit) sogar außer Kraft. Zudem würden freundschaftliche Beziehungen auch zur Sowjetunion die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages in größere Nähe rücken. In diesem Fall könnten in absoluter Übereinstimmung zwischen allen Beteiligten eine neue Übereinkunft über den politischen und militärischen Status Mitteleuropas getroffen werden, der allen berechtigten Wünschen Rechnung trägt.

Es gibt kein Argument, das schwer wiegt, das gegen eine Verständigung zwischen Moskau und Bonn spräche. Im Gegenteil! Alle sprechen dafür. Die Engländer möchten und werden ihre Truppenkontingente in Europa verringern, die USA ebenso, und Frankreich hat sich bereits seit längerem seinen NATO-Verpflichtungen entzogen. Der amerikanische Präsident fordert den Kanzler der Bundesrepublik energisch und öffentlich auf, die Entspannungspolitik zu unterstützen. Wir sollten umdenken lernen und aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und ihren Methoden allmählich herauskommen. Wenn uns in Mitteleuropa der zweite verlorene Krieg eine Aufgabe gestellt hat, dann ist es die des Ausgleichs von Gegensätzen, des unermüdlichen Kampfes für den Frieden und für die Verständigung und des Einsatzes für eine über alle Ideologien hinausreichende Freundschaft unter den Völkern.

Soweit die Vorleistungen seitens der Bundesrepublik Deutschland, an deren Ende dann der Abzug der westlichen Verbündeten aus dem Bereich der Bundesrepublik stehen könnte, wenn auch die Sowjetunion zu gleichen Maßnahmen innerhalb der in ihrem Interessengebiet liegenden Staaten bereit ist.

Inwieweit die Sowjetunion ihrerseits in der Lage ist, daran mitzuwirken, den bundesdeutschen Angstkomplex hinsichtlich gewaltsamer weltrevolutionärer Absichten in Mitteleuropa auszuräumen, sollte man in Moskau ernsthaft überprüfen. Wenn z. B. die Regierung der UdSSR auf die ihr befreundete Regierung der DDR beratend einwirken würde, in einer großzügigen Aktion eine Generalamnestie für alle die politischen Vergehen — vielfach von Jugendlichen begangen —, die aus der Teilung Deutschlands entstanden sind, auszusprechen, würde das nicht nur eine gleiche Aktion in Bonn auslösen, sondern es würde als eine große humane Tat gewertet und den Angstkomplex abbauen helfen. Dabei ist es nicht notwendig, den sowjetischen Standpunkt zu ändern, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit Sache der Deutschen sei. Tausende, Hunderttausende von Familien würden entgegen jedem Propagandaversuch ihre heutige, aus jahrzehntelanger Beeinflussung resultierende Meinung ändern.

13. Pugwash-Konferenz über Wissenschaft und internationale Fragen

(Karlsbad: 13.—19. September 1964)

Erklärung des Fortsetzungsausschusses der Pugwash-Konferenz

Die 13. Pugwash-Konferenz ist beendet. An ihr haben sich 86 Wissenschaftler und Gelehrte aus 19 Ländern beteiligt. Unsere Diskussionen waren offen und vom Geiste der Zusammenarbeit getragen. Sie gingen hauptsächlich um Abrüstungsfragen und damit verbundene Probleme, aber auch um Themen wie z. B. die Verantwortung der Wissenschaftler in der modernen Welt. Unser Vertrauen in den Wert der Pugwash-Konferenzen ist weiter gestärkt worden.

Im Verlauf der Diskussionen haben sich viele Wege abgezeichnet, auf welchen sofortiges Handeln eine Verbesserung der internationalen Lage, sowohl auf militärischem als auch auf politischem Gebiet, erreichen und festigen könnte. Die Aussprachen haben auch klar einige fernere Ziele erkennen lassen, die zu erstreben durchaus vernünftig wäre,

sowie einige Probleme, die durch die Entwicklung von Wissenschaft und Technik hervorgerufen wurden.

Diese Erklärung wurde vom Fortsetzungsausschuß auf der Grundlage der Berichte, welche die Arbeitsgruppen der Gesamtkonferenz vorgelegt hatten, ausgearbeitet.

Unmittelbare Schritte zur Abrüstung

Es wurden einige Methoden erkannt, wie man die gegenwärtigen Spannungen vermindern, die Kriegsgefahr herabsetzen und den Weg zu dauernden Abkommen freimachen kann:

1. Von großem Wert wäre, wenn die durch die deutsche Frage betroffenen Staaten, insbesondere die früheren Besatzungsmächte, zusammen mit der deutschen Bundesrepublik, die bestehenden Grenzen Deutschlands mit seinen Nachbarstaaten anerkennten und garantierten.

2. Ein Nichtangriffspakt zwischen den Organisationen des Nordatlantikpaktes und des Warschauer Vertrages wäre äußerst wertvoll. Der Vertrag würde erfordern, daß die bewaffneten Streitmächte eines Landes unter keinen Umständen die Grenzen eines anderen Landes oder Westberlins oder die Zufahrtswege zu dieser Stadt verletzten. Der freie Zugang nach Berlin sollte bis zur endgültigen Regelung des Fragenkomplexes, Berlin und Deutschland umfassend, nicht unterbrochen werden.

3. Der Gedanke des Einfrierens der Kernwaffen in Mitteleuropa auf ihren derzeitigen Stand, anzuwenden auf ein Gebiet auf beiden Seiten der Demarkationslinie in Mitteleuropa, verdient dringende Aufmerksamkeit. Diese Maßnahme würde zur Herabsetzung und Abschaffung der Kernwaffen in Europa beitragen.

4. Regierungen, die an der Schaffung der multilateralen Streitmacht der NATO teilnehmen, sollten sie sofort aufheben. Dieses Projekt trägt nichts zur militärischen Sicherheit bei. Es verschärft politische Spannungen und vergrößert die Gefahr der Verbreitung von Kernwaffen.

5. Um die Ausbreitung von Kernwaffen zu vermeiden, sind eine Reihe von miteinander zusammenhängenden Maßnahmen notwendig:

a) Internationale Abkommen, welche die Kernwaffen besitzenden Mächte verpflichten, keine Kernwaffen, Material zu deren Herstellung oder Hilfe für ihre Entwicklung weiterzugeben, welche den anderen Staaten deren Annahme untersagen, wären ein wesentlicher Beitrag zur Sicherheit der Welt.

b) Die Regierungen sollten Wege suchen, um ihre Staatsbürger daran zu hindern, andere Staaten bei der Entwicklung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungsmitteln zu unterstützen.

c) Es sollten in der ganzen Welt Bestimmungen angenommen werden, welche die internationale Kontrolle der Beförderung spaltbaren Materials zu friedlichen Zwecken von einem Land ins andere zu regeln hätten.

d) Der Vertrag über ein teilweises Testverbot sollte sofort erweitert werden, um unterirdische Versuche einzuschließen, und zwar wenn notwendig durch ein Moratorium bis zum Abschluß eines endgültigen Abkommens. Technische Fragen der Kontrolle sollten heute kein Hindernis bilden. Es ist sehr wichtig, Mittel und Wege zu finden, um die betroffenen Regierungen und Völker davon zu überzeugen, daß von weiteren Versuchen in der Atmosphäre dringend abzuraten ist.

e) Die Einstellung weiterer Erzeugung spaltbaren Materials zur Herstellung von Waffen, zusammen mit einem Vertrag, welcher Kontrollmaßnahmen zur Aufdeckung festlegte, wäre gleichfalls sehr wünschenswert.

Weitere Schritte zur Abrüstung

Die im obenstehenden Abschnitt angeführten Schritte könnten in naher Zukunft durchgeführt werden. Andere Maßnahmen, die mehr Zeit erfordern, sind u. a.:

1. Es gibt eine Reihe von Gebieten, in welchen es möglich wäre, das Vorhandensein von Kernwaffen zu verbieten. Skandinavien, der Balkan, Afrika, Lateinamerika, der Mittlere Osten sowie Süd- und Ostasien zusammen mit Australasien sind alles potentielle kernwaffenfreie Zonen.

2. In Mitteleuropa spricht vieles für das Bestreben, die Gefahr eines Überraschungsangriffes zu vermindern, indem auf beiden Seiten entlang der Linie, welche die bewaffneten Streitkräfte der NATO und des Warschauer-Vertrages trennt, entmilitarisierte Streifen geschaffen werden. Zusatzabkommen über Mittel und Wege, Verletzungen der Festlegungen aufzudecken, sowie über die Stärke und den Charakter der Grenzpolizei wären erforderlich.

3. Die gegenwärtigen Vorschläge zur Abschaffung bzw. weitgehenden Einschränkung der strategischen Bomberflotten sind vielversprechend und sollten weiter untersucht werden. Es wurde dringend darauf gedrängt, daß Mittel, die durch derartige Maßnahmen freigemacht werden, durch entsprechende Zuwendungen für festgelegte friedliche Zwecke ausgeglichen werden sollten.

4. Es soll eine Studiengruppe gebildet werden, welche die Erfordernisse eines Inspektionsplanes für biologische Waffen zu untersuchen hätte. Für Versuchszwecke wird der Inspektionsplan sich auf eine kleine Gruppe mitteleuropäischer Staaten beschränken, in welcher östliche, westliche und blockfreie Staaten vertreten wären.

Kollektive Sicherheit

Es ist offensichtlich, daß Maßnahmen getroffen werden müssen, um die Wirksamkeit der bestehenden UNO-Einrichtungen zur Erhaltung des Friedens zu erhöhen. In der Diskussion über militärische Maßnahmen der UNO wurde betont, daß diese eine Methode des letzten Ausweges seien. Die UNO hat bisher noch nicht von dem in Abschnitt 7 der Charta vorgesehenen Zwangsmaßnahmen Gebrauch gemacht, die Übereinkommen mit Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Militärkontingenten erfordert und der Zustimmung der Großmächte bedürfen. In dieser Hinsicht begrüßen wir das Memorandum der Regierung der UdSSR vom 10. Juli d. J., das den Einsatz einer derartigen Einrichtung zur Erhaltung des Friedens befürwortet.

Es sollte zur Zeit keine stehende UNO-Streitmacht geben, sondern an ihrer Stelle müßten in verschiedenen Ländern besonders ausgebildete Kontingente bereitstehen. Zusätzlich dazu sollten Bereitschaftspolizeieinheiten bestehen. Beide würden eine Sonderausbildung genießen, die sie dazu befähigt, in solchen Situationen zu wirken, in denen sich die UNO häufig befunden hat. Es wurde auch die Ansicht vertreten, daß eine umfangreichere Verwendung von UNO-Beobachtern nützlich wäre.

Die Möglichkeit von Zwangsmaßnahmen durch die UNO ist von besonderer Bedeutung für die blockfreien Staaten. Es könnte von Vorteil für sie sein, die entsprechenden Abkommen vor den anderen Staaten abzuschließen. Auf diese Art können sie der UNO die Mttel geben, die blockfreien Staaten zu schützen — den guten Willen der Großmächte vorausgesetzt.

Es wurde die Möglichkeit in Betracht gezogen, daß die UNO, statt jede Operation zur Aufrechterhaltung des Friedens ad hoc zu finanzieren, eine ständige Einkommensquelle zu diesem Zweck zur Verfügung haben soll. Es wurden verschiedene Ideen, wie solche Mittel aufgebracht werden könnten, vorgeschlagen, wie z. B. eine Abgabe von den Mitgliedsstaaten entsprechend ihrer Militärbudgets zu erheben, Gewinnanteile an den Bergwerksrechten unter dem Meeresboden, eine Steuer auf der Verwendung der Nachrichtensatelliten oder selbst ein geringer Tarif auf dem internationalen Handel. Diese und andere Ideen müssen weiter untersucht werden.

Neben den Gedanken, die Anwendung von Gewalt bei der Regelung territorialer Streitfragen zu untersagen, den Ministerpräsident Chrustschow in seiner Botschaft vom 31. Dezember 1963 vortrug, und der Antwort von Präsident Johnson vom 20. Januar 1964 sind wir der Ansicht, daß der kollektiven Sicherheit durch ein umfassenderes Abkommen oder Erklärung, welche die Anwendung von Gewalt durch irgendeinen Staat bei der Verletzung der territorialen Integrität eines anderen Staates untersagen würde, sehr gedient wäre. Dieses Verbot schließt jedoch weder Selbstverteidigung noch kollektive Aktionen im Rahmen der UNO-Charta aus. Das Recht auf Selbstbestimmung bei inneren Angelegenheiten ist durch ein derartiges Verbot in keiner Weise beeinträchtigt.

Im Zusammenhang mit der UNO-Resolution für die Beendigung des Kolonialismus ist es nun für die UNO angemessen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Resolution anzuwenden.

Ein Studium der Sicherheitsprobleme in einer abgerüsteten Welt ist dringend, da — bei

fehlendem Vertrauen in die Stabilität einer solchen Welt und in die Sicherheit der in ihr befindlichen souveränen Staaten — die Angst vor der Zukunft ein Hindernis für die Abrüstung bleiben würde. Auf lange Sicht wird eine friedliche Welt eine Lösung von Problemen wie die Rassenungleichheit und wirtschaftliche Diskrepanz zwischen Nationen und Völkern erfordern.

Unter den veränderten Umständen einer abgerüsteten Welt werden — innerhalb des Rahmens der UNO — neue oder veränderte Institutionen notwendig sein, zum Beispiel eine ständige Einrichtung für die dauernde Kontrolle des Faktums der Abrüstung.

Die Verantwortung der Wissenschaftler

Obgleich die Abrüstung das Hauptanliegen der Pugwash-Konferenzen ist, hat darüber stets Klarheit geherrscht, daß zwischen Abrüstung und internationaler Zusammenarbeit eine wechselseitige Beeinflussung besteht. Die Abrüstung kann eine wesentliche Ausweitung des Bereiches der internationalen Zusammenarbeit gestatten, und die internationale Zusammenarbeit kann ihrerseits das Vertrauen zwischen den Staaten steigern und auf die Weise die Abrüstung erleichtern. Daher sind eine Reihe von Maßnahmen erörtert worden, welche die internationalen Beziehungen zwischen Wissenschaftlern stärken und konkrete Maßnahmen internationaler Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten fördern würden. Dazu gehört u. a.:

1. Schritte zur Verstärkung des internationalen Austausches zwischen Wissenschaftlern. Zur Zeit wird die Teilnahme von Wissenschaftlern an internationalen Konferenzen oft durch Paß- oder Visumschwierigkeiten vereitelt, die sie daran hindern, ihr eigenes Land zu verlassen, bzw. in ein anderes Land einzureisen. Besondere Schwierigkeiten entstehen durch die Tätigkeit des Alliierten Reiseamtes in Berlin, welches die von Wissenschaftlern der DDR benötigten Reisedokumente für Reisen in NATO-Staaten ausstellt. Alle derartigen Beschränkungen sollten aufgehoben werden.

2. Der Rahmen internationaler Austauschvereinbarungen, die Reisen von Wissenschaftlern zwischen den Ländern erlauben, um in ausländischen Forschungszentren zu arbeiten, sollte wesentlich erweitert werden. Dies könnte sowohl durch die offiziellen Austauschprogramme als auch durch eine Ausweitung der traditionellen Methode individueller Einladungen erfolgen.

3. Das zur Zeit diskutierte Weltgesundheits-Forschungszentrum zum Studium wichtiger medizinischer Probleme, die im Weltmaßstab angetroffen werden, sollte ohne weitere Verzögerung gegründet werden. Es würde ermöglichen, daß das Studium dringender Probleme — wie die toxischen Wirkungen von Drogen und verschiedener umgebungsbedingter Verseuchungsfaktoren, das Auftreten und der Ablauf von Seuchen sowie Methoden der Analyse wie Informationen und Daten der Gesundheitsforschung — in adäquatem Umfange durchgeführt werden kann.

4. Es sollten Schritte unternommen werden, um ein koordiniertes und einheitliches System für die Speicherung und Aktualisierung wissenschaftlicher Informationen zu entwickeln. Zur Zeit häufen sich in zahlreichen Disziplinen die neuen Veröffentlichungen derartig rasch, daß Wissenschaftler von einem Großteil der ihre Arbeit betreffenden veröffentlichten Informationen nicht unterrichtet sind, wodurch es zu einer Parallelisierung von Forschungsbemühungen kommt. Die Frage ist dringend, da in verschiedenen Disziplinen und Ländern verschiedene Systeme etabliert werden, die nicht miteinander in Einklang gebracht werden können, wie z. B. verschiedene Gewichts- und Maßsysteme. Es muß hier unterstrichen werden, daß ein derartiges koordiniertes weltumspannendes System die aktive Teilnahme von Wissenschaftlern in sehr großem Ausmaß erfordern würde. Entsprechende Studien sollten ohne Verzögerung unter den Auspizien der UNESCO und des ICSU (Internationaler Rat der Vereinigungen von Wissenschaftlern) begonnen werden.

5. Es wurde ein Überblick gegeben über die bemerkenswerten Fortschritte, die bereits bei der internationalen Zusammenarbeit auf verschiedenen Forschungsgebieten, einschließlich der Weltraumforschung, erzielt wurden. Eine derartige Zusammenarbeit wird wärmstens empfohlen, wie auch die Teilnahme an dem Internationalen Biologieprogramm, das gerade unter der Leitung des ICSU begonnen wurde.

6. Der Vorschlag der schwedischen Regierung, ein Forschungsinstitut für Probleme des Friedens zu gründen und zu erhalten, wurde wärmstens begrüßt.

Bertrand Russell warnt vor Goldwater

Rundschreiben der Bertrand-Russell-Friedensstiftung

Die Bertrand-Russell-Friedensstiftung, zu deren Förderern u. a. gehören: Albert Schweitzer, Linus Pauling, Max Born, Pablo Casals, Kaiser Haile Selassie, die Staatspräsidenten Radhakrishnan, Ayub Khan, Kwame Nkrumah, Julius Nyerere und Leopold Senghor, Königin Elisabeth von Belgien, hat uns um Veröffentlichung der beiden folgenden Texte gebeten. D. Red.

Ich hege keinen Zweifel, daß die Wahl Goldwaters einen Atomkrieg wahrscheinlich macht; und es sollte klar sein, daß Goldwater persönlich launenhaft genug ist, den Ostblock zu veranlassen, zu einer äußerst kriegerischen Haltung Zuflucht zu nehmen. Es ist nicht notwendig, Goldwater mit Hitler gleichzusetzen, um sich die Umstände ins Gedächtnis zurückzurufen, die es Hitler ermöglichten, mit Schlagworten wie: „Arbeit bringt Freiheit" und „Kraft durch Freude" zur Macht zu gelangen.

Viele Leute werden zu sagen versuchen, daß die amerikanische Wahl zu uns keine Beziehung hat und daß wir nicht das Recht haben, uns einzumischen. Diese Vorstellung paßt in die Welt des neunzehnten Jahrhunderts, aber nicht in eine Welt, in der eine Handlung des amerikanischen Präsidenten mit einer Massenvernichtung enden könnte.

Goldwater hat ein Todesurteil über uns alle ausgesprochen. Dies geht alle Menschen an. Jetzt, in wenigen Monaten vor der amerikanischen Wahl, gibt es keine wichtigere Aufgabe als die Mobilmachung eines weltumspannenden Feldzuges mit dem Ziel, das amerikanische Volk die Gefühle derer wissen zu lassen, die unseren Planeten nicht verwüstet sehen wollen.

Ich lege für Ihre Unterzeichnung einen Aufruf bei mit der Überschrift „Hinweis auf die Gefahr der Goldwater-Politik für die Welt". Dieser Aufruf ist an alle Gewerkschaften, internationale Organisationen und an geistig hervorragende Persönlichkeiten in Großbritannien, Westeuropa, Afrika, Asien und Lateinamerika gesandt werden. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich in der Lage sähen, ihn zu unterzeichnen.

Ihr ergebener Bertrand Russell

Hinweis auf die Gefahr der Goldwater-Politik für die Welt

Die Welt zögert am Rande der Zerstörung. Die Entscheidung liegt bei wenigen mächtigen Männern; sie ist von äußerster Wichtigkeit für alle Menschen.

Nuklearer Krieg und Weltfrieden sind nicht länger nationale Angelegenheiten. Die Machtergreifung Goldwaters ist eine akute Bedrohung für das Überleben der Menschheit. Seine Kandidatur vergrößert die Gefahr und bringt alle Zeichen der Hoffnung ins Schwanken. Seine Wahl bedeutet unbedingtes Unglück. Goldwater hat erklärt:

1. Wir sind unter allen Bedingungen gegen Abrüstung.
2. Wir sollten alle kommunistischen Staaten befreien, einschließlich Osteuropa, die Ukraine, Armenien, Lettland, Litauen und Estland.
3. Wir sollten die Entscheidung über die Anwendung von nuklearen Waffen den Armeebefehlshabern und dem Militärausschuß der NATO übertragen.
4. Wir sollten das Versuchs-Stop-Abkommen aufheben und die Versuche wieder aufnehmen.
5. Wir sollten nukleare Waffen im Weltraum haben und den Vertrag, der das verbietet, widerrufen.
6. Wir sollten nur militärische Hilfe leisten und nur an antikommunistische Staaten.
7. Wir sollten aus den Vereinten Nationen austreten.
8. Wir sollten die diplomatische Anerkennung der Sowjetregierung rückgängig machen.
9. Wir sollten in Cuba einfallen.
10. Wir sollten nukleare Waffen in Vietnam anwenden und den Norden angreifen.

Diese politischen Ziele werden unvermeidlich einen nuklearen Krieg verursachen. Die Völker der Welt sind die Opfer. Es ist eine gebieterische Pflicht für die Völker der Welt, ihren Standpunkt bekannt zu machen, damit das amerikanische Volk die Tiefe und Stärke der Gefühle der Welt erkennt.

Goldwater hat ein Todesurteil über uns alle gesprochen. Goldwater und seine politischen Ziele müssen besiegt werden.

Bemerkungen

Prof. Dr. jur. Eberhard M e n z e l ist Direktor des Instituts für Internationales Recht an der Universität Kiel. 1911 in Ulm/Donau geboren, wurde er 1943 Dozent an der Universität Frankfurt, 1952 apl. Professor an der Universität Hamburg. – Hingewiesen sei auf seinen Aufsatz „Falsche staats- und völkerrechtliche Thesen zur Wiedervereinigung" in Heft 9/59 der „Blätter".

Der Aufsatz

Selbstbestimmungsrecht und „Recht auf Heimat" in West und Ost

von Prof. Dr. jur. Eberhard Menzel

kann ab sofort vom Verlag zum Preise von DM 1,–

auch als **Sonderdruck**

geliefert werden.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzüglich DM —,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

Es schrieben bisher u. a.:

Prof. Dr. Wolfg. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1 *)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Lucie Beyer, MdB, III/5 *)
Gertrud Bienko
Carl Bloice, San Francisco
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Prof. Dr. Vittorio de Caprariis, Rom
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Roshan Dhunjibhoy
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1 *)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Felck
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Ragnar Forbech, Dompfarrer, Oslo
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Prof. Dr. George W. F. Hallgarten Washington, D.C.
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5 *)
Dr. Hans Henrich, III/12 *)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromadka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Helmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Koller
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr.-Ing. e. h., Dr. phil. h. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2 *)
Herbert Mochalski
Kalixte Mukendi
Hans Nätscher, V/1 *)
Peter Neilen, MdB, III/1 *)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Niekiewicz, Warschau
Prof. Dr. Laszlo Marton Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Dr. Helge Pross
Prof. L. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld, Paris †
Earl Bertrand Russell
E. S. Sachs
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
OB i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz †
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg †
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvik, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. Dr. Imre Vajda, Budapest
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg, New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Jochen Willke („Voluntas")
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Bemerkungen

Prof. Dr. jur. Eberhard M e n z e l ist Direktor des Instituts für Internationales Recht an der Universität Kiel. 1911 in Ulm/Donau geboren, wurde er 1943 Dozent an der Universität Frankfurt, 1952 apl. Professor an der Universität Hamburg. – Hingewiesen sei auf seinen Aufsatz „Falsche staats- und völkerrechtliche Thesen zur Wiedervereinigung" in Heft 9/59 der „Blätter".

Der Aufsatz

Selbstbestimmungsrecht und „Recht auf Heimat" in West und Ost

von Prof. Dr. jur. Eberhard Menzel

kann ab sofort vom Verlag zum Preise von DM 1,–

auch als **Sonderdruck**

geliefert werden.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Dr. jur. Hermann Etzel, Bamberg; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Innenminister a. D. Viktor Renner, Tübingen; Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Bonn; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzüglich DM —,20 Porto.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.